



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Agrokraftstoffe und Entwicklungsländer im
Politikformulierungsprozess der Europäischen Union“

Verfasserin

Judith Momo Schübl

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, 2010

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 057 390

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Internationale Entwicklung

Betreuer:

a.o.Univ.Prof.Dr. Joachim Becker

Resources are not, they become

Erich Zimmermann, 1951:15

**Gewidmet
meinem Bruder
Jan
Für immer in meinem Herzen**

**.
Dank
meiner Familie, meinen innigen FreundInnen
und meinen Lehrenden
die mich während des Studiums begleitet haben**

**.
Mit der Feststellung
Es gibt viel zu tun
!**

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	11
1.1	Fragestellung der Arbeit:	12
1.2	Durchführung	12
1.3	Quellenlage zu politikwissenschaftlicher Auseinandersetzung mit Agrokraftstoffen	13
1.4	Definitionen	15
1.4.1	Agrokraftstoffe	15
1.4.2	Biomasse	15
1.4.3	Energie aus erneuerbaren Quellen	16
2	Theoretischer Analyserahmen zur Betrachtung von Agrokraftstoffen	17
2.1	Charakteristika der kapitalistischen Akkumulation und Natur	17
2.1.1	Naturnutzung im Kapitalismus	17
2.1.1.1	Landnahme und Kolonisierung der Lebenswelt	17
2.1.1.2	Inwertsetzungsprozesse von Natur	18
2.1.2	Zur Bedeutung der fossilen Energieträger bei der Naturnutzung	19
2.1.2.1	Entbettung	21
2.1.2.2	Die Vorteile von fossiler Energie für das kapitalistische System	22
2.1.3	Die Bedeutung von Agrokraftstoffen für fossile Energiestrukturen	24
2.2	Die ökologische Beschränkung aus regulationstheoretischer Perspektive	25
2.2.1	Charakteristika der ökologischen Beschränkung im Kapitalismus	25
2.2.2	Staatsförmigkeit sozialer Beziehungen	28
2.2.3	Regulationsdispositiv	30
2.3	Charakterisierung der ökologischen Beschränkung, aus Regulationstheoretischer Perspektive, in der Europäischen Union im Postfordismus	32
3	Agrokraftstoffe im Politikformulierungsprozess der Europäischen Union	39
3.1	Entscheidungsfindung und Politikformulierung in der EU	39
3.2	Einflussnehmende Faktoren auf die EU-Politikformulierung	41
3.2.1.1	Einschätzung der Einflussnahmemöglichkeiten der Industrie und NGOs auf den EU- Politikformulierungsprozess	42
3.3	Chronologische Darstellung der EU-Bestrebungen zur Einführung von Agrokraftstoffen	45
3.4	Analyse der aktuellen Bestimmungen zu Agrokraftstoffen auf EU-Ebene	48
3.4.1	Warum beschließt die EU ein Agrokraftstoffgesetz?	48

3.4.2	Wie sollen Agrokraftstoffe aus Sicht der EU-Gesetzgebung verwendet werden	49
3.4.3	Warum eine Einbeziehung von Importen aus Nicht-EU-Staaten aus EU Sicht sinnvoll ist	50
3.4.4	Die Nachhaltigkeitsbestimmungen der EU zu Agrokraftstoffen.....	50
3.4.4.1	Treibhausgaseinsparungen	51
3.4.4.2	Schutz von Flächen mit hoher Biodiversität.....	51
3.4.4.3	Schutz von Flächen mit hohem Kohlenstoffbestand	51
3.4.4.4	Soziale Standards.....	52
3.4.5	Überprüfung der Einhaltung der Nachhaltigkeitskriterien für Agrokraftstoffe	53
3.4.6	Berechnung des Beitrags von Agrokraftstoffen zum Treibhauseffekt.....	53
3.4.7	Wer laut EU Nachhaltigkeitsstandards festlegen soll	54
3.4.8	Zu Pflichten und Rechte der Unternehmen aus Sicht der EU.....	54
3.4.9	Eingehen auf Bedenken der Öffentlichkeit	54
3.5	Zusammenfassung EU und Agrokraftstoffe	55
4	Agrokraftstoffe in der gesellschaftlichen Wahrnehmung und Meinungsbildung in der Europäischen Union und Brasilien	59
4.1	Die Klimaschutzpolitik der EU.....	59
4.2	Wissenschaft und Auswirkungen auf EU Entscheidungsprozesse	60
4.3	Industrieinteressen an Agrokraftstoffen	63
4.3.1	Einflussnahmemöglichkeiten fossiler Industriezweige auf politische EntscheidungsträgerInnen	63
4.3.2	Wirtschaftsinteressen an Agrokraftstoffen	63
4.3.3	Exemplarische Darstellung von Wirtschaftsinteressen an Agrokraftstoffen.....	66
4.4	Analyse der Industriepositionen zu Agrokraftstoffen.....	67
4.4.1	Warum Industriezweige für eine Etablierung von Agrokraftstoffen plädieren	67
4.4.2	Wie sollen Agrokraftstoffe im Sinne der Industrie verwendet werden?	67
4.4.3	Was versteht die Industrie unter nachhaltigen Agrokraftstoffen?	68
4.4.4	Zur Rolle von Drittstaaten und dem Import von Rohstoffen für Agrokraftstoffe	69
4.4.5	Gegenpositionen zu Agrokraftstoffen in der Industrie.....	70
4.4.6	Zusammenfassung zu Industrieinteressen an Agrokraftstoffen	71
4.5	Ökologie- und Sozialinteressen zu Agrokraftstoffen	73
4.5.1	Indirekte Einflussmethoden auf politische Entscheidungen	73
4.5.1.1	Öffentlichkeitsarbeit.....	74
4.5.1.2	Politische Kampagnen	74
4.5.2	Direkte Methoden der politischen Einflussnahme	75
4.5.2.1	Lobbying.....	75

4.5.2.2	Strategische Allianzen	76
4.5.3	NGOs und Expertisen.....	76
4.5.4	Gründe, warum NGO-Forderungen beim Politikformulierungsprozess überhört werden	77
4.6	NGO Positionen zu Agrokraftstoffen in der EU.....	79
4.6.1	Warum kam es laut NGOs zu einer Agrokraftstoffgesetzgebung auf EU-Ebene?.....	79
4.6.2	Wie NGOs die derzeitige Agrokraftstoffgesetzgebung der EU einschätzen.....	80
4.6.3	NGO Einschätzung zu den derzeit bestehenden EU-Nachhaltigkeitsstandards bei Agrokraftstoffen und deren eigenes Verständnis einer nachhaltigen Agrokraftstoffverwendung.....	83
4.6.4	Was die Agrokraftstoffpolitik der EU aus Sicht der NGOs für Drittstaaten bedeutet86	
4.6.5	Welche Gefahren NGOs durch diesen neuen Wirtschaftszweig für Länder des globalen Südens erkennen.....	87
4.6.6	Zusammenfassende Darstellung der NGO Meinung zu Agrokraftstoffen.....	88
4.7	Brasiliens Interesse an Agrokraftstoffen	91
4.7.1	Chronologie der Biokraftstofferzeugung in Brasilien	92
4.7.2	Problematik der internationalen Ethanolrente und Auswege	93
4.7.3	Biokraftstoffe als Instrument der globalen Außenpolitik Brasiliens.....	95
4.7.4	Biokraftstoffe in der regionalen Außenpolitik	96
4.7.5	Gesellschaftliche Bedingungen für den derzeitigen Zuckerrohranbau in Brasilien .	99
4.7.6	Das Biodieselpogramm als Lösung für die gesellschaftlichen Probleme beim Zuckerrohranbau?.....	103
4.8	Zusammenfassung Agrokraftstoffe und Brasilien	105
5	Darlegung der gesellschaftlichen Normen die zum derzeitigen Umgang mit Agrokraftstoffen in der Europäischen Union geführt haben aus Perspektive der ökologischen Beschränkung.....	107
5.1	Charakteristika der fordistischen Entwicklungsweise werden im Postfordismus weitergeführt.....	107
5.1.1	Naturverwertung im Kapitalismus.....	107
5.1.2	Agrokraftstoffe sind ein neuer Verwertungszweig für das Kapital.....	108
5.1.3	Einbeziehung der Entwicklungsländer in EU Handel	109
5.1.4	Agrokraftstoffe als Substitut für fossile Energie.....	110
5.1.5	Staatsförmigkeit sozialer Beziehungen	111
5.1.6	Agrokraftstoffe als strategisches Element für die Handelspolitik	112
5.2	Postfordistische Elemente der Agrokraftstoffnutzung	113

5.2.1	Agrokraftstoffe für Biotechnologieindustrie.....	113
5.2.2	Ökologische Modernisierung und Management statt Systemveränderung im Postfordismus	114
5.2.3	Internationalisierung der ökologischen Regulation durch Agrokraftstoffe	115
5.2.4	Internationale NGOs und ihre Einflussmöglichkeiten.....	116
5.2.5	Agrokraftstoffe als Mittel für Klimaschutz – aber auch wissenschaftlich umstritten auf diskursiver Ebene	117
5.3	Widersprüche und Konflikte.....	118
5.3.1	Agrokraftstoffe werden als erneuerbare Energiequelle dargestellt – ihre Nutzung ist jedoch begrenzt.....	118
5.3.2	Fortführung der fordistischen Produktionsweisen	118
5.3.3	Zur Verwendung von ungenutztem Land.....	119
5.3.4	Warum es in der derzeit bestehenden Richtlinie nicht zu einem verbindlichen Agrokraftstoffziel für den Verkehrssektor kam	119
6	Schlusswort.....	121
7	Literaturverzeichnis.....	123
7.1	Literatur	123
7.2	Interviews	133
8	Anhang.....	135
8.1	Zusammenfassung	135
8.2	English Summary.....	137
8.3	Lebenslauf.....	139

1 Einleitung

Schon als Kind beschäftigte ich mich viel mit Umweltschutzfragen. Aufgewachsen am Land, umgeben von vielen Wiesen und Wäldern, stellte die Umwelt für mich eine harmonische Welt dar, die nur manchmal erschüttert wurde, wenn wieder einmal ein Auto meine Katze totgefahren hatte. Eingeschult in den späten 80er Jahren, machte ich mir früh Gedanken wegen des sauren Regens, der Meeresverschmutzung und dem Walfang, dem Ozonloch und später auch dem Bau einer neuen Autobahn (A5/Nordautobahn), dem ein Teil meiner Familie „machtlos“, jedoch nicht wehrlos gegenüber stand. Auch der tragische Reaktorunfall in Tschernobyl prägte mein Umweltbewusstsein, da er sich direkt auf mein Leben, das Spielen im Sandkasten auswirkte. Sicherlich prägten auch meine Eltern mein Umweltverständnis mit, da auch sie in meiner Kindheit im Umweltschutzbereich tätig waren. Bis heute fallen mir Informationen, die Auswirkungen von bestimmten Umgangsformen mit der Umwelt darstellen besonders auf, vor allem wenn ich darin erkenne, dass wieder einmal stärkere Parteien ihre Ideen von Umweltnutzung gegenüber anderen, meist stärker davon betroffenen Gruppen durchsetzen konnten.

In meinem Erasmus-Auslandssemester in Polen besuchte ich eine sehr lehrreiche Vorlesung zur politischen Bearbeitung von Umweltproblemen in Polen ab der Transformationsphase bis heute.

Im Jahr 2008, als ich mir ein Thema für die Diplomarbeit überlegte, war die Debatte um die Einführung von Agrokraftstoffen gerade voll in Gang und ich nutzte die Gelegenheit, um die Frage für meine Diplomarbeit aufzugreifen.

Von Interesse war für mich vorrangig die Frage wie es zu dieser spezifischen Nutzung von Agrokraftstoffen gekommen ist und welche Faktoren dafür relevant waren und sind. Vor allem beschäftigte mich die Frage, welche Normen dafür ausschlaggebend sind, dass ein landwirtschaftliches Produkt zu solchen, von mir subjektiv empfundenen, „Ungerechtigkeiten“ in der Verwendung führt. Anhand von Agrokraftstoffen möchte ich dieser komplexen Frage auf den Grund gehen.

Für die Verwendung der Regulationstheorie und insbesondere der ökologischen Beschränkung habe ich mich entschieden, da diese Theorie während meines

Studiums öfter als Analyserahmen vorgekommen ist und ich die Chance hatte, bei einem Experten auf diesem Gebiet, Professor Joachim Becker, zu schreiben.

1.1 Fragestellung der Arbeit:

Welche gesellschaftlichen Normen auf lokaler, regionaler und globaler Ebene führen zu dem derzeitigen Umgang mit Agrokraftstoffen in der Europäischen Union?

1.2 Durchführung

Im Rahmen dieser Arbeit gehe ich davon aus, dass die „Un-Ordnung“ in der wir leben vielschichtig ist (Novy, 2002:15). Ich versuche daher, in meiner Arbeit mit einer Weltsicht zu arbeiten, die Widersprüche anerkennt und eine Sichtweise zu erarbeiten, die gegenüber der Welt, aber auch gegenüber sich selbst kritisch ist. Dies erfordert Reflexion und Selbstreflexion (Novy, 2002:15). Vor allem wenn Themen wichtig, Probleme komplex und die Betroffenheit groß ist, werden oft Erklärungen gesucht, die Phänomene stark vereinfachen und damit Handlungsanleitungen geben. (Novy, 2002: 18). Ich gehe davon aus, dass jede wissenschaftliche Arbeit zu einem gewissen Grad subjektiv geprägt ist, möchte jedoch versichern, dass mein Bemühen dahin ging, alle Seiten zu verstehen und mich nicht zu schnell auf eine Seite zu schlagen.

Für die Durchführung der Diplomarbeit erstellte ich eine „theoretische Brille“, durch die ich das Phänomen der Agrokraftstoffe und deren Einbettung in die EU-Politikformulierung beleuchtete. Ich wählte dafür die Ökologische Beschränkung aus, die den gesellschaftlichen Umgang mit Natur theoretisch erklärt und habe mir im folgenden auch angesehen, wie TheoretikerInnen den Umgang mit Natur im Postfordismus aus diesem Blickwinkel erklären.

Im Praxisteil stellte ich die Frage, welche Interessen es in der EU an einer Gesetzgebung zu Agrokraftstoffen gibt. Ich habe dazu die derzeitige EU Richtlinie, die die Verwendung von Agrokraftstoffen regelt sowie InteressensvertreterInnen aus der politischen, ökonomischen, wissenschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Sphäre (im Sinne von Umwelt NGOs) angesehen.

Im Schlussteil der Diplomarbeit habe ich die Theorie mit meiner Darstellung der Interessen an Agrokraftstoffen zusammengeführt und auf Basis meiner

Feststellungen, Schlussfolgerungen zum derzeitigen Umgang mit Agrokraftstoffen aufgestellt.

Ziel dieser Diplomarbeit ist es, nicht Sündenböcke für eine etwaige Fehlentwicklung bei der EU-Gesetzgebung zu Agrokraftstoffen zu (er-) finden, sondern die komplexe Sachlage darzustellen und von verschiedenen Blickpunkten zu betrachten, um am Ende der Arbeit die Kernfrage der Diplomarbeit beantworten zu können, ob es bestimmende gesellschaftliche Denkmuster, die ich als Normen bezeichne, gibt, die Agrokraftstoffe in der derzeitigen gesellschaftlichen Verwendung bedingen.

1.3 Quellenlage zu politikwissenschaftlicher Auseinandersetzung mit Agrokraftstoffen

Im Juni 2008, als ich mit dem Schreiben der Diplomarbeit begonnen habe, gab es noch keine eigenständige regulationstheoretische Analyse der EU Ausrichtung zu Agrokraftstoffen. Elmar Altvater und Birgit Mahnkopf haben in ihrem Buch „Konkurrenz für das Empire. Die Zukunft der Europäischen Union in der globalisierten Welt“ aus dem Jahr 2007 kurz in einem Unterkapitel beschrieben warum es zu einem Agrokraftstoffhype in der EU kam.

Grundsätzlich war im Zuge meiner Recherche viel Literatur zu finden, die sich mit den Auswirkungen sowie den Für und Wider von Agrokraftstoffen beschäftigte.

Die Frage, warum Agrokraftstoffe in den letzten Jahren ein relevantes Politikum geworden sind, wurde bislang immer im Zusammenhang mit anderen Fragestellungen erörtert - nicht jedoch für sich betrachtet. In dieser Art fanden sie auch öfter in Arbeiten von Ulrich Brand Erwähnung.

Auffällig für Agrokraftstoffe war, dass im Jahr 2008/ 2009 in den Medien viel über Agrokraftstoffe und deren Auswirkungen sowie Vor- und Nachteile berichtet wurde. Anfang 2010 ist das Medieninteresse an Agrokraftstoffen wieder sehr gering und sie scheinen kein öffentliches Thema mehr zu sein.

Im Opac Katalog [Stand Februar 2010] der Universität Wien finden sich unter dem Schlagwort „Agrokraftstoffe“ 0 Treffer und unter dem Schlagwort „Biokraftstoffe“ 11 Treffer, die jedoch vom Titel her alle vorrangig auf technische Fragen bezüglich Agrokraftstoffen eingehen.

Das von mir verwendete Buch „Biokraftstoffe und Lateinamerika. Globale Zusammenhänge und regionale Auswirkungen“ 2009 von D. Franik u.a. herausgebracht, bietet einen guten Überblick über den derzeitigen Umgang und die

Auswirkungen der Agrokraftstoffverwendung in Lateinamerika an. Im Internet waren vor allem viele Studien und Stellungnahmen zu finden, die sich entweder für oder gegen Agrokraftstoffe aussprechen und auf die konkrete Auswirkung ihrer Anwendung eingehen. Weitergehende, gesellschaftskritische Auseinandersetzung war auch hierbei nur ansatzweise zu finden und beschränkte sich meistens auf ein paar Absätze.

1.4 Definitionen

1.4.1 Agrokraftstoffe

Die Definition von Agrokraftstoffen für diese Arbeit ist deckungsgleich mit der Definition, die in der EU-Richtlinie zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen verwendet wird. Einzig die Bezeichnung wurde für diese Diplomarbeit von „Biokraftstoffe“ auf „Agrokraftstoffe“ geändert. Sie ist, laut Meinung der Autorin, eine wirklichkeitsgetreuere Bezeichnung, da nämlich sowohl die Anbaumethode als auch der gesamte Produktionsprozess von Treibstoffen aus nachwachsenden Rohstoffen, unter den momentanen Produktionsbedingungen nichts mit biologischer Landwirtschaft (im Sinne einer ökologischen Erzeugung) zu tun haben (vgl. Hetzer, 2009: 105).¹

Wann immer in dieser Arbeit auf Texte der EU zu Agrokraftstoffen eingegangen wird, wird wegen der Einheitlichkeit des Textes Agrokraftstoffe geschrieben, das die eigentliche EU Bezeichnung „Biokraftstoffe“ ersetzt. Das Wort „*Biokraftstoffe*“ wird nur in direkten Zitaten verwendet.

Unter Agrokraftstoffen werden in der EU-Richtlinie zur Verwendung von erneuerbaren Energiequellen:

„flüssige oder gasförmige Kraftstoffe für den Verkehr, die aus Biomasse hergestellt werden“,

verstanden (EU, 2009: Artikel 2,i).

1.4.2 Biomasse

Unter Biomasse wird in der EU-Richtlinie der:

„biologisch abbaubare Teil von Erzeugnissen, Abfällen und Reststoffen der Landwirtschaft mit biologischem Ursprung (einschließlich pflanzlicher und tierischer Stoffe), der Forstwirtschaft und damit verbundener Wirtschaftszweige einschließlich der Fischerei und der Aquakultur sowie den biologisch abbaubaren Teil von Abfällen aus Industrie und Haushalten“

bezeichnet (EU, 2009: Artikel 2, e).

¹ Meiner Vermutung nach stammt der Begriff Biokraftstoffe vom englischen Wort „biofuels“ ab. Die Übersetzung zu Biokraftstoffen ist zwar naheliegend – allerdings hat das Wort „bio“ im englischen eine andere Bedeutung als im Deutschen. Das was wir im deutschen als „bio“ bezeichnen wird im englischen „organic“ genannt.

1.4.3 Energie aus erneuerbaren Quellen

Energie aus erneuerbaren Quellen wird in der EU-Richtlinie als

„Energie aus erneuerbaren, nichtfossilen Energiequellen, das heißt Wind, Sonne, aerothermische, geothermische, hydrothermische Energie, Meeresenergie, Wasserkraft, Biomasse, Deponiegas, Klärgas und Biogas“

verstanden (EU, 2009: Artikel 2, a).

2 Theoretischer Analyserahmen zur Betrachtung von Agrokraftstoffen

2.1 Charakteristika der kapitalistischen Akkumulation und Natur

2.1.1 Naturnutzung im Kapitalismus

In allen Gesellschaften sind Menschen auf Ressourcen, die aus der Natur stammen, angewiesen. Wie aber diese Abhängigkeit gestillt wird, ist gesellschaftlich unterschiedlich geregelt (Altvater, 1992:33).

In kapitalistisch geprägten Gesellschaften findet Natur in Form von natürlichen Ressourcen, als Input in den Produktionsprozess, Eingang in das kapitalistische Wirtschaftssystem (Raza, 1998: 55). Laut Werner Raza ist in kapitalistischen Gesellschaften das wichtigste Ziel, die produktive Nutzung aller natürlichen Ressourcen durch deren Kommodifizierung und Verwertung. Dadurch unterliegt das gesellschaftliche Naturverhältnis im Kapitalismus dem Prozess der Verdinglichung. Die verdinglichte, also in Warenform gebrachte Umwelt, spiegelt daher bestimmte soziale Beziehungen und Machtverhältnisse wider (Raza, 2003: 164).

2.1.1.1 Landnahme und Kolonisierung der Lebenswelt

Für Rosa Luxemburg hängt die Reproduktionsfähigkeit des Kapitals mit der Inwertsetzung beziehungsweise Verwertung von nichtkapitalistischen Sektoren zusammen. Ihrer Meinung nach ist der Akkumulationsprozess des Kapitals durch alle seine Wertbeziehungen und Sachbeziehungen zu konstantem Kapital, variablem Kapital und Mehrwert an nichtkapitalistische Produktionsformen gebunden (Luxemburg, 2006: 436). Da sich noch unerschlossene Naturschätze und Arbeitskräfte meist in vorkapitalistischen Verhältnissen befinden, ist es laut Luxemburg logisch, dass sich der expansive Drang des Kapitals immer mehr ausdehnt, um von den „ungenutzten“ Erdstrichen und Gesellschaften profitieren zu können (Luxemburg, 2006: 436). Die Tendenz der Kommodifizierung des Naturraums und der gleichzeitigen Ausdehnung der Lohnarbeit und der damit einhergehenden kulturellen Veränderung in der Beziehung zwischen Mensch-Natur und den zwischenmenschlichen Beziehungen hat Rosa Luxemburg als „Landnahme“

und Jürgen Habermas als „Kolonisierung der Lebenswelt“ bezeichnet (Altvater, 1992: 69).

Die Widersprüchlichkeit dieses expansiven Prozesses liegt laut Luxemburg darin, dass die Konkurrenz um ungenutzte Natur immer mehr zunehmen wird. Sie geht davon aus, dass die Erschließung neuer nichtkapitalistischer Gesellschaften früher oder später an eine Grenze stoßen muss, wenn nämlich alle nichtkapitalistischen Gesellschaftsformen durchkapitalisiert sind (Luxemburg, 2006: 438).

Werner Raza schreibt etwa hundert Jahre später dazu, dass ökologische Grenzen immer auch kontextuell zu verstehen sind und einer spezifischen sozialen Formation mit einem bestimmten kulturell geprägten Naturbild und technologischen Entwicklungsstand eigen sind. Diese relativen Grenzen sind aber nicht nur begrenzend zu verstehen, sondern ermöglichen zugleich in einem widersprüchlichen Prozess ihre Überwindung in Form der Herausbildung neuer Umgangsformen mit der Natur, welche die alten Grenzen aufhebt, gleichzeitig aber wieder neue Grenzen schafft (Raza, 1998: 60).

Dieser Prozess der Reorganisation des gesellschaftlichen Naturverhältnisses gehorcht freilich keinem marktgesteuerten Automatismus, sondern ist potentiell krisenbehaftet und wird in letzter Instanz politisch reguliert (Raza, 2003: 164).

2.1.1.2 Inwertsetzungsprozesse von Natur

Abstrahiert von den vielen real-historischen Erscheinungsformen haben Elmar Altvater und Birgit Mahnkopf einen idealtypischen kapitalistischen Inwertsetzungsprozess von Natur als Phasenschema skizziert.

In Phase I kommt es zu der Entdeckung und Definition, der in Wert zu setzenden Ressource. Dadurch wird über einen Raum naturwissenschaftlich-technisches Wissen gewonnen.

Phase II bezeichnet die dadurch entstandene Fragmentierung des Raumes in einen ökonomisch verwertbaren und einen – bis auf weiteres - wertlosen Teil.

Phase III bezeichnet die juristische Definition von privaten Eigentumsrechten, die die Aneignung der Ressource gewährleisten. Als Phase IIIa wird in diesem Phasenschema der Umstand bezeichnet, dass die Extraktion der Ressource in der Regel zu sozialen Konflikten führt, wenn nämlich Nutzungskonkurrenz der Ressource oder des in Anspruch genommenen Raumes besteht. Daher kommt es in dieser

Phase oft zu Enteignungen, politischer Unterdrückung, Zwangsmigration oder ökonomischen Abfindungen.

Phase IV bezeichnet die Kommodifizierung der Ressource durch die produktive Transformation der Ressource in die Warenform durch den Wertschöpfungsprozess.

Phase V und VI bezeichnen schließlich die daran anschließende monetäre Verwertung und Vermarktung des Produkts auf regionalen, nationalen und internationalen Märkten (Altwater/Mahnkopf, 1996: 379).

Zusammenfassend bedeutet das, dass der Mechanismus, mit dem die materielle Basis des Kapitalismus sichergestellt wird, die Expansion des Kapitals in Bereiche ist, die bislang außerhalb der kapitalistischen Produktionsweise lagen. Dies kann in sozialer Hinsicht, etwa durch die Durchkapitalisierung der Reproduktion der Arbeiterschaft, in räumlicher Hinsicht, etwa in Form der Kolonisierung neuer Territorien oder in ökologischer Hinsicht, etwa durch Aneignung neuartiger Formen von Natur und Naturnutzung geschehen. Die Expansionsmöglichkeiten hängen von einer Vielzahl von Faktoren ab, wie etwa der Produktionsorganisation, dem Stand der Wissenschaft und Technologie sowie ideologischen und kulturellen Eigenheiten einer Gesellschaft (Raza, 2003: 166).

2.1.2 Zur Bedeutung der fossilen Energieträger bei der Naturnutzung

Die stoffliche Seite des kapitalistischen Verwertungsprozesses von Natur hat Elmar Altwater auch physikalisch erklärt. Sie ist zum einen irreversibel und daher in der historischen Zeit gerichtet und bedeutet zum anderen auf der Inputseite (im elementarsten Sinne also der Nahrungszufuhr) einen Verbrauch von Stoffen und Energien. Diesen Vorgang bezeichnet Altwater als Syntropienutzung (Altwater, 1992: 34). Materiale Bestandteile eines Systems sind energetisch gesehen getrennt voneinander vorzufinden wie etwa Goldadern, Eisenminen, Ölfelder. Diese unterschiedlichen Energiequellen bezeichnet Altwater als positive Syntropieinseln (Altwater, 1992: 35).

Die Nutzung von positiven Syntropieinseln ermöglicht es den Menschen, zur Inanghaltung des ökonomischen Prozesses mehr Energie zu nutzen als der Erde durch den Strahlenfluss der Sonne zugeführt wird. Die Grenzen der in der erdgeschichtlichen Vergangenheit gebildeten Syntropieinseln sind daher auch die

Grenzen der Entnahmemöglichkeit zur Inangahaltung des derzeit existierenden ökonomischen Prozesses (Altvater, 1992: 36).

Mit der Nutzung von fossilen Energiequellen ist die Ausdehnung des kapitalistischen Systems immer globaler geworden. Während die räumliche Expansion bis zur industriellen Revolution in engen Grenzen ablief, da die vorhandenen Energiequellen nur eine begrenzte Raumüberwindung zuließen, eröffneten sich mit der technischen Nutzbarmachung von fossilen Energieträgern ungeahnte Möglichkeiten räumlicher Erschließung. Altvater und Mahnkopf verweisen darauf, dass erst die Existenz und das Wissen um die Nutzung von fossilen Brennstoffen eine Globalisierung des kapitalistischen Systems ermöglichte wie wir es heute kennen (Altvater/ Mahnkopf, 1996: 508). Die systematische Nutzung von fossiler Energie nennt Georgescu-Roegen promethische Revolution (Georgescu-Roegen, 1986, in: Altvater, 1992: 84). Der Begriff „promethisch“ bezieht sich dabei auf den griechischen Mythos des Prometheus.² Georgescu-Roegen versteht darunter die sprunghafte Ausweitung der energetischen Basis und der Arbeitsproduktivität und Reichtumsproduktion einer Gesellschaft. Die erste „promethische Revolution“ fand seiner Definition nach während des Neolithikums statt, als die Menschen lernten, das Feuer zu bändigen und dadurch ganze Flächen für die landwirtschaftliche Nutzung abzubrennen um mit der Asche dem Boden Nährstoffe zuzuführen. Erst dadurch konnten Agrargesellschaften entstehen und mit ihnen die Anfänge der Zivilisation (Georgescu-Roegen, 1986, in: Altvater, 1992: 84). Die zweite „promethische Revolution“ fand statt, als es den Menschen gelang, Feuer und Wasser zur Steigerung des energetischen Wirkungsgrades zu kombinieren. Dadurch kann eine höhere Produktivität der Arbeit entstehen und die auslösende Energie ist im Verhältnis zur „geernteten Energie“ sehr gering (Georgescu-Roegen, 1986, in: Altvater, 1992: 84).³ Die Energieträger Holz und Kohle waren bestimmend für die erste Phase der Industrialisierung und wurden erst seit dem Ende des 19. Jahrhunderts durch Öl und Gas ersetzt. Bis heute sind Erdöl und Erdgas die

² Prometheus ist ein Abkömmling der Titanen und brachte den Menschen das Feuer und die Kultur (Brockhaus, 1999: 206)

³ Elmar Altvater gibt zu bedenken, dass die industrielle Revolution erst durch die Erfindung von Werkzeugmaschinen entstehen konnte – diese Werkzeugmaschinen bedürfen allerdings der Energie von Wärmekraftmaschinen (Altvater, 1992: 85).

Antriebskräfte für die Produktionsprozesse und Produkte der fordistischen Produktions- und Regulationsweise (Altvater, 1992: 85).

2.1.2.1 Entbettung

Der Prozess der inputseitigen Verwertung und zwangsläufig nachfolgend der outputseitigen Belastung der Natur durch die Akkumulationsdynamik konnte dadurch zeitlich beschleunigt und auch räumlich expandiert werden. Karl Polanyi stellte schon in den 1970er Jahren fest, dass die Wirtschaft nicht mehr in die sozialen Beziehungen eingebettet ist, sondern die sozialen Beziehungen nun in das Wirtschaftssystem eingebettet sind“ (Polanyi, 1978: 88). Damit meint er, dass sich der Kapitalismus aus seinem bisherigen räumlichen und sozio-kulturellen Zusammenhang entwickelte und einen Prozess der Verselbstständigung in Gang setzte, den er „Entbettung“ nennt (Raza, 1998: 61).

Durch den Prozess der Inwertsetzung von Natur kommt es zu ökologischen und sozialen Kosten, die sowohl in qualitativer als auch quantitativer Hinsicht beträchtlich sind. Zum einen werden durch die Extraktion der Ressource „im Weg stehende“ Ressourcen zerstört. Nach Beendigung des Extraktionsprozesses wird in der Regel ein „schwarzes Loch“ hinterlassen und oft wird dadurch auch das meist sensible ökologische Gleichgewicht empfindlich ge-, wenn nicht sogar zerstört (Altvater/ Mahnkopf, 1996: 380). Auch gesellschaftliche und politische Auswirkungen sind durch die Inwertsetzung von Natur bedingt. Durch die Einführung von neuen Eigentumsrechten entsteht eine neue Territorialität und eine politische Ordnung, die nicht ohne Rückwirkung auf die in ihr lebende Gesellschaft bleiben kann und sowohl die reproduktiven als auch die produktiven Lebensbereiche betrifft. Laut Raza bringt der Prozess der Auflösung der traditionellen Ordnung durch den Kapitalismus meist soziale Konflikte mit sich, da es zu einer fundamentalen Veränderung aller Lebensbereiche kommt (Raza, 1998: 57).

Die Expansion des Kapitals in nichtkapitalistische Strukturen und Räume hat sich im Verlauf des 20. Jahrhunderts sowohl quantitativ intensiviert als auch qualitativ ausdifferenziert. Ein Ende dieses Prozesses ist laut Razas Einschätzung nicht in Sicht, da immer neue Expansionsmöglichkeiten entdeckt werden. Die Durchkapitalisierung der Gesellschaft bringt Änderungen in den bisherigen

Regulationsformen des gesellschaftlichen Naturverhältnisses mit sich. (Raza, 1998: 60).

2.1.2.2 Die Vorteile von fossiler Energie für das kapitalistische System

Laut Elmar Altvater sind die fossilen Energieträger der derzeitigen kapitalistischen Produktionsweise höchst angemessen. Kein anderes als das fossile Energiesystem hätte dem Kapitalismus zu diesem rasanten Aufstieg verhelfen können. Das Problem an dieser Form des Kapitalismus ist jedoch, dass das daraus resultierende Naturverhältnis allen Kriterien einer ökologischen Nachhaltigkeit widerspricht und viele negative Auswirkungen mit sich bringt (Altvater, 2005: 85).

Die Vorteile von fossiler Energie für den kapitalistischen Produktionsprozess ergeben sich aus einer Reihe von Eigenschaften, die andere Energieträger nicht haben und über die auch biotische Energieträger nicht verfügen (Altvater, 2005: 86).

Erstens können fossile Energieträger laut Altvater anders als Wasserkraft oder Windenergie fast ortsunabhängig eingesetzt werden. Sie können relativ leicht von den Lagerstätten zu den Verbrauchsorten transportiert werden, heute vor allem mit Pipelines und Tankschiffen. Die Nicht – Berücksichtigung der Natur und der sozialen Umwelt, von der die Wirtschaft früher abhängig war, erlaubt die Anwendung einer ökonomischen Rationalität, die aus dem gesellschaftlichen und natürlichen Kontext entbettet ist. Jedoch gilt es laut Altvater zu bedenken, dass in der realen Welt die Transportlogistik auf dem Weg von der Energiequelle zum Energieverbraucher sehr verwundbar ist. Das ist seiner Meinung nach der Grund, warum militärische Sicherungsmaßnahmen ausgelöst werden, wie vor allem der Krieg gegen den Terrorismus. In den Sicherheitsstrategien von NATO, USA, EU steht daher unter anderem immer auch ein Hinweis auf die Notwendigkeit, die Energieversorgung zu gewährleisten und zwar nicht nur durch die Öffnung von Märkten sondern auch durch militärische Sicherung der Territorien, wo Öl gefunden wird und wo die Transportrouten verlaufen. Somit ist die Unabhängigkeit der Lokalisierung von Produktionsstandorten von den Orten der Energiegewinnung laut Altvater nicht vollständig und hat ihren Preis (Altvater, 2005: 86).

Zweitens sind fossile Energieträger zeitunabhängig, da sie leicht zu speichern und jederzeit verwendbar sind (Altvater, 2005: 86). Sie verderben auch nicht und anders

als biotische Energieträger, also Mensch und Tier, benötigen sie auch keine Ruhepausen zur Regeneration. Sie sind daher laut Altvater sehr gut für die Beschleunigung der ökonomischen Prozesse zu verwenden, die sich aus dem Prinzip der kapitalistischen Überschussproduktion und dem in der Konkurrenz ausgeübten Zwang zur Steigerung der Produktivität ergeben (Altvater, 2005:87).

Drittens erlauben fossile Energieträger eine Konzentration und Zentralisierung ökonomischer Prozesse, die teilweise zu höheren Gewinnen führen kann. Anders als biotische Energien, die nur dezentral in zumeist kleinen Einheiten in nützliche Arbeit umgesetzt werden können, und in der Regel nur dann, wenn die Sonne scheint, erlauben fossile Energieträger jegliches Größenwachstum. Und ein weiterer großer Vorteil von fossilen Energieträgern ist in diesem Sinne auch, dass sie mit der Akkumulation des Kapitals besser mithalten können. Weiters kann auch die politische Herrschaft durch fossile Energieträger gestärkt werden, vor allem auch, weil das Militär damit neuartige Kriegsmethoden erfunden hat (Altvater, 2005: 87).

Viertens besitzen fossile Sekundärenergien – laut Altvater vor allem die Elektrizität und der Treibstoff von Verbrennungsmotoren – alle Eigenschaften, mit denen Mobilität, Dezentralisierung der Produktion, flexible Einsätze in allen Lebenslagen und Arbeitsbereichen unterstützt werden können. Sie werden daher auch nicht nur als Energiespender verwendet, sondern auch flexibel in Mikrogrößenordnungen wie etwa in Form von Gegenständen, die aus fossilen Energieträgern hergestellt werden, angefangen beim Kinderspielzeug bis hin zum Computer. Die Potentiale der Arbeit können daher durch die variabel einsetzbaren Kraftquellen gesteigert werden. Aber auch die Lebensformen der Menschen können sich durch den Einsatz von fossilen Energieträgern radikal ändern, so kann zum Beispiel elektrisches Licht die Nacht zum Tag machen und es können sich soziale Rhythmen entwickeln, die wenig mit Naturgegebenheiten und Biorhythmen zu tun haben (Altvater, 2005: 87).

2.1.3 Die Bedeutung von Agrokraftstoffen für fossile Energiestrukturen

Agrokraftstoffe können sehr leicht in das fossile Energienetz integriert werden, da sie von der Art her sehr ähnlich sind. Dies birgt viele Vorteile für das kapitalistische System in sich. Denn die meisten erneuerbaren Energieträger sind nicht so leicht in das fossilistische Energienetz einsetzbar wie Agrokraftstoffe.

Vor allem aber stellt sich bei allen erneuerbaren Energieträgern wie Solarzellen, Windanlagen, hydraulischen Kraftwerken aber auch der Biomasseverbrennung und Umwandlung zu Agrokraftstoffen die Frage, ob auf erneuerbarer Basis Großkraftwerke betrieben werden können, die diese fossile Lebensweise unterstützen können. Laut Altvater eher nicht, so dass die Netze bei der vorwiegenden Nutzung erneuerbarer Energieträger anders gestaltet, regionalisiert und dezentralisiert werden müssten (Altvater, 2005: 87).

Ähnlich argumentierte auch Mossen Massarat schon 1993. Seiner Meinung nach hat der Technikeinsatz und die dauernde Produktivitätssteigerung in der Landwirtschaft vorübergehend die Illusion von unbeschränkten Nutzflächen hervorgerufen und die Erschöpfungsgrenzen für einige Jahrzehnte zeitlich nach hinten verlagert. Er schlussfolgert daraus, dass die agrarischen Produkte zwar erneuerbar sind, jedoch nicht beliebig vermehrbar, so dass auch hier bei gegebener Bevölkerung von einer absoluten quantitativen Grenze ausgegangen werden muss (Massarrat, 1993: 87).

Zusammenfassend ist festzustellen, dass es durch die exzessive Nutzung von fossilen Rohstoffen zu Problemen kommen kann in der Organisation von Gesellschaften und für die Natur sogar verderbliche Folgen haben kann. Vor allem dann, wenn versucht wird, Infrastrukturen, die auf einer fossilen Basis und Logik begründet sind, mit solaren Energiequellen zu ergänzen oder ganz damit zu betreiben. Weiters wurde dargelegt, dass nachwachsende Rohstoffe zwar ihrem Namen nach nachwachsen, aber in ihrer Verfügbarkeit dennoch begrenzt sind.

2.2 Die ökologische Beschränkung aus regulationstheoretischer Perspektive

Die Regulationstheorie geht davon aus, dass es neben dem gesellschaftlichen Naturverhältnis, in dem es um den Umgang mit der ökologischen Beschränkung geht, weitere drei, kapitalistischen Gesellschaften zentral zu Grunde liegende Regulationsweisen gibt: das Lohnverhältnis, das Konkurrenzverhältnis und die Geldbeschränkung (Becker, 2002: 165f). Zwei weitere Formen der Waren/Wert und die Staatsförmigkeit sozialer Beziehungen sind allen vier Beschränkungen zu Grunde liegend (Becker, Imhof, Jäger, Staritz, 2007: 34).

Die ökologische Beschränkung ist auf vielfache Weise mit den anderen strukturellen Beschränkungen einer Gesellschaft verbunden. Dabei wird die spezifische Form der Artikulation zwischen diesen je nach vorherrschendem Akkumulationsregime verschieden sein (Raza, 2003: 169).

Ähnlich wie die Geldbeschränkung ist auch die ökologische Beschränkung Gegenstand sozio-politischer Konflikte. Sie kann Gegenstand des Klassenkampfes sein, in dem zum Beispiel die Kommodifizierung von Land und deren spezifische Form der Nutzung zwischen kapitalistischen Agrarunternehmen und Subsistenzbauern umkämpft ist (Raza, 2003: 169). Diese politischen Kämpfe werden in der Zivilgesellschaft auf unterschiedlichen territorialen Ebenen (der lokalen, nationalen, supranationalen) ausgetragen, wobei die AkteureInnen auf die Sanktionierung ihres Standpunktes durch den Staat (oder einer internationalen Organisation) abzielen (Raza, 2003: 169).

Zusammengefasst ist festzustellen, dass die ökologische Beschränkung die ökologische Verteilung reguliert, also den Zugang zu und die Nutzung der natürlichen Ressourcen beziehungsweise der Umwelt sowohl für produktive als auch für reproduktive Zwecke. Genauso reguliert sie auch die sozio-räumliche und zeitliche Verteilung der sozialen wie ökologischen Kosten und Nutzen dieser (re-)produktiven Aktivitäten (Raza, 2003: 168).

2.2.1 Charakteristika der ökologischen Beschränkung im Kapitalismus

Aus regulationstheoretischer Perspektive kann der Prozess der materiellen Reproduktion einer Gesellschaft sowohl durch eine quantitative als auch eine soziale Dimension beschrieben werden.

Raza beschreibt die quantitative Seite in Anlehnung an Georgescu-Roegen durch ein Gesetz der Thermodynamik, dem Entropiegesetz. Entropie beschreibt das Maß der Verfügbarkeit von Energie und Materie. Jede Verwendung von Energie und Materie verringert den Bestand an verfügbarer, daher nutzbarer Energie und Materie, und erhöht im Gegenzug die Verfügbarkeit von Energie und Materie. (Zur Erklärung: Kohle wird durch die Nutzung zum Beispiel weniger, aber erst durch die Nutzung, kann man Energie aus ihr gewinnen.) Unter der Annahme, dass die Erde in materieller - nicht jedoch in energetischer Form - ein in sich geschlossenes System ist, ist durch das Entropiegesetz eine absolute ökologische Schranke (re-)produktiver menschlicher Tätigkeit umschrieben (Georgescu-Roegen 1971:5).

Die qualitative Dimension besagt, dass menschliche Beziehungen zur Natur zum Zweck der Produktion einerseits in der Entnahme von Materie und Energie, andererseits in der Rückführung von Abfällen, beziehungsweise von Rückständen des Produktions- und Konsumationsprozesses in die natürliche Umwelt bestehen. Viele dieser natürlichen Ressourcen, wie etwa auch so zentrale wie Kohlenstoff und Mineralien, haben endliche Bestände. Und auch die Aufnahmefähigkeit von Ökosystemen durch Effekte menschlicher Aktivität ist beschränkt.

Daher, so schlussfolgert Werner Raza, sind Bestände und Veränderungen dieser Bestände die Charakteristika der physischen Umwelt, um die es bei der Regulierung des gesellschaftlichen Naturverhältnisses im Wesentlichen geht (Raza, 2003: 162).

Für das Verständnis von Natur gibt es laut Raza zwei wesentliche Aspekte mitzubedenken, denn Natur ist immer auch eine soziale Konstruktion.

Erstens repräsentiert der Begriff Natur eine Reihe von Konzepten, welche die Welt der materiellen Objekte und auch den Menschen selbst zu beschreiben versucht (Harvey, 1996, 71). In materieller Hinsicht wird Natur durch soziale, produktive und reproduktive Praxis konstruiert. Das bedeutet, dass Naturkonzepte historisch bedingt und veränderlich sind. Zum einen, weil die Umwelt ständig durch menschliche Tätigkeit verändert wird, zum anderen, weil die Wahrnehmung von Natur durch den Menschen selbst sich wandelt (Vogel, 1996, in Raza, 2003:163).

Dieser widersprüchliche Prozess der Wechselbeziehung von Natur und Mensch führt nicht nur zu Naturzerstörung, sondern auch zur Konstruktion von Natur und damit auch von natürlichen Ressourcen. Erich Zimmermann stellte schon vor über 50 Jahren fest: „*ressources are not, they become*“ (Zimmermann, 1951: 15).

Er meint damit die Tatsache, dass Ressourcen nicht statisch zu erfassen sind, sondern durch die Einflussnahme von Menschen und deren Bedürfnissen angepasst, ausgeweitet und auch schrumpfen können (Zimmermann, 1951: 15). Somit ist es zu verstehen, dass der Begriff der Ressource nicht nur eine stoffliche, sondern auch eine soziale Komponente hat. Darunter versteht Raza die technologische Fähigkeit der gezielten Verwendung von Energie und Materie. Und die Verwendung hängt auch von theoretischen Konzepten, kulturellen Anschauungen und spezifischen Konstellationen ab (Raza, 2003: 163).

Zweitens ist das gesellschaftliche Naturverhältnis, wie also mit der ökologischen Beschränkung umgegangen wird, geprägt durch gesellschaftliche Widersprüche und Konflikte. Es ist von sich aus nicht von harmonischer Natur, sondern entsteht durch gesellschaftliche Auseinandersetzungen. Gesellschaftliche AkteurInnen, wie etwa indigene Gemeinschaften, Agrarunternehmen, IndustriearbeiterInnen und viele andere mehr, vertreten verschiedene Naturbilder auf Grund der verschiedenen Akkumulations- und Regulationsformen in denen sie agieren und versuchen diese in einem hegemonialen Kampf durchzusetzen (Raza, 2003: 163). Auch Christoph Görg ist der Ansicht, dass es sich um eine Vielzahl von Naturverhältnissen handelt, denn in den verschiedenen Gesellschaften existieren sehr unterschiedliche Naturverhältnisse und es gibt kein einheitliches Muster, das für alle Gesellschaften oder Gruppen anwendbar wäre (Görg, 2003: 184). Somit existieren in einer Gesellschaft immer mehrere unterschiedliche Naturverhältnisse, wobei allerdings eines in der Regel vorherrschend, daher hegemonial oder zumindest dominant ist und die Nutzung der Natur normiert und regelt (Raza, 2003: 163). Die Herausbildung dieser relativen Einheitlichkeit erlaubt es laut Görg, eine Differenz zwischen den verschiedenen Varianten der Gestaltung der Naturverhältnisse zu erfassen. Wie etwa die Differenz zwischen fordistisch, postfordistisch oder kapitalistisch und nichtkapitalistisch geprägten Naturverhältnissen (Görg, 2003: 184).

Die spezifische Form der Nutzung von Energie und Materie ist also immer sozial bedingt und entsteht in einem konfliktiven Prozess gesellschaftlicher Auseinandersetzung. Jeder Akteur versucht somit seine Konzeption des Naturverhältnisses durch politisch-rechtliche Regulierung abzusichern (Raza, 2003: 163).

Die Regulationstheorie kann hier als systematischer Versuch der Theoretisierung von sozialen Beziehungen verwendet werden. Jede Akkumulationsstrategie braucht nämlich eine materielle – energetische Basis. Bestimmte Akkumulationsstrategien benötigen aber auch spezifische Formen des Zugangs zu und der Nutzung von Natur. Daher werden die treibenden Kräfte solcher Strategien auch für spezifische Formen der Regulation des gesellschaftlichen Naturverhältnisses eintreten. An einem bestimmten Punkt wird die Effektivität einer Regulation jedoch geringer werden und kleinere oder größere Krisen des gesellschaftlichen Naturverhältnisses werden auftreten (Raza, 2003: 163).

2.2.2 Staatsförmigkeit sozialer Beziehungen

Für das Verständnis der Argumentation im Rahmen dieser Arbeit ist die Annahme der Staatsförmigkeit sozialer Beziehungen von zentraler Bedeutung.

Die RegulationstheoretikerInnen gehen davon aus, dass der Staatsapparat im engeren Sinne materiell, daher fiskalisch vom guten Gang der Geschäfte abhängig ist. Daher besteht laut dieser Theorie eine strukturelle Abhängigkeit des Staates vom Akkumulationsprozess in ihm. Und mit dieser strukturellen Abhängigkeit wird laut Joachim Becker gleichzeitig eine soziale Machtungleichheit zugunsten des Kapitals geschaffen (Becker, 2002: 274).

Aus der Notwendigkeit der Kapitalakkumulation lässt sich aber kein Muster staatlicher Politik ableiten. „Denn die Akkumulationsinteressen der Einzelkapitale und der anhand von Kapitalformen (Geld und Produktivkapital), Branchen o. ä. gebildeten Kapitalfraktionen sind durchaus unterschiedlich“ (Becker, 2002: 274). Und es gibt auch noch andere gesellschaftliche Gruppen, die ebenfalls bestimmte Interessen, wie etwa in der Reproduktionssphäre, zum Ausdruck bringen (Becker, 2002: 274).

Tatsächlich versuchen laut Joachim Becker unterschiedliche gesellschaftliche Kräfte für ihre Akkumulations-, Staats- und Regulationsprojekte eine positive staatliche Sanktion zu erhalten.

Die Auseinandersetzungen um die stärkste Einflussnahme auf den Staatsapparat geschehen auf verschiedenen Ebenen der Staatlichkeit.

Eine Möglichkeit zur Einflusserrlangung ist die Zivilgesellschaft. Im Sinne Gramscis versteht Joachim Becker die Zivilgesellschaft als ein Konfliktfeld privater Organismen, die um die Durchsetzung gesellschaftlich verbindlich, anerkannter Regeln (Normen) ringen. Ihr Ziel ist es, dass diese vom Staate einen verbindlichen Charakter, wie zum Beispiel in Form von Gesetzen, verliehen bekommen. Die AkteurInnen können in unterschiedlichem Maß materielle und diskursive Ressourcen zum Erlangen ihres Zieles einsetzen. Dadurch haben zivilgesellschaftliche AkteurInnen von vornherein unterschiedliche Chancen, ihre Projekte durchzusetzen. Und wenn es einem gesellschaftlichen Block gelingt, andere gesellschaftliche Gruppen zur Akzeptanz seines Gesellschaftsprojekts zu bringen, spricht Gramsci laut Joachim Becker von Hegemonie:

„Die Tatsache der Hegemonie setzt zweifellos voraus, daß den Interessen und Tendenzen der Gruppierungen, über welche die Hegemonie ausgeübt werden soll, Rechnung getragen wird, daß sich ein gewisses Gleichgewicht des Kompromisses herausbildet, daß also die führende Gruppe Opfer korporativ-ökonomischer Art bringt, aber es besteht kein Zweifel, daß solche Opfer und ein solcher Kompromiß nicht das Wesentliche betreffen können, denn wenn die Hegemonie politisch-ethisch ist, dann kann sie nicht umhin, auch ökonomisch zu sein, kann nicht umhin, ihre materielle Grundlage in der entscheidenden Funktion zu haben, welche die führende Gruppe im entscheidenden Kernbereich der ökonomischen Aktivität ausübt.“ (Gramsci, 1996: Bd. 7, S. 1567).

Um diesen Umstand zu verdeutlichen soll im Folgenden noch näher auf bestimmte Bevölkerungsgruppen eingegangen werden. Es kann nämlich sein, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen ganz oder teilweise von Rechtsnormen ausgenommen sind. So wurden zum Beispiel Frauen unter Berufung auf patriarchalische Verhältnisse vielfach grundlegende Rechte vorenthalten (Theborn, 1996: 6, in: Becker, 2002: 139). In Staaten mit einem definierten, noch teilweise vorkapitalistisch geprägten Agrarsektor gilt für diesen oftmals ein lokal variables „Gewohnheitsrecht“ [Anführungszeichen im Original] im Gegensatz zum bürgerlichen Recht im kapitalistischen Sektor (Becker, 2002: 139). In diesen „nichtkapitalistischen“ ländlichen Gebieten gibt es oft auch Konflikte um die politische Repräsentationsformen zwischen patriarchal geprägten beziehungsweise eher bürgerlich geprägten Arten der Entscheidungsfindung (Becker, 2002: 274).

Weitere Felder der Einflussverlangung auf den Staat sind das Parteiensystem, die Konfiguration der Zugänge zum Staat und der staatlichen Institutionen (also zum Beispiel das Verhältnis der Legislative zur Exekutive) und die Rekrutierung des staatlichen Personals. Umkämpft sind hierbei nicht nur die Inhalte der Staatstätigkeit, sondern auch die konkrete Ausformung der Zugänge zu staatlichen Entscheidungszentren (Becker, 2002: 274).

Es gibt aber auch die Form der erweiterten Staatlichkeit, die aus der Zivilgesellschaft und einem sanktionsfähigen Kern besteht. Diese zieht sich über mehrere territoriale Ebenen vom lokalen Staat bis zu internationalen Organisationen.

Letztendlich ist es wichtig festzustellen, dass die Staatlichkeit alle strukturellen Formen der Regulation durchzieht. Daher beziehen sich laut Becker auch alle Strategien, die auf eine Veränderung des konkreten Ausdrucks der strukturellen Formen der Regulation zielen, immer auch auf eine Veränderung der Staatlichkeit (Becker, 2002: 275).

2.2.3 Regulationsdispositiv

Der Prozess der kapitalistischen Regulation der Interaktion zwischen Gesellschaft und natürlicher Umwelt resultiert letztendlich „hinter dem Rücken der AkteurInnen“ in einer spezifischen Regulationsweise, die jedoch durch die AkteurInnen entsteht. In dieser Regulationsweise spiegelt sich das vorherrschende Naturverhältnis einer Gesellschaft wider (Raza, 2003: 168).

Dieser Gesamtkomplex von umkämpfter Normbildung und Normdurchsetzung wird, bezogen auf die Akkumulationsformen und die strukturellen Formen, als Regulationsdispositiv bezeichnet (Becker, Imhof, Jäger, Staritz, 2007:34).

Andreas Novy versteht unter einem Dispositiv Denkordnungen, die tiefer liegen als Ideologien, inhaltliche Auseinandersetzungen und klar definierte Diskurse. Der Begriff Dispositiv geht auf Michel Foucault zurück. Er beschreibt damit ein verfestigtes, diskursives Feld, auf dem sich Diskurse und Praktiken anordnen und zueinander in Beziehung treten. Ein Dispositiv stellt also eine integrierend wirkende Ordnung dar, die sowohl strukturiert ist, als auch Raum für Widerspruch lässt, denn Widerstand ist für Foucault immer Teil der Macht (Foucault, 1999: 65). Wichtig beim Verständnis des Dispositiv-Begriffs ist die Tatsache, dass die Logik vollkommen klar und die Absicht entschlüsselt sein können – und dennoch kann es vorkommen, dass niemand sie entworfen hat und kaum jemand sie formuliert (Novy, 2002: 86f).

Ein Dispositiv ist also gleichzeitig vereinheitlichend und pluralistisch. Obwohl also laut Andreas Novy die vorherrschenden Interpretationen der Welt nicht immer die Interpretationen der Herrschenden sind, so werden sie durch diese doch wesentlich gefiltert. Dies erklärt sich daraus, dass kulturelle Verhaltens- und Sichtweisen immer Ergebnisse sozialer Prozesse und daher von Machtverhältnissen sind (Novy, 2002: 86).

Bilden die strukturellen Formen der Regulation ein kohärentes Ganzes, kann man von einer Regulationsweise sprechen. Eine solche Kohärenz würde laut Regulationstheorie über die Herausbildung eines hegemonialen Projekts durch einen bestimmten sozialen Block in der Zivilgesellschaft geschaffen, die dann auch Leitmarke für die staatliche Politik wäre. Passt eine solche Regulationsweise zu den vorherrschenden Akkumulationsmustern, gelingt vorübergehend eine relative Stabilisierung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse. Diese Stabilität ist in der Annahme der RegulationstheoretikerInnen aber immer nur vorübergehend. Auf sie folgen Krisen mehr oder weniger starker Ausprägung, in denen sich konkrete Ausformung der Regulation im Rahmen sozialer Konflikte verändern wird (Becker, Imhof, Jäger, Staritz, 2007:34).

2.3 Charakterisierung der ökologischen Beschränkung, aus Regulationstheoretischer Perspektive, in der Europäischen Union im Postfordismus

Es gibt mehrere Anhaltspunkte, woran Normen, die die derzeitige ökologische Beschränkung in der Europäischen Union charakterisieren, zu erkennen sind.

Zum einen ist festzustellen, dass sich einige Charakteristika der fordistischen Entwicklungsweise im Postfordismus⁴ fortsetzen und dadurch der Prozess der Internationalisierung ökonomischer Räume in Form der Globalisierung noch ausgeweitet wurde (Raza, 2003: 170). Es ist für die Umweltpolitik im Postfordismus festzustellen, dass sie so wie in vorherigen Regulationsweisen, übereinstimmt mit dominanten Politikausrichtungen und Interessen (Brand, 2009: 106).

Das betrifft etwa die weiterhin bestehende Abhängigkeit von fossiler Energie in den Produktions- und Konsumationsprozessen, die damit zusammenhängende Verkehrsproblematik sowie die daraus resultierende Luftverschmutzung und der Klimawandel. Auch an der industriellen landwirtschaftlichen Produktion hat sich nichts Wesentliches geändert. Vielmehr ist durch die Ausdehnung der fordistischen Entwicklungsweise, und die damit einhergehende Durchkapitalisierung der Landwirtschaft in der Peripherie, das Modell der industriellen, fossil betriebenen Landwirtschaft, während der letzten 40 Jahre erst eingeführt worden (Raza, 2003: 170).

Die Politikgestaltung wurde und wird auch im Postfordismus im Interesse der Besitzenden von Kapital und zu Gunsten der globalen Mittelklasse, die neben der

⁴ Laut Josef Essers Artikel im Lexikon der Politik von Nohlen und Schultze, Neuauflage 2010, bezeichnet der Begriff **Fordismus** im Regulationstheoretischen Kontext, eine bestimmte Periode in der Entwicklung des Kapitalismus, die vor allem in der Nachkriegszeit eine zentrale Rolle gespielt hat. Die Bezeichnung Fordismus als Idealtyp zur Bezeichnung der historischen Phase des Nachkriegeskapitalismus bezieht sich bis etwa Mitte der 70er Jahre. Darunter wird eine spezifischen Verknüpfung von Massenproduktion und Massenkonsum sowie wirtschaftliches Wachstum und Vollbeschäftigung verstanden, die durch einen weitgehend sozialen Konsens von Kapital, Gewerkschaften und Staat abgestützt und durch institutionelle Mechanismen wie Korporatismus, Wohlfahrtsstaat und Keynesianismus in den verschiedenen Industriegesellschaften immer wieder zu garantieren versucht wurden, wobei Unterschiede in den jeweiligen nationalen „Wohlfahrtsstaats – Bündnissen“ berücksichtigt werden.

Das Konzept des **Postfordismus** versteht Esser als einen heuristischen Arbeits-Begriff, der für die These benutzt wird, dass die fordistische Vergesellschaftungsform sich aufgrund sowohl gesellschaftsinterner als auch weltmarktvermittelter externer Schranken für die Wachstumssteigerung in einer strukturellen Krise befinde und derzeit unterschiedliche „Such – Strategien“ identifizierbar seien, um eine neue Verbindung von sozio-ökonomischen, politischen und kulturellen Institutionalisierungsformen für ein neues stabiles Wachstums- und Gesellschaftsprojekt zu finden (Nohlen, Schulze, 2010, 268 f.)

Mittelklasse der Industriestaaten auch aus der Mittelklasse aus Ländern des globalen Südens besteht, gemacht (Brand, 2009: 106).

Konkret auf die EU bezogen, ist laut Werner Raza Liberalisierung das größte Ziel der europäischen Integration seit Mitte der 1980er Jahre. Sowohl im binnenstaatlichen Raum als auch in der Außenpolitik:

„In der Tat lässt sich kaum ein maßgeblicher Handelspolitiker in den EU-Institutionen (mit Ausnahme des EU-Parlaments) finden, der bestreiten würde, dass die liberale Außenhandels­theorie und die daraus abgeleiteten wirtschaftlichen Vorteile die legitime konzeptuelle Basis der EU Außenhandelspolitik bilden sollten. Die freihändlerische Grundüberzeugung gehört zur Basisqualifikation eines Handelskommissars, und zwar unabhängig von seinem parteipolitischen Hintergrund.“
stellt Werner Raza dazu fest (Raza, 2007:9).

Allerdings ist die handelspolitische Praxis der EU auch im Postfordismus nicht wirklich ein Handelsregime das liberalen Grundsätzen entspricht. Vielmehr folgt die praktische Handelspolitik der EU laut Einschätzung der RegulationstheoretikerInnen einem strategischen Ansatz, der stark an der merkantilistischen⁵ Tradition anknüpft (Raza, 2007:9). Die derzeitige Außenpolitik der EU ist laut Becker und Raza neomerkantilistisch geprägt (Becker, Raza, 2009:5). Becker bezeichnet damit wirtschaftspolitische Strategien, die darauf gerichtet sind, einen Exportüberschuss beim Handel mit Waren und Dienstleistungen zu erzielen. Sie stehen damit in engem Zusammenhang mit einer Akkumulation, die durch aktive Extraversion, also eine starke Orientierung auf den Export gekennzeichnet ist (vgl. Becker 2006: 14). Im Unterschied zu Entwicklungsländern ist in Ländern des Zentrums eine starke Orientierung auf den Warenexport in der Regel auch mit einem korrespondierenden Kapitalexport verbunden, der Dividenden und Zinseinnahmen einbringt. (Becker, 2007: 3).

Die Neo-Merkantilistische Handelsstrategie der EU kombiniert dabei „offensive“ und „defensive“ Elemente. Unter einer defensiven Handelspolitik verstehen Joachim

⁵ Unter der merkantilistischen Tradition versteht Werner Raza, dass das Ziel der Außenhandelspolitik die Maximierung der Erträge aus dem internationalen Handel ist, was die Förderung der Exportwirtschaft und die Ausweitung der Exporte bei gleichzeitiger Kontrolle bzw. Beschränkung der Importe bedingt (Raza, 2007:9).

Becker und Werner Raza die Tatsache, dass Staaten, die eine starke Fokussierung auf Produktparten aus der Landwirtschaft, Textilindustrie oder Lederindustrie aufweisen, gewissen Schutz vor dem Weltmarkt einfordern, um in ihrer derzeitigen Form bestehen zu können. Zu diesen Staaten zählt er Frankreich, Italien, Portugal und Spanien. Andere Staaten wie etwa Deutschland, Holland und die skandinavischen Staaten haben eine eher Dienstleistungs- und High-Tech-Ausrichtung ihrer Wirtschaft. Diese Gruppe würde die Importzölle gerne verringern (Becker, Raza, 2009: 5).

In diesem innereuropäischen Spannungsfeld werden Importbeschränkungen daher selektiv angewendet. Der am stärksten geschützte Sektor in der EU ist laut Werner Raza zweifellos die Landwirtschaft. Er bezieht sich dabei auf ein Dokument der EU Kommission für Handel vom Jahr 2005. In diesem Dokument wird dargestellt, dass der durchschnittliche Zollsatz bei landwirtschaftlichen Produkten 30% beträgt. Für einzelne Produkte kann der Zollsatz aber weit höher liegen. Zollspitzen von bis zu mehreren hundert Prozent (z. B. Zucker 350%) bzw. hohe Zollniveaus (z. B. Milch und Milchprodukte 87%, Getreide 53%) gelten für bestimmte, nicht weiterverarbeitete landwirtschaftliche Güter. Für andere landwirtschaftliche Produkte (in Summe 27% aller Agrarimporte), z. B. Lederhäute, Baumwolle, Wolle, Flachs oder Ölsaaten, für welche es in der EU traditionell eine Überschussnachfrage gab, bzw. wo eine Steigerung der Produktion aus klimatischen oder sonstigen Gründen nicht möglich oder zielführend ist, gelten hingegen sehr geringe oder keine Zölle. (Europäische Kommission, 2005, 17f, Raza,2007:10)

Werner Raza schlussfolgert daraus, dass in der EU derzeit einerseits exportseitig kommerziellen Interessen nachgegeben wird, andererseits aber importseitig eine Öffnung unter Bezugnahme auf politisch-normative Argumente verhindert wird. Und er stellt fest, dass, so berechtigt diese Argumente auch sind, durch die selektive Form ihrer Anwendung die EU nicht nur an Glaubwürdigkeit gegenüber ihren Handelspartnern, vor allem den Entwicklungsländern verliert, sondern auch einer faireren Ausgestaltung der internationalen Handelsbeziehungen unter Einbeziehung von sozialen und ökologischen Mindeststandards insgesamt entgegenwirkt. Diese von der EU geforderten Standards kommen damit nämlich stets in den Verdacht, versteckten protektionistischen Motiven zu dienen. Und Raza stellt fest, dass genau

dies mit den bisherigen, ohnedies meist halbherzig unternommenen Vorstößen der EU in Richtung Verankerung von Umwelt- und Sozialstandards im WTO-Regelwerk auch geschehen ist und daher von den Entwicklungsländern mit dem genannten Argument des versteckten Protektionismus strikt abgelehnt wurde (Raza,2007:14).

Eine neuartige Facette des postfordistischen Naturverhältnisses ist das Aufkommen und die zunehmende kommerzielle Verwertung der Biotechnologie. Biotechnologie verfügt über eine Palette von Anwendungen in der Medizin, der Pharmazie, der Pflanzen- und Tierzucht. Ein wissenschaftlich-industrieller Komplex, die sogenannte Life Science-Industrie, will nun mit diesen potentiellen Anwendungen neuen Profit und hohes Wachstum schöpfen. Problematisch ist in diesen Bestrebungen vor allem die Tatsache, dass es zur Definition neuer Eigentumsrechte im Zusammenhang mit genetischen Ressourcen kommt (Raza, 2003: 170) und natürlich auch mit der Tatsache, dass genetisch manipulierte Pflanzen vermehrt in der Landwirtschaft verwendet werden.

Die Veränderungen der postfordistischen ökologischen Beschränkung haben auch einen Wandel in der gesellschaftlichen Bearbeitung nach sich gezogen.

Der Klimaschutz im Postfordismus, unter dessen Schirm Agrokraftstoffe ihre Bedeutung erlangt haben, wird international nicht nur als Gefahr, sondern auch als gewinnbringende Einnahmequelle für neue Industrien dargestellt. In der kritischen NGO Szene werden die Klimaschutzmaßnahmen der Europäischen Union und auch auf globaler Ebene immer kritischer hinterfragt. Argumentiert wird, dass Klimaschutzmaßnahmen vorrangig auf marktfähigen Lösungen basieren, anstatt fundamentale Probleme, wie etwa die Dominanz der auf fossiler Energie basierenden Produktionsmuster zu lösen (Brand et al., 2009: 11).

Görg stellt dazu fest, dass die Bewältigung und Lösung von Umweltproblemen im Postfordismus unter der Perspektive des Managements ökologischer Probleme gesehen wird. Dadurch wird das Dogma des wirtschaftlichen Wachstums und gesteigerten materiellen Wohlstands nicht in Frage gestellt und damit die nationale Gestaltung der Naturverhältnisse diesem Leitparadigma nachgeordnet (Görg, 2004: 215 f).

Dieser Wandel drückt sich auch durch eine Internationalisierung der ökologischen Regulation aus. Neue internationale Foren sind entstanden, auf denen die politischen Auseinandersetzungen stattfinden wie etwa der gesamte Rio-Prozess, der das Klimarahmenabkommen, den Kyotoprozess, die Konvention über biologische Vielfalt und andere beinhaltet. Daneben sind bereits bestehende internationale Organisationen zunehmend in der Umweltpolitik tätig wie die Food and Agriculture Organization der Vereinten Nationen, das United Nations Development Program, das United Nations Environmental Program, die Weltgesundheitsorganisation der Vereinten Nationen, die OECD und vor allem auch die WTO. Aus diesen sich überlappenden Foren und Regelwerken schlussfolgert Raza, resultieren Spannungsfelder und Machtasymmetrien. Nachdem der Zugang verschiedener Gruppierungen zu den einzelnen Institutionen recht unterschiedlich ist, besteht ein zentraler Aspekt der politischen Auseinandersetzung darin, festzulegen, welcher Sachverhalt durch welche Institution reguliert wird (Raza, 2003: 171).

Auch haben sich neue, zivilgesellschaftliche AkteurInnen der Umweltpolitik formiert, die vielfach auf Basis einer lokalen Verwurzelung auf der internationalen Ebene auftreten. Dazu gehören Landlose, KleinbäuerInnen, indigene Gemeinschaften, NaturschützerInnen und andere und ihre politischen Organisationen. Diese AkteurInnen zeichnen sich durch eine relativ große soziale Heterogenität aus. Ihre Vernetzung besteht primär in einem durch neue Technologien begünstigten intensiven Informations- und Kommunikationsaustausch. Kooperationen und Bündnisse erfolgen dagegen oft flexibel und anlassbezogen (Raza, 2003: 171).

Die politische Auseinandersetzung verläuft auch stark über eine diskursive Ebene, die in den letzten dreißig Jahren durch immer neue Umweltkonzepte gefüttert wurde. In der diskursiven Auseinandersetzung um „Nachhaltige Entwicklung“ hat sie bislang ihren Höhepunkt erreicht. Dabei ist die Tendenz festzustellen, dass das kapitalismuskritische Potential dieses Begriffs durch die zunehmende Vereinnahmung neoliberaler AkteurInnen stark gelitten hat und heute schon sehr verwaschen ist (Raza, 2003: 171).

Christoph Görg schreibt in Bezug auf das Verständnis von nachhaltiger Entwicklung, dass sich dieses in den Ländern des Nordens meist auf eine ökologische Modernisierung der eigenen Gesellschaften reduziert hat, das in der Praxis zu einem relativ pragmatischen Management ökologischer Probleme geführt hat. Die Leitidee dieser ökologischen Modernisierung, so Görg, zielt dabei weniger auf eine solidarische Bearbeitung der Weltprobleme, sondern auf die Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit nationaler Gesellschaften ab. Diese versuchen die Konkurrenzfähigkeit seiner Meinung nach im globalen Wettbewerb auf Kosten anderer – nämlich der anderen Industrieländer und den Entwicklungsländern zu etablieren (Görg, 2003:10).

Bezüglich des Leitparadigma in der EU-Kommission, die die Gesetzgebung für Agrokraftstoffe geprägt hat, wurde für diese Arbeit in einem Interview mit einer Person, die für die EU-Kommission arbeitet, gesagt, dass es drei vorgegebenen Leitlinien für die Agrokraftstoffgesetzgebung gab. Erstens, dass Agrokraftstoffe klimafreundlich sein müssen, zweitens, dass sie für die europäische Wirtschaft und die Unternehmen ein Mittel sein sollen um sie im globalen Kontext konkurrenzfähiger zu machen und drittens, dass sie einen Beitrag zur Energieabsicherung Europas leisten (EU-Kommission, Interview).

Christoph Görg schlussfolgert in seiner Analyse, dass die Krise der derzeit bestehenden gesellschaftlichen Naturverhältnisse nicht mehr als stärkstes Argument gegen die Irrationalität und Destruktivität des globalen Kapitalismus interpretiert wird (Görg, 2003:11) und daher auch bei umweltproblematischen Fragen keine Lösungen beschlossen werden, die eine Systemveränderung beanspruchen sondern im System im besten Falle Verbesserungen mit sich bringen.

Die Hauptgründe für das Scheitern der Klimapolitik sehen die AutorInnen in der Tatsache, dass Klimaschutzmaßnahmen in Zusammenhang mit dominanten politischen und ökonomischen Strukturen und Interessen entstehen. Derzeit ist die Politik von neo-liberalen und neo-imperialen Ideen geprägt, die sich vor allem an Konkurrenz und der Absicherung des Reichtums der Industrieländer und der globalen Eliten orientiert. Der westliche Lebensstil als beste Lebensform wird noch immer weltweit promotet. Menschliches Wohlbefinden und soziale Absicherung

werden von den politischen EntscheidungsträgerInnen immer noch stark mit ökonomischem Wachstum in Verbindung gebracht, das hauptsächlich auf ressourcenintensivem Wachstum basiert (Brand et al., 2009: 11) und nicht mit Ernährungs- und Energiesouveränität.

3 Agrokraftstoffe im Politikformulierungsprozess der Europäischen Union

Nach einer kurzen Vorstellung, wie ein Gesetz auf EU Ebene formal zustande kommt und einer kurzen Einschätzung wie dies in der Praxis geschieht, wird die derzeit bestehende EU-Richtlinie, die die Verwendung von Agrokraftstoffen festlegt, vorgestellt. Einerseits wird der Inhalt der Richtlinie erklärt und andererseits mit Hilfe der Stellungnahme eines kritischen Berichts zur Richtlinie aufgezeigt, wie diese Richtlinie ausgelegt werden kann. Untermauert wird dieses Kapitel auch mit Zitaten aus einem Interview, welches mit einer VertreterIn aus der EU-Kommission geführt wurde.

3.1 Entscheidungsfindung und Politikformulierung in der EU

In der EU muss grundsätzlich zwischen zwei Entscheidungsprozessen unterschieden werden vor in Kraft treten des Lissabonvertrags.⁶ Zum einen gibt es Grundsatzentscheidungen, die den Gesamtprozess der europäischen Integration wie etwa bedeutende Integrationsschritte, Reformen der Systemstruktur, oder die Erweiterung der EU um neue Mitgliedsstaaten, betreffen. Zum anderen gibt es Entscheidungen, die Recht- und Regelsetzung in Bezug auf einzelne Politikfelder oder Integrationsstrategien umfassen. Diese fächern sich wiederum in ein breites Spektrum auf, das von der Ausgestaltung oder auch Umstrukturierung und Reformen ganzer Politikfelder bis hin zu Einzelregelungen, beispielsweise im Bereich von Marktordnungen, technischen Standards oder der Definition von Produktqualitäten reichen kann (Trömmel, 2008: 94). Die gesetzgebenden Beschlüsse der EU zu Agrokraftstoffen fallen in diesen Entscheidungsprozess.

Im Bereich der Grundsatzentscheidungen fällt die Verantwortlichkeit vor allem dem Europäischen Rat⁷ zu, der auf Basis von Diskussionsvorlagen, die von der

⁶ Da die beiden untersuchten Richtlinien zu Agrokraftstoffen vor in Kraft treten des Lissabon Vertrags beschlossen wurden, wird im Rahmen dieser Arbeit der Gesetzgebungsprozess beschrieben, der bis zur in Kraft Tretung des Lissabon Vertrags gültig war.

⁷ Im Europäischen Rat kommen die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten sowie der Präsident der europäischen Kommission zusammen. Sie werden von den Ministern für auswärtige Angelegenheiten der Mitgliedsstaaten und einem Mitglied der Kommission unterstützt. Der europäische Rat tritt mindestens zweimal jährlich unter dem Vorsitz des Staats- und Regierungschef des Mitgliedstaates zusammen, der im Rat den Vorsitz innehat (Pollak, Slominski, 2006: 73).

Europäischen Kommission⁸ vorbereitet wurde, Entscheidungen zu treffen hat (Trömmel, 2008: 94).

Im zweiten Entscheidungsbereich hat die europäische Kommission das ausschließliche Initiativrecht. Der Ministerrat⁹ und das Europäische Parlament¹⁰ fassen die weisenden Beschlüsse (Trömmel, 2008: 94). Diese Entscheidungen, die dem ausschließlichen Initiativrecht der Kommission unterliegen, beziehen sich im wesentlichen auf Regelungen mit Gesetzescharakter. Dabei gibt es fünf Arten von Rechtshandlungen zu unterscheiden:

1. *„Verordnungen; diese sind unmittelbar wirksam und bindend für das Gesamtgebiet der EU;*
2. *Richtlinien; diese legen zu erreichende inhaltliche Ziele fest; die Umsetzung dieser Ziele in die nationale Gesetzgebung ist den Mitgliedstaaten überlassen;*
3. *Entscheidungen; diese sind ebenfalls unmittelbar gültig, beziehen sich jedoch in der Regel auf einen eng begrenzten Themenbereich;*
4. *Empfehlungen; diese haben keinen verbindlichen Charakter; es werden lediglich zu erreichende Ziele definiert und damit anderen Handlungsträgern nahe gelegt;*
5. *Stellungnahmen; über diese kann eine (politische) Lagebeurteilung zum Ausdruck gebracht werden“ (Trömmel, 2008: 95).*

Bis es zum Beschluss einer Richtlinie kommt müssen mehrer Stufen in EU-Gremien durchlaufen werden, die im Folgenden beispielhaft dargestellt werden.

Ein als lösungsbedürftig wahrgenommenes Problem wird entweder an die europäische Kommission herangetragen oder von ihr selbst identifiziert. In einem zweiten Schritt, wird das wahrgenommen Problem auf die politische Tagesordnung gesetzt (Pollak, Slominski, 2006: 122).

⁸ Die **Europäische Kommission** setzt sich aus einer politischen, das Kollegium der Kommissare, und einer administrativen Ebene, die auf verschiedene Generaldirektionen unterteilt ist, zusammen. Die Kommission besteht gegenwärtig aus je einem KommissarIn pro Mitgliedsstaat, wobei die Stimme der KommissarInnen aus bevölkerungsreicheren Staaten mehr Gewicht haben (Pollak, Slominski, 2006: 82). Die Europäische Kommission unterbreitet als einziges Organ der EU Vorschläge für Gesetzgebung und Politik. Ihre nationalstaatliche Unabhängigkeit stärkt ihre Fähigkeit, die Politik der EU durchzuführen, Hüterin der Verträge zu sein und die Gemeinschaft in internationalen Verhandlungen zu vertreten (Pollak, Slominski, 2006: 119).

⁹ Der **Ministerrat** besteht aus je einem Vertreter jedes Mitgliedstaates auf Ministerebene. Konkret setzt sich der Ministerrat aus den jeweiligen Fachministern der Mitgliedsstaaten zusammen. Der Ministerrat ist das Gremium das Gesetze auf EU-Ebene, nach Übereinkunft mit der Kommission und dem Europäischen Parlament, beschließt (Pollak, Slominski, 2006: 74).

¹⁰ Das **Europäische Parlament** vertritt die Bürgerinnen und Bürger aller EU Staaten (Pollak, Slominski, 2006: 86). Der politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozess im Europäischen Parlament wird durch die politischen Parteien bzw. Fraktionen geprägt. Die innere Organisation der Abgeordneten erfolgt nicht nach nationaler Zugehörigkeit, sondern gliedert sich in parteipolitische Zusammenschlüsse (Pollak, Slominski, 2006: 88). Der Schwerpunkt des Europäischen Parlaments sind das EG-Rechtssetzungsverfahren sowie die Ernennungs- und Kontrollrechte. Der Mitwirkungsgrad des Europäischen Parlaments bei Rechtssetzungsverfahren ist je nach Politikbereich unterschiedlich geregelt und hängt in erster Linie von den einzelnen Vertragsbestimmungen ab (Pollak, Slominski, 2006: 92).

In der Regel arbeiten politisch-administrative AkteurInnen der nationalen und supranationalen Ebene, sowie unabhängige ExpertInnen und Interessensgruppierungen mit, während die Öffentlichkeit nur marginal informiert und beteiligt ist (Pollak, Slominski, 2006: 122).

Nach Verabschiedung eines Gesetzesvorschlags durch die Gesamtkommission wird dieser an den dafür zuständigen Ministerrat weitergeleitet. Je nach Sachgebiet sind eventuell der Wirtschafts- und Sozialausschuss¹¹ sowie der Ausschuss der Regionen¹² zu hören, wobei deren Stellungnahme keinerlei bindende Wirkung haben. Der weitere Verfahrensablauf hängt nun von der Rolle des Parlaments im Gesetzgebungsprozess ab. Je nachdem, ob das Vorschlagsverfahren, das Verfahren der Kooperation oder das der Kodezision vertraglich vorgesehen ist, kommt es zu einer, zwei oder drei Lesungen im Parlament (Trömmel, 2008: 97). Je nach dem, ob das Parlament dem Vorschlag zustimmt, ihn ändern möchte oder ablehnt, wird der Vorschlag mit den Anmerkungen des Parlaments wieder an den Ministerrat oder die europäische Kommission geleitet, um einen Interessensausgleich zu schaffen. Der endgültige Vorschlag wird vom Ministerrat beschlossen (Trömmel, 2008: 97).

3.2 Einflussnehmende Faktoren auf die EU-Politikformulierung

Der Prozess der Entscheidungsfindung hängt in der Praxis von mehreren Faktoren ab:

- *„zum Ersten von den Kapazitäten zu einem erfolgreichen Verfahrensmanagement vonseiten der einzelnen Organe;*
- *zum Zweiten von den Kapazitäten, tragfähige und allseits akzeptable Kompromisslösungen zu finden;*
- *zum Dritten von den Kapazitäten zur Mobilisierung externer Akteure zur Unterstützung der jeweiligen Position beziehungsweise zur Beschaffung von zusätzlicher Legitimität (beispielsweise über die öffentliche Meinung oder starke Interessensverbände);*
- *zum Vierten von den Kapazitäten, intern zu einheitlichen Positionen zu gelangen“* (Trömmel, 2008: 101).

Während laut Trömmel vor allem die Kommission über die drei erstgenannten Kapazitäten verfügt, sind die erste und dritte für das Parlament von höchster Bedeutung. Beide Organe können so ihre Position in der Entscheidungsfindung

11 Der **Wirtschafts- und Sozialausschuss** (WSA) besteht aus weisungsunabhängigen Vertreterinnen von verschiedenen wirtschaftlichen und sozialen Bereichen der organisierten Zivilgesellschaft. Die Anzahl der VertreterInnen pro Land richtet sich ungefähr nach der jeweiligen Größe des Mitgliedstaates. Aufgrund seiner bloß beratenden Rolle ist das Ausmaß der faktischen Einflussnahme sehr gering (Pollak, Slominski, 2006: 97)

12 Der **Ausschuss der Regionen**, ist ähnlich wie der WSA, eine den Rat und die Kommission beratende Einrichtung (Pollak, Slominski, 2006: 98)

stärken. Für den Ministerrat, aber auch für das Parlament, ist der letztgenannte Punkt besonders relevant, vor allem da interne Uneinigkeiten nicht nur die eigene Position schwächen, sondern auch von den anderen Organen, und vor allem dann, wenn sie an einem Strang ziehen, zugunsten ihrer Position genutzt werden. Der Druck zu Kompromisslösungen bestimmt somit nicht nur das Verhältnis zwischen den Organen im Entscheidungsprozess, sondern strukturiert auch in einem starken Maße deren Binnenverhältnisse (Trömmel, 2008: 101).

3.2.1.1 Einschätzung der Einflussnahmemöglichkeiten der Industrie und NGOs auf den EU-Politikformulierungsprozess

Im Rahmen dieser Arbeit wird vor allem auf die Einflussmöglichkeiten nicht-staatlicher Interessensgruppen auf den EU-Politikformulierungsprozess eingegangen. Das Beispiel Brasilien soll jedoch auch den globalen Einfluss und die globalen Auswirkungen der EU-Bestimmungen zu Agrokraftstoffen ergänzen und wird im Kapitel zu Brasilien behandelt.

Bernhard Chabera unterscheidet zwischen drei Gruppen die auf den EU-Politikformulierungsprozess Einfluss nehmen können. Dies wird auch mit dem Wort Lobbying beschrieben. Erstens die Gruppe der staatlichen oder substaatlichen Interessensvertreter, die territoriale Interessen der öffentlichen Hand vertreten. Zweitens die Gruppe der AkteurlInnen, die wirtschaftliche Interessen verfolgen. Dabei unterscheidet er zwischen Unternehmer- beziehungsweise Arbeitgeberinteressen einerseits und in Arbeitnehmerorganisationen beziehungsweise KonsumentInnenschutzverbände andererseits. Und drittens die Gruppe der Zivilgesellschaft, die typischerweise Anliegen ideeller Natur vertreten (Chabera, 2003: 62).

Im Rahmen dieser Arbeit werden die Ideen und Einflussmöglichkeiten von Unternehmerseite und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) mit ideellen Zielen genauer betrachtet.

Einleitend wird Alexandra Strickners Einschätzung zum Ablauf von Gesetzgebungsverfahren in der EU geschildert. Ihrer Meinung nach ist Lobbying ein sehr wichtiges Merkmal in Gesetzgebungsverfahren der EU. Sie bezieht sich bei

ihren dargelegten Schilderungen auf ein Gesetzgebungsverfahren im Bereich der Finanzmärkte, geht aber davon aus, dass dies im Bereich der Agrokraftstoffgesetzgebung ähnlich gehandhabt wird:

„Im Bereich der Finanzmärkte ist es so, dass zum Teil die Experten mehr sind, als die Beamten. Die kommen und schreiben irgendwelche Studien. Da gibt's dann natürlich irrsinnig viel Geld um irgendwelche Studien zu machen und um ihren Vorschlag zu präsentieren und dann, wenn das mal geschehen ist, macht die EU-Kommission einen Vorschlag und dann kommt es zum Rat und zum Parlament. Und es gibt dann gewisse Bereiche, da hat das Parlament Mitentscheidungsrecht – das Parlament erstellt dann einen Bericht dazu – dass ist dann die politische Meinung des Parlaments. Und dieser Bericht entsteht dadurch, dass sich das Parlament ExpertInnen einlädt zum Public Hearing. Die werden dann eingeladen und sollen sagen, warum sie den Vorschlag von der Kommission gut finden oder eben nicht und dann stellen die Parlamentarier Fragen und auf Basis dieser Informationen wird dann dieser Bericht erarbeitet. Und da ist es noch einmal interessant zu schauen, aber ich vermute, dass bei diesen Hearings wieder viele Konzernvertreter dabei sind. Also bei den Finanzmärkten weiß ich, dass da viele dabei waren. Und dann werden natürlich die Parlamentarier die diesen Bericht, also die Meinung des Parlaments ausarbeiten natürlich auch noch einmal massiv von Lobbyisten in Anspruch genommen. Und je nach dem was rauskommt, also wenn das Parlament sagt, nein so nicht, das sollte anders sein, dann kommt es zu einem Mediationsverfahren zwischen Parlament und Rat und auf Grund dessen erarbeitet die Kommission dann einen neuen Vorschlag. Insofern ist es in Brüssel sehr vermachtet und der Einfluss der Lobbys ist sehr groß. Und wenn man das weiß, versteht man halt auch warum viele dieser Vorschläge so schlecht sind und so viele Themen nicht berücksichtigt werden. Die Demokratisierung geht nur sehr langsam voran. Und oft geht diese Berichtfindung auch sehr schnell vonstatten und die Einflussnahmemöglichkeiten sind von finanzstarken Gruppierungen natürlich viel größer als von zivilgesellschaftlich getragenen Gruppen.“ (Strickner, Interview).

Auch für Heike Walk und Achim Brunngräber, besteht kein Zweifel daran, dass Wirtschaftstreibende und NGOs Einfluss auf die internationale Politik nehmen (Walk, Brunngräber, 2000: 61). Allerdings treten erhebliche Meinungsunterschiede auf, wenn es um die Tiefe des Einflusses und die Funktionsbestimmung dieser Akteure geht. So stehen PolitikerInnen meist im Rampenlicht und grüne NGOs nutzen jede Gelegenheit zur Herstellung von Öffentlichkeit. IndustrielobbyistInnen agieren jedoch zumeist im Verborgenen und versuchen Regierungsdeklarationen mit juristischen Spitzfindigkeiten oder Schreckensmeldungen zu versorgen, die den Verhandlungsprozess auf die eine oder andere Weise beeinflussen sollen (Walk, Brunngräber, 2000: 62). Lobbying vollzieht sich in einem komplizierten Beziehungsgeflecht und entzieht sich einer breiten Öffentlichkeit, ist aber gleichzeitig auf indirekte Weise von eben jener Öffentlichkeit abhängig. Denn ohne einer wichtigen Stellung eines Unternehmens oder einer breiten Öffentlichkeit auf die eine

NGO verweisen kann, gibt es kaum eine Grundlage um ihre Mitsprache zur Geltung bringen zu können (Walk, Brunngräber, 2000: 164).

Das Verhältnis von LobbyistInnen zu RegierungsvertreterInnen kann auch als eine Art von Arbeitsteilung zwischen den beiden Seiten beschrieben werden. Der Druck den NGOs, beziehungsweise LobbyistInnen von Unternehmen aufbauen, kann politischen EntscheidungsträgerInnen nützlich sein, um sich auf gesellschaftliche Gruppe zu berufen, für die sie eintreten müssen. EntscheidungsträgerInnen und LobbyistInnen bedingen sich daher in gewisser Weise gegenseitig (Walk, Brunngräber, 165).

Christine Quittkat verweist auf strukturelle Ungleichheiten bei der Einbindung der organisierten Zivilgesellschaft im europäischen Entscheidungsprozess. Die VertreterInnen von Handel und Industrie, sind ihrer Darstellung nach, bereits seit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft auf europäischer Ebene aktiv und haben somit, lange bevor die Idee der systematischen Einbindung der organisierten Zivilgesellschaft in den europäischen Politikprozess auf die politische Tagesordnung der Europäischen Kommission gelangte, Erfahrungen mit europäischen Interessensvermittlungen gesammelt (Quittkat, 2005: 365).

Schon seit Beginn werden nationale und europäische, öffentliche und private AkteurInnen in eine Vielzahl von multilateraler Verhandlungen – formell in Ausschüssen und informell in Foren, Beratungszirkeln, oder durch Anhörungen organisiert – eingebunden, die in der Regel von der Europäischen Kommission initiiert und koordiniert werden (Quittkat, 2005: 371). Dabei erweist sich vor allem die Finanzausstattung von Wirtschaftsverbänden als ein wesentlicher Faktor bei der europäischen Interessensvermittlung. So nimmt laut Quittkat die Häufigkeit der Kontakte mit nationalen wie europäischen öffentlichen Akteuren mit dem Maß der Finanzausstattung zu. Die finanzielle Ressourcenausstattung der Wirtschaftsverbände ist somit nicht nur dafür entscheidend, wie professionell das gesamte Arsenal der Instrumente der Interessensvermittlung – von der Pressearbeit über ausgefeilte fachliche Stellungnahmen und wissenschaftliche Gutachten bis hin zu ausgearbeiteten, juristisch abgesicherten Gesetzesentwürfen – zur Verdeutlichung der eigenen Position eingesetzt werden kann, sondern entscheidet auch über die Möglichkeiten, Kontakte zu nationalen und europäischen Entscheidungstragenden aufzubauen (Quittkat, 2005: 380). Diese von Quittkat

zitierte Dominanz der Wirtschaft bei der Einflussnahme auf die EU-Politikgestaltung wird auch von Chabera vor allem damit erklärt, dass Industrie und Handel über wesentlich größere personelle und vor allem finanzielle Ressourcen verfügen, um effektives Lobbying betreiben zu können (Chabera, 2003: 67).

Zusammenfassend kann zu Lobbying gesagt werden, dass es als kontinuierliche Arbeit innerhalb persönlicher Zusammenhänge zu verstehen ist, die sich aus Kontinuität und Kompetenz zusammensetzt. Weitgehend wird es als Geheimstrategie gehandelt und verschließt sich den Einblicken durch Außenstehende, wodurch es auch nicht zu einer systematischen Betrachtungsweise des Phänomens kommen kann. Lobbying gehört laut Walk und Brunngräber sicherlich zu einer der wichtigsten Aktionsformen in der internationalen Politik (Walk, Brunngräber, 2000: 167) und laut den Einschätzungen von Quittkat und Strickner auch zu einer sehr wichtigen Aktionsform in der Politikgestaltung der EU.

3.3 Chronologische Darstellung der EU-Bestrebungen zur Einführung von Agrokraftstoffen

Der Beschluss, Agrokraftstoffe zu einem EU-relevanten Politikthema zu erheben, war laut einer interviewten Person der EU-Kommission eng mit der Erneuerbaren-Energie-Politik der EU verbunden. 1997 wurde das erste Weißbuch¹³ von der EU Kommission zu Erneuerbarer Energie präsentiert, in dem dargelegt wurde, dass erneuerbare Energie ein potenzielles Geschäftsfeld darstellt, durch das Europa seine Energiegewinnung diversifizieren und die Importabhängigkeit verringern kann. 1997 wurde zum ersten Mal von einem eigenständigen Ziel für erneuerbare Energien gesprochen und dieses Ziel war 12% bis 2012. Das war das handlungsleitende Ziel für die nächsten Jahre (EU-Kommission, Interview).

2003 kam es in diesem Rahmen zum Erlass der ersten Richtlinie für Agrokraftstoffe. In dieser Richtlinie wurde auch die Politikausrichtung für erneuerbare Energie im Transportsektor beschlossen. Diese Richtlinie wurde „Biokraftstoffrichtlinie“ genannt, da es zu der Zeit Agrokraftstoffe waren, die für den Transportsektor relevant waren

¹³ White Paper oder auf deutsch **Weißbuch** genannt, sind von der Kommission veröffentlichte Vorschläge zu bestimmten Politikbereichen. Sie knüpfen zum Teil an Grünbücher an (Pollak, Slominski, 2006: 239). **Grünbücher** sind Diskussionspapiere der Europäischen Kommission zu einem spezifischen Thema, mit dem Ziel, auf diesem Gebiet eine öffentliche und wissenschaftliche Diskussion in Gang zu setzen (Pollak, Slominski, 2006: 235).

und erst später auch erneuerbare Elektrizität für diesen Sektor wichtig wurde (EU-Kommission, Interview). In der Biokraftstoffrichtlinie von 2003 wurde ein rechtsverbindliches Ziel von 2 Prozent Agrokraftstoffbeimengung bis zum Jahr 2005 im Transportsektor und 5,75 Prozent bis zum Jahr 2010 beschlossen (O.A., 2007: 10).

2006 wurde von der Kommission eine neue EU-Strategie für Biokraftstoffe präsentiert. In dieser Strategie wurden Agrokraftstoffe sehr positiv dargestellt und die Einbindung von Entwicklungsländern unter Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsstandards als eine Win-Win-Strategie für alle Beteiligten dargestellt (vgl. Europäische Kommission, 2006).

2007 präsentierte die Europäische Kommission am Frühjahrsgipfel des Europäischen Rates den Regierungschefs der Mitgliedsstaaten ihren „Strategic Energy Review“, auch „energy package“ genannt, in dem verschiedene Vorschläge zur Diversifizierung der europäischen Energiegewinnung vorgeschlagen wurden. Dieser Energy Review beinhaltet Überlegungen, die Agrokraftstoffproduktion zu steigern.

Diese Überlegungen wurden vom Europäischen Rat übernommen und es kam zu dem Beschluss, das Agrokraftstoffziel im Verkehrssektor zu einem rechtsverbindlichen Ziel von 10 Prozent bis 2020 auszuweiten. Zwei Bedingungen für die Verwendungen von Agrokraftstoffen wurden dabei gestellt. Erstens, dass die Produktion von Agrokraftstoffen nachhaltig sein muss und zweitens, dass Agrokraftstoffe der zweiten Generation kommerziell erwerbbar werden müssen (O.A. 2007: 10; O.A., 2009: 16; EU, 2009).

Eine weitere wichtige Richtlinie der EU, die für die Etablierung des Agrokraftstoffmarktes verantwortlich ist, ist die Richtlinie zur Kraftstoffqualität. Diese beinhaltet das Ziel, ab 2010 bis zum Jahr 2020 die Treibhausgasemissionen um 10 Prozent zu verringern. Die Produktion von Agrokraftstoffen wird in dieser Richtlinie als ein mögliches Mittel zur Erreichung dieser Verringerung dargestellt (O.A., 2009: 17; EU, 2009).

Am Frühjahrsgipfel des Europäischen Rates 2008 wurde das vormals beschlossene Ziel zur Einführung von Agrokraftstoffen nicht mehr von allen Staaten als ein

wichtiges Ziel erachtet und sie bestanden vorwiegend darauf, sicherzustellen, dass Agrokraftstoffe nachhaltig produziert werden. (O.A., 2009: 16; EU, 2009).

Am 9. Dezember 2008 wurde die derzeit in Kraft stehende Richtlinie zur Förderung und Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen mit einem großen Fokus auf Agrokraftstoffe und deren Nachhaltigkeitskriterien beschlossen. In dieser Richtlinie wurde die Richtlinie zur „Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Quellen“ von 2001 (2001/77/EG) und die Richtlinie zur „Förderung der Verwendung von Biokraftstoffen oder anderen erneuerbaren Kraftstoffen im Verkehrssektor“ (2003/30/EG) zusammengelegt und abgeändert. In dieser Richtlinie werden verbindliche nationale Ziele für den Gesamtanteil von Energie aus erneuerbaren Quellen am Bruttoendenergieverbrauch und für den Anteil von Energie aus erneuerbaren Quellen im Verkehrssektor festgelegt. Gleichzeitig werden in dieser Richtlinie Regeln für die Erstellung von Statistiken und Austausch zwischen Mitgliedstaaten, gemeinsame Projekte zwischen Mitgliedstaaten und mit Drittländern, Herkunftsnachweise, administrative Verfahren, Informationen und Ausbildung und Zugang zum Elektrizitätsnetz für Energie aus erneuerbaren Quellen aufgestellt. Weiters werden Kriterien für die Nachhaltigkeit von Agrokraftstoffen und flüssigen Agrobrennstoffen vorgeschrieben (Artikel 1).

Der Untersuchungsfokus der Richtlinie in dieser Arbeit wird sich vor allem auf letztgenannten Punkt beziehen. Bei der Erstellung dieser Richtlinie waren neben der Kommission, dem Ministerrat und dem Europäischen Parlament auch der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss sowie der Ausschuss der Regionen mit einer Stellungnahme vertreten (EU, 2009, Artikel 1).

Laut der Analyse „Biofuels – Handle with Care“ gibt es verschiedene Möglichkeiten für die EU-Mitgliedsstaaten diese Richtlinie anzuwenden und es obliegt den Mitgliedstaaten die Agrokraftstoffproduktion zu steigern oder zu minimieren (O.A., 2009: 18). Im Folgenden wird die aktuelle Agrokraftstoffgesetzgebung der Europäischen Union vorgestellt und der Gesetzestext bezüglich seiner Auslegungsmöglichkeit auf Basis der Erläuterungen der Stellungnahme „Biofuels – Handle with Care“ erläutert.

3.4 Analyse der aktuellen Bestimmungen zu Agrokraftstoffen auf EU-Ebene

3.4.1 Warum beschließt die EU ein Agrokraftstoffgesetz?

In den einleitenden Begründungen zur Richtlinie für Energie aus erneuerbaren Quellen steht, dass die Kontrolle des Energieverbrauchs in Europa sowie die vermehrte Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen gemeinsam mit Energieeinsparungen und einer verbesserten Energieeffizienz wesentliche Elemente des Maßnahmenbündels, das zur Verringerung der Treibhausgasemissionen und zur Einhaltung des Protokolls von Kyoto und weiterer gemeinschaftlicher und internationaler Verpflichtungen zur Senkung der Treibhausgasemissionen über das Jahr 2012 hinaus, benötigt wird. Weiters spielen diese Faktoren auch eine wichtige Rolle bei der Stärkung der Energieversorgungssicherheit, der Förderung der technologischen Entwicklung und Innovation sowie der Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten und von Möglichkeiten der regionalen Entwicklung, vor allem in ländlichen Gebieten (EU, 2009, Grund 1).

In Begründung Nummer 2 wird dargelegt, dass technische Verbesserungen, Anreize für die Nutzung und den Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel, der Einsatz von Energieeffizienztechnologien und die Verwendung von Energie aus erneuerbaren Quellen im Verkehrssektor zu den wirksamsten Mitteln gehören, um die Abhängigkeit von Erdöleinfuhren für den Verkehrssektor zu verringern (EU, 2009, Grund 2). Weiters wird das Argument angeführt, dass die Förderung von erneuerbarer Energie positive Auswirkungen auf regionale und lokale Entwicklungsmöglichkeiten, Exportchancen, sozialen Zusammenhalt und Beschäftigungsmöglichkeiten, besonders für Klein- und Mittelunternehmen (KMU) und unabhängige Energieproduzenten, hat. (EU, 2009, Grund 4).

Grund 6 der aktuellen Richtlinie legt dar, dass eine dezentrale Energieerzeugung viele Vorteile mit sich bringt, wie beispielsweise die Nutzung der Energie vor Ort, eine bessere lokale Energieversorgungssicherheit, kürzere Transportwege und geringere übertragungsbedingte Energieverluste (EU, 2009, Grund 6).

3.4.2 Wie sollen Agrokraftstoffe aus Sicht der EU-Gesetzgebung verwendet werden

Der Ausbau der Energie aus erneuerbaren Quellen soll eng mit einer Steigerung der Energieeffizienz einhergehen (EU, 2009: Grund 4). Der Anteil von Energie aus erneuerbaren Quellen am Energieverbrauch der Gemeinschaft soll für das Jahr 2020 zu 20% und im Verkehrssektor zu 10% aus erneuerbaren Quellen kommen. Diese Ziele sollen als verbindliche, nationale Ziele festgelegt werden (EU, 2009, Artikel 3.4). Die Verbindlichkeit der nationalen Ziele soll in erster Linie den Zweck verfolgen, Investitionssicherheit zu schaffen und die kontinuierliche Entwicklung von Technologien für die Erzeugung von Energie aus allen Arten erneuerbarer Quellen zu fördern (EU, 2009, Grund 14). Da der Verkehrssektor laut EU Prognosen in den kommenden Jahren steigen wird, spricht sich die EU dafür aus, dass das verbindliche Ziel von 10%, das alle Mitgliedstaaten erreichen sollen, als der Anteil des Energieendverbrauches im Verkehrssektor definiert werden soll, der insgesamt aus erneuerbaren Quellen zu decken ist und nicht allein aus Agrokraftstoffen (EU, 2009, Grund 18).

Weiters wird öfters betont, dass die Gemeinschaft und die Mitgliedsstaaten darauf hinarbeiten sollten, den Gesamtenergieverbrauch im Verkehrssektor zu verringern und seine Energieeffizienz zu verbessern. Die wichtigsten Instrumente zur Verringerung des Energieverbrauchs im Verkehr bestehen in der Verkehrsplanung, der Förderung öffentlicher Verkehrsmittel, der Steigerung des Anteils der Elektrofahrzeuge an den insgesamt hergestellten Fahrzeugen und der Herstellung von energieeffizienteren kleineren Fahrzeugen mit geringerer Motorleistung (EU, 2009, Grund 28).

Die Herstellung von Agrokraftstoffen zur Erfüllung der Ziele dieser Richtlinie soll auf nachhaltige Weise erfolgen und nur angerechnet werden, wenn bestimmte, in dieser Richtlinie festgelegte Kriterien eingehalten werden (EU, 2009, Grund 65). Diese Nachhaltigkeitskriterien werden im folgenden genauer dargestellt.

In dem Bericht „Biofuels, Handle with Care“ steht zu dem EU-Ziel, 10% erneuerbare Energie im Verkehrssektor zu forcieren, dass es derzeit nur für Agrokraftstoffe und erneuerbare Elektrizitätsgewinnungsmethoden klare Richtlinien gibt, wie diese zu dem Emissionseinsparungsziel gezählt werden können. Daher, so schlussfolgert der

Bericht, wird ein Grossteil der Wirtschaftsteilnehmenden sich auf die sichere Seite schlagen und nicht nach anderen Wegen suchen, um das 10% Ziel zu erreichen, sondern in den vorgelegten Plänen der EU die beiden erneuerbaren Kraftstoffquellen ausreizen (O.A., 2009: 19).

3.4.3 Warum eine Einbeziehung von Importen aus Nicht-EU-Staaten aus EU Sicht sinnvoll ist

2009 steht in der Richtlinie, dass der Handel mit Agrokraftstoffen leicht durchführbar ist – daher sollen Staaten, die wenig Biokraftstoffressourcen besitzen, Agrokraftstoffe anderweitig beziehen dürfen (EU, 2009, Grund 16). Weiters steht dazu, dass es wahrscheinlich und wünschenswert ist, dass das Agrokraftstoffziel im Verkehrssektor durch eine Kombination aus inländischer Herstellung und Importen erreicht wird, obwohl es für die Gemeinschaft technisch möglich wäre, ihr Ziel ausschließlich durch vorhandene Ressourcen in der Gemeinschaft zu erreichen (EU, 2009, Grund16).

Die Kommission soll dabei für eine Ausgewogenheit zwischen heimischer Herstellung und Importen sorgen. Sie soll dabei multilaterale und bilaterale Handelsvertretungen sowie umwelt-, sozial- und Wirtschaftsaspekte und die Energieversorgungssicherheit berücksichtigen (EU, 2009, Grund 16). Die in dieser Richtlinie vorgesehenen Anreize zur Agrokraftstoffproduktion werden laut Schätzungen in dieser Richtlinie zu einem weltweiten Produktionsanstieg bei Agrokraftstoffen führen. Für Agrokraftstoffe, die außerhalb der Europäischen Union produziert werden, in den sogenannten Drittländern, sollen ökologische und soziale Mindeststandards eingehalten werden. Multilaterale, bilaterale Übereinkünfte sowie freiwillige internationale oder nationale Regelungen, die den wesentlichen ökologischen und sozialen Erwähnungen Rechnung tragen, sollen daher durch die EU-Mitgliedsstaaten gefördert werden, um weltweit eine nachhaltige Produktion von Agrokraftstoffen zu gewährleisten. Falls es keine solchen Übereinkünfte gibt, sollen die Mitgliedsstaaten von den Wirtschaftsbeteiligten Auskünfte zu diesen Fragen verlangen (EU, 2009, Grund 74).

3.4.4 Die Nachhaltigkeitsbestimmungen der EU zu Agrokraftstoffen

Artikel 17 der Richtlinie legt die Nachhaltigkeitskriterien für Agrokraftstoffe und flüssige Brennstoffe fest. Laut dem Bericht „Biofuels – Handle with Care“ basieren die Nachhaltigkeitskriterien auf den Regeln des EU internen Marktes. Das bedeutet,

wenn ein Land einen bestimmten Agrokraftstoff als nachhaltig klassifiziert, gilt er automatisch EU weit als nachhaltig. Nationalstaaten obliegt mit ihren eigenen Nachhaltigkeitsschemata die Möglichkeit nachhaltigere Agrokraftstoffe stärker zu fördern als andere (O.A., 2009: 20).

3.4.4.1 Treibhausgaseinsparungen

Artikel 17.2 der Richtlinie legt fest, dass Agrokraftstoffe nur dann für das 10% Ziel der erneuerbaren Energien im Verkehr gezählt werden dürfen, wenn es bei den verwendeten Agrokraftstoffen zu einer Treibhausgaseinsparung von mindestens 35 Prozent kommt. Dieses Ziel wird im Jahr 2017 auf eine Treibhausgaseinsparung von mindestens 50% und im Jahr 2018 auf mindestens 60% angehoben (EU, 2009, Artikel 17.2)

Laut dem Bericht „Biofuels, Handle with Care“, gibt es in der Richtlinie die Ausnahmeregelung, dass Agrokraftstoffanlagen, die vor 2008 gebaut wurden keine Mindesttreibhausgaseinsparungen vorweisen müssen und bis zum Jahr 2017 Zeit haben, um in eine treibhaussparendere Energiegewinnung zu investieren. Da jedoch von EU Seiten noch nicht klar ist, welche Rohstoffe und Verfahrensmethoden als Verursacher für Indirekte Landnutzungsänderungen verantwortlich gemacht werden, kann es derzeit zu einem Stopp von neuen Agrokraftstoffproduktionsanlagen kommen (O.A., 2009: 20).

3.4.4.2 Schutz von Flächen mit hoher Biodiversität

Artikel 17.3 legt fest, dass Agrokraftstoffe nicht aus Rohstoffen hergestellt werden dürfen, die auf Flächen mit hohem Wert hinsichtlich der biologischen Vielfalt gewonnen werden. Diese Flächen umfassen Primärwälder und Flächen die im Jahr 2008 unter Naturschutz gestanden sind (EU, 2009, Artikel 17.3)

Laut dem Bericht „Biofuels – Handle with Care“ ist die Definition von Flächen mit hoher Biodiversität sehr restriktiv und schließt viele Flächen aus, die demnach als potentielle Agrokraftstoffproduktionsstätten gelten (O.A., 2009: 20).

3.4.4.3 Schutz von Flächen mit hohem Kohlenstoffbestand

Agrokraftstoffe dürfen nicht aus Rohstoffen hergestellt werden, die auf Flächen mit hohem Kohlenstoffbestand gewonnen werden. Diese Flächen umfassen Feuchtgebiete, die ständig oder für einen beträchtlichen Teil des Jahres von Wasser

bedeckt sind, und kontinuierlich bewaldete Gebiete (EU, 2009, Artikel 17.4) sowie Torfmoore (EU, 2009, Artikel 17.5). Auch für diesen Artikel gilt 2008 als Richtjahr – alle Flächen mit hohem Kohlenstoffbestand, die davor schon für die Produktion von Agrokraftstoffen verwendet wurden, dürfen auch weiterhin verwendet werden (EU, 2009, Artikel 17.4).

Im Bericht „Biokraftstoffe – Handle with Care“ wird angemerkt, dass in diesem Artikel viele Schlupflöcher erkannt wurden, die es ermöglichen werden, dass nach Einschätzung des Berichts 95% aller weltweiten Feuchtgebiete und 50% aller globalen Wälder nach den Kriterien dieser Richtlinie für die Agrokraftstoffproduktion verwendet werden können (O.A., 2009: 21).

3.4.4.4 Soziale Standards

Die Kommission unterbreitet dem Europäischen Parlament und dem Rat in Bezug auf Drittländer und Mitgliedstaaten, die eine bedeutende Quelle, für in der Gemeinschaft verbrauchte Agrokraftstoffe darstellen, alle zwei Jahre einen Bericht über die einzelstaatlichen Maßnahmen, die diese Länder zur Einhaltung der festgelegten Nachhaltigkeitskriterien (EU, 2009, Artikel 17.2-5) getroffen haben. Weiters soll in diesem Bericht analysiert werden, ob eine erhöhte Nachfrage nach Agrokraftstoffen in Hinblick auf die soziale Tragbarkeit in der europäischen Gemeinschaft und Drittländern Auswirkungen hat. Auch die Folgen der Agrokraftstoff-Politik der EU hinsichtlich der Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln zu erschwinglichen Preisen, insbesondere für die Menschen in Entwicklungsländern, und über weitergehende entwicklungspolitische Aspekte sollen darin erörtert werden. Weiters ist in den Berichten auf die Wahrung der Landnutzungsrechte einzugehen. Im Folgenden werden relevante internationale International Labour Organisation (ILO) Bestimmungen wie etwa das Übereinkommen gegen Zwangsarbeit erwähnt, die in dem Berichten auf ihre Anwendung hin überprüft werden sollen. Der erste Bericht wird 2012 vorgelegt (EU, 2009, Artikel 17.7).

Laut dem Bericht „Biofuels – Handle with Care“ ist die Überprüfung der sozialen Standards bei der Agrokraftstoffproduktion durch die Europäische Kommission zu schwach. Es reicht ihrer Meinung nach nicht, zu überprüfen, ob Staaten bestimmte ILO Bestimmungen ratifiziert haben, es müsse festgestellt werden, ob soziale Standards wirklich eingehalten werden. Beispielhaft wird Brasilien angeführt, dass

alle relevanten ILO Bestimmungen unterzeichnet hat, bei dem aber nachweislich immer wieder Fälle von Zwangsarbeit auf Zuckerplantagen auftreten. Ein weiteres Problem in der derzeitigen Formulierung der sozialen Standards in der Richtlinie ist die Tatsache, dass es keine Bestimmungen gegen Land Grabbing gibt (O.A., 2009: 24).

3.4.5 Überprüfung der Einhaltung der Nachhaltigkeitskriterien für Agrokraftstoffe

Die Mitgliedsstaaten müssen Maßnahmen treffen, um sicherzustellen, dass die Wirtschaftsteilnehmenden verlässliche Informationen zu den in Artikel 17 festgelegten Nachhaltigkeitskriterien liefern. Die Europäische Kommission erstellt Kriterien, nach denen die Mitgliedsstaaten die Wirtschaftsteilnehmenden überprüfen müssen. Die Berichte der Unternehmen müssen von den Mitgliedsstaaten der Kommission vorgelegt werden. Die Kommission überprüft die vertraulichen Berichte und berichtet der Öffentlichkeit „unter Wahrung der Vertraulichkeit wirtschaftlich sensibler Informationen“ in einer zusammengefassten Stellungnahme, ob die Einhaltung der Nachhaltigkeitskriterien gewährleistet ist (EU, 2009, Artikel 18.3).

Der Bericht „Biofuels – Handle with Care“ kritisiert an diesem Artikel vor allem die Geheimhaltung von Informationen durch die Kommission, da dadurch zum Beispiel eine kritische, zivilgesellschaftliche Kontrolle nicht möglich ist. Weiters ist die Kommission als einzige EU-Instanz befugt, zu entscheiden, welcher Agrokraftstoff als nachhaltig gilt (O.A., 2009: 25).

3.4.6 Berechnung des Beitrags von Agrokraftstoffen zum Treibhauseffekt

Für die verwendeten Agrokraftstoffe werden in der Richtlinie Standardwerte festgelegt, nach denen die Mitgliedsstaaten den Treibhausgasausstoß von Agrokraftstoffen berechnen müssen. Nur für Agrokraftstoffe, die nicht in eine der vordefinierten Sparten fallen, müssen die tatsächlichen Werte angegeben werden (EU, 2009, Artikel 19.3)

Der Bericht „Biofuels – Handle with Care“ schreibt dazu, dass die von der Kommission festgesetzten Standardwerte, derzeit fast alle am Markt erhältlichen Agrokraftstoffe beinhalten, ungeachtet ihres tatsächlichen Treibhausgasausstoßes (O.A., 2009: 26).

3.4.7 Wer laut EU Nachhaltigkeitsstandards festlegen soll

Die Daten, die für die Berechnung dieser Standardwerte verwendet werden, sollen aus unabhängigen, wissenschaftlich erfahrenen Quellen stammen und gegebenenfalls von der Kommission aktualisiert werden, wenn die Arbeit dieser Quellen voranschreitet (EU, 2009, Grund 83).

Die Kommission soll diesen Quellen nahe legen, dass sie bei ihren Aktualisierungen auf folgende Punkte eingehen: Emissionen aus dem Anbau, Auswirkungen regionaler und klimatischer Bedingungen, Auswirkungen des Anbaus nach nachhaltigen landwirtschaftlichen Methoden und Methoden des ökologischen Landbaus und wissenschaftliche Beiträge von Produzierenden innerhalb der Gemeinschaft und in Drittländern sowie der Zivilgesellschaft (EU, 2009, Grund 83).

3.4.8 Zu Pflichten und Rechte der Unternehmen aus Sicht der EU

Um einen unverhältnismäßigen administrativen Aufwand für Unternehmen vorzubeugen, wird eine Liste von Standardwerten für verbreitete Agrokraftstoff-Herstellungswegen in Artikel 19 dieser Richtlinie festgelegt. Diese Liste soll aktualisiert und erweitert werden, sobald weitere zuverlässige Daten vorhanden sind. Wirtschaftsakteure sollen immer die in dieser Liste angegebenen Einsparwerte für sich in Anspruch nehmen können (EU, 2009, Grund 82).

Weltweit wächst die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Rohstoffen. Ein Teil dieser wachsenden Nachfrage wird dadurch gedeckt werden, dass die landwirtschaftlichen Flächen erweitert werden. Eine Möglichkeit zur Erweiterung der für den Anbau verfügbaren Flächen besteht in der Sanierung von Flächen, die stark degradiert oder kontaminiert sind, und daher in ihrem derzeitigen Zustand nicht für landwirtschaftliche Zwecke genutzt werden können. Die Nachhaltigkeitsregeln sollen die Nutzung sanierter degradierter Flächen fördern (EU, 2009, Grund 85).

3.4.9 Eingehen auf Bedenken der Öffentlichkeit

Bei der Durchführung dieser Richtlinie sollte gegebenenfalls dem Übereinkommen über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten Rechnung getragen werden (EU, 2009, Grund 90).

Die Begründung für Nachhaltigkeitskriterien bei Agrokraftstoffen bezieht sich auch auf die Öffentlichkeit. Die biologische Vielfalt, die eine endliche Ressource darstellt,

deren Wert für die gesamte Menschheit in verschiedenen internationalen Rechtsakten anerkannt wurde, solle bewahrt werden. Weiters wird auf die Verbraucher in der Gemeinschaft eingegangen, die es außerdem moralisch inakzeptabel finden, wenn die vermehrte Verwendung von Agrokraftstoffen und flüssigen Agrobrennstoffen zur Folge haben können, dass Flächen zerstört werden, die durch biologische Vielfalt geprägt sind. Daher müssen Nachhaltigkeitskriterien festgelegt werden, die sicherstellen, dass Agrokraftstoffe und flüssige Agrobrennstoffe nur für Anreize in Frage kommen, wenn garantiert werden kann, dass sie nicht von durch biologische Vielfalt geprägten Flächen stammen oder im Falle von Gebieten, die zu Naturschutzzwecken oder zum Schutz seltener, bedrohter oder gefährdeter Ökosysteme oder Arten ausgewiesen werden (EU, 2009, Grund 69).

3.5 Zusammenfassung EU und Agrokraftstoffe

Agrokraftstoffe sind seit 1997 ein EU-relevantes Politikthema. Nach einem anfänglichen Hype der bis ca. 2007 dauerte, in dem die Verwendung von Agrokraftstoffen als sehr positiv und zukunftsweisend gesehen wurde und verbindliche Einführungsziele für Agrokraftstoffe im EU-Raum diskutiert wurden, kam es 2008 zu einer Wende und die Einführung eines alleinigen Agrokraftstoffziels für Verkehrstreibstoffe wurde nicht beschlossen. In der Richtlinie zu erneuerbaren Energien wird die derzeitige Agrokraftstoffpolitik der EU beschlossen.

In dieser Richtlinie werden Energie aus erneuerbaren Quellen und Agrokraftstoffe im Speziellen als ein wirksames Mittel gesehen, um die hohen Treibhausgasemissionen (vor allem im Verkehrssektor) zu dezimieren. Auch die europäische Energieversorgungssicherheit und Entwicklungsmöglichkeiten in Wissenschaft, Industrie und Handel werden als Grund für eine Gesetzgebung für erneuerbare Energien genannt (EU, 2009, Grund 1-4). Es wird auch auf die Vorteile der erneuerbaren Energiequellen eingegangen, da diese laut Richtlinie eine dezentrale Energieerzeugung unterstützen kann (EU, 2009, Grund 6). Bis zum Jahr 2020 soll 10% der verwendeten Energie im Verkehrssektor aus erneuerbaren Energien stammen (Artikel 3.4) – Agrokraftstoffe die zur Zielerreichung herangezogen werden, sollen aus nachhaltiger Produktion stammen (EU, 2009, Grund 65). Problematisch für die Zielerreichung ist, dass es derzeit nur klare Bestimmungen für die

Verwendung von Agrokraftstoffen und erneuerbarer Elektrizitätsgewinnung gibt, woraus geschlossen wird, dass Investitionen hauptsächlich in dieser Sparte getätigt werden (O.A., 2009: 19). Die Einbeziehung von Drittstaaten in den Agrokraftstoffhandel wird in der Richtlinie angenommen, die EU Mitgliedsstaaten sollen dafür sorgen, dass Agrokraftstoffe nachhaltig produziert werden und keine Schäden an Umwelt oder Gesellschaft durch die vermehrte Agrokraftstoffnachfrage entstehen (EU, 2009, Grund 16). Die Nachhaltigkeitsbestimmungen für Agrokraftstoffe in der Richtlinie legen Maßnahmen für Treibhausgaseinsparungen (EU, 2009, Artikel 17.2), Schutz von Flächen mit hoher Biodiversität (EU, 2009, Artikel 17.3), Schutz von Flächen mit hohem Kohlenstoffbestand (EU, 2009, Artikel 17.4), soziale Standards (EU, 2009, Artikel 17.7) vor. Laut Einschätzung des Berichts „Biofuels – Handle with Care,“ sind diese Nachhaltigkeitsstandards aber sehr restriktiv gesetzt und schließen viele Flächen in globaler Perspektive aus. Auch die sozialen Kriterien sind basierend auf dieser Gesetzgebung eher ein Wunsch als einer reale Sicherstellung (O.A., 2009: 21-24). Bislang gibt es in der Richtlinie noch keine entsprechende Festlegung, wie mit Indirect Land Use Change und Land Grabbing umgegangen werden soll. Die Einhaltung der Nachhaltigkeitskriterien soll durch die EU-Kommission überprüft und festgelegt werden. Aufgrund der „Wahrung der Vertraulichkeit wirtschaftlich sensibler Informationen“ (EU, 2009, Artikel 18.3) kann die Öffentlichkeit nur in eine zusammengefasste Stellungnahme von der Kommission einsehen. Die Berechnung von Treibhausgaseinsparungen durch Agrokraftstoffe wird in dieser Richtlinie mit Standardwerten festgesetzt (EU, 2009, Artikel 19.3). Im Bericht „Biofuels – Handle with Care“ steht dazu, dass fast alle derzeit am Markt erhältlichen Agrokraftstoffe diesen festgelegten Standardwerten entsprechen (O.A., 2009: 26). Die Standardwerte werden laut Richtlinie vor allem deshalb eingeführt, um den administrativen Aufwand für Unternehmen bei der marktwirtschaftlichen Verwendung von Agrokraftstoffen so gering wie möglich zu halten (EU, 2009, Grund 82). Die Öffentlichkeit in der Europäischen Union hält es laut der Begründung für die Nachhaltigkeitskriterien als unakzeptabel, wenn die vermehrte Verwendung von Agrokraftstoffen zur Folge haben könnte, dass Flächen zerstört werden etc. Um dies zu verhindern, sollen Nachhaltigkeitskriterien festgelegt werden (EU, 2009, Grund 69).

Die derzeit bestehende Richtlinie zu Agrokraftstoffen in der EU legt Standards fest, unter deren Einhaltung Agrokraftstoffe verwendet werden können. Diese Standards sind verschieden auszulegen – sie können unter anderem auch sehr industriefreundlich ausgelegt werden. In einer breiteren Perspektive ist vor allem die Tatsache zu erkennen, dass Agrokraftstoffe in ihrer derzeitigen Verwendung als ein Substitut gesehen werden. Es wurde kein neuer gesellschaftlicher Umgang mit der Energie aus Agrokraftstoffen festgelegt. Es gibt kein verbindliches Agrokraftstoffziel in der Richtlinie – es obliegt den Nationalstaaten ein solches, unter Berücksichtigung der Nachhaltigkeitsbestimmungen für Agrokraftstoffe, zu beschließen.

4 Agrokraftstoffe in der gesellschaftlichen Wahrnehmung und Meinungsbildung in der Europäischen Union und Brasilien

Nachdem nun die offizielle Argumentation der EU zu Agrokraftstoffen dargelegt wurde, soll auf gesellschaftlich umstrittene Punkte Bezug genommen werden, um daraus Schlüsse ziehen zu können, wer mehr Einfluss auf den Politikformulierungsprozess der EU hatte. Um die verschiedenen gesellschaftlich vertretenen Positionen besser darstellen zu können, wird anfangs noch einmal weit ausgeholt und kurz auf verschiedene wichtige einflussnehmende AkteurInnen eingehen. Von internationaler Relevanz wurden Agrokraftstoffe weltweit unter anderem im Rahmen des Klimaschutzes. Daher wird am Anfang des Kapitels ein kurzer Blick auf die Klimaschutzziele der EU und die Rolle der Wissenschaft geworfen. Im zweiten und dritten Teil dieses Kapitels werden die Industrieinteressen und die Interessen der Ökologie- und Sozialbewegungen an Agrokraftstoffen beleuchtet. Dabei wird einerseits dargestellt, wie Interessen vorgebracht werden können und andererseits, welche Interessen die AkteurInnen an der Verwendung von Agrokraftstoffen haben. Als letzter Punkt wird Brasilien, als globaler Einflussfaktor auf die europäische Agrokraftstoffpolitik dargestellt.

4.1 Die Klimaschutzpolitik der EU

Die Grundsteinlegung für die Institutionalisierung der Klimapolitik war laut Heike Walk und Achim Brunngräber 1979 bei der ersten Weltklimakonferenz in Genf. Dort wurde der anthropogene Treibhauseffekt erstmals auf die internationale Agenda gesetzt. Ab dieser Konferenz wurden von den federführenden Institutionen United Nations Environmental Program (UNEP) und World Meteorological Organisation (WMO) in Zusammenarbeit mit dem International Council of Scientific Unions (ICSU) weitere Workshops veranstaltet, die letztendlich zum Kyoto-Protokoll führten (Walk, Brunngräber, 2000: 38).

Laut Eigendarstellung der EU-Kommission ist die EU schon sehr lange ein globaler Vorreiter bezüglich der internationalen Klimaschutzpolitik und hat eine starke Rolle gespielt in der Entwicklung und Umsetzung des United Nations Framework on

Climate Change (UNFCCC), das 1992 beschlossen wurde und dem Kyoto-Protokoll, das 1997 beschlossen (Europäische Kommission, Climate Change) und am 16. Februar 2005 in Kraft trat (UNFCCC, o.J.).

Im Rahmen des Kyoto-Protokolls verpflichtete sich die EU dazu, ihre Treibhausgasemissionen während des ersten Verpflichtungszeitraums 2008-2012 um 8% zu senken. Dieses Ziel soll von den Mitgliedstaaten gemäß einer rechtlich verbindlichen Lastenteilungsvereinbarung erreicht werden, in der für jeden einzelnen Mitgliedstaat ein eigenes Emissionsziel festgelegt ist. Am 31. Mai 2002 ratifizierten die EU und alle ihre Mitgliedstaaten das Protokoll von Kyoto (Rapid, 2003).

In Folge der global beschlossenen Klimaschutzziele hat sich die EU im Dezember 2008 auf eine integrierte Strategie im Bereich Energie und Klimaschutz mit ehrgeizigen Zielen für 2020 geeinigt. Sie will Europa damit auf den richtigen Weg bringen - hin zu einer umweltgerechten Zukunft mit einer CO₂-armen, energieeffizienten Wirtschaft. Erreicht werden soll dies durch die folgenden drei Ziele:

- *„Senkung der Treibhausgasemissionen um 20 % (bzw. sogar 30 %, falls eine internationale Einigung zustande kommt)*
- *Verringerung des Energieverbrauchs um 20 % durch bessere Energieeffizienz*
- *Deckung von 20 % unseres Energiebedarfs aus erneuerbaren Quellen“* (Europäische Kommission, o.J.).

4.2 Wissenschaft und Auswirkungen auf EU Entscheidungsprozesse

Im Jahr 2000 stellten Heike Walk und Achim Brunngräber in ihrer Publikation fest, dass das generelle Vermittlungsproblem des Klimawandels und die komplexen Zusammenhänge seiner Auswirkungen bis dato eindeutige, objektive Aussagen zum Klimawandel von den Naturwissenschaften verhinderten. Außerdem, so geben Heike Walk und Armin Brunngräber zu bedenken, verfolgen WissenschaftlerInnen oft selbst eigene Ziele, die auch politisch sein können. Weiters wirken sich natürlich auch kontroverse Diskussionen in der Öffentlichkeit in Verbindung mit Etatkürzungen, zunehmendem Rechtfertigungsdruck von Forschungsarbeiten auf die Wissensproduktion aus. Walk und Brunngräber sprechen daher von einer Vergesellschaftung des Wissenschaftsbetriebs (Walk, Brunngräber, 2000: 42).

Dies kann im Besonderen auch bei Forschungen zu sozialen Folgen von klimapolitischen Maßnahmen von Relevanz sein. So wird zum Beispiel in einem Gutachten des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung vom Juni

1996 davor gewarnt, dass im Falle eines nationalen Alleingangs Deutschlands bei der Einführung einer Energiesteuer massive Arbeitsplatzverluste eintreten könnten. Damit wurden einerseits die Gegner von weit reichenden klimapolitischen Maßnahmen argumentativ bedient, andererseits motivierte solch eine Studie auch Gegenstudien in denen Arbeitsplatzgewinne nachgewiesen wurden. Somit deuten Studien und Gegenstudien, Expertisen und Gegenexpertisen weniger auf eine verbleibende wissenschaftliche Unsicherheit hin, sondern auf ganz unterschiedliche Interessenslagen, die Ausdruck sozialer Auseinandersetzungen um Probleminterpretationen und entsprechenden Bearbeitungsformen sind (Walk, Brunngräber, 2000: 44).

2009 bezieht die EU Kommission auf ihrer „Climate Action“ Homepage dezidiert Stellung und beschreibt ihre Haltung gegenüber dem Klimawandel wie folgt:

„Die Erde erwärmt sich, weil die Menschen große Mengen an Energie erzeugen und verbrauchen. Mit unserem steigenden Energiebedarf wächst auch unsere Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen (Erdöl, Erdgas und Kohle). Diese Brennstoffe – die alle mit hohen CO₂-Emissionen verbunden sind – decken rund 80 % des Energieverbrauchs der EU. Die EU muss die Art und Weise, wie sie Energie erzeugt und verbraucht, gründlich ändern, wenn sie ihre Ziele erreichen und den Klimawandel bekämpfen will. Mit ihren Maßnahmen widmet sie sich deshalb Schlüsselbereichen wie dem Strom- und Gasmarkt, den Energiequellen, dem Verbraucherverhalten und einer engeren internationalen Zusammenarbeit.“ (Europäische Kommission, O.J.).

Heute ist wissenschaftlich und gesellschaftspolitisch (zumindest im EU-Raum) nicht mehr die Tatsache des Klimawandels umstritten, sondern es geht um wissenschaftlich fundierte Empfehlungen für Maßnahmen, wie dem Klimawandel entgegengetreten werden kann.

Agrokraftstoffe werden in dieser Arbeit als ein Teilbereich der gesellschaftlich umstrittenen Energie- und Klimaschutzpolitik der EU betrachtet.

Und wie früher und sicher auch heute noch verschiedene Studien im Zusammenhang zum Klimawandel seine Existenz in Frage stellen, müssen jetzt die Ergebnisse der Studien zu Agrokraftstoffen verschiedener Institute immer kritisch betrachtet werden wie auch Andreas Hetzer betont, da sie jeweils stark von politischen und ökonomischen Interessen durchsetzt sind und kaum eine objektive Bewertung ermöglichen. Eine große Problemquelle bei Studien zu Agrokraftstoffen sieht er vor allem darin, dass es keine einheitlichen Bewertungsstandards gibt und die Studien daher zu völlig unterschiedlichen Ergebnissen kommen (Hetzer, 2009: 109).

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die derzeitigen Klimaschutzbestrebungen der EU oft als Sachzwang dargestellt werden. Durch diesen Sachzwang können Maßnahmen gerechtfertigt werden, die eigentlich einer kritischeren Auseinandersetzung bedürften.

4.3 Industrieinteressen an Agrokraftstoffen

4.3.1 Einflussnahmemöglichkeiten fossiler Industriezweige auf politische EntscheidungsträgerInnen

Laut Elmar Altvater bestimmen die fossilen und atomaren Energien immer noch zu fast neun Zehnteln den weltweiten Energiemix, und dies hat seiner Meinung nach zur Folge, dass der politische Einfluss der fossilen Lobby in der Energiepolitik überwältigend hoch ist. Auf Grund der oben genannten Probleme, die sich für die fossile Energielobby durch eine Energiewende ergeben würden, hat sie daher die Einführung von erneuerbaren Energien be- und größtenteils auch verhindert.

Momentan investiert die fossile Lobby jedoch selbst heftig in Agrokraftstoffe – weil ihr laut Altvater kräftige Gewinne locken und weil sich damit auch ein „Greenwashing“ betreiben lässt (Altvater, Mahnkopf 2007: 231). Die ökologisch nicht angepasste Massenproduktion von Agroenergie-Pflanzen (von Zuckerrohr, Soja bis hin zu Raps) ermöglicht den großen Energiekonzernen des fossilen Zeitalters auch weiterhin die Nutzung ihrer Infrastruktur, wie etwa Tankstellennetzen und anderen Verteilungssystemen (Altvater, Mahnkopf 2007: 232).

Im theoretischen Teil der Diplomarbeit wurden die Staatsförmigkeit sozialer Beziehungen und die daraus resultierende Stellung der Wirtschaft bereits dargestellt. Auch die Vorteile fossiler Energieträger für das derzeitige ökonomische System wurden besprochen. Konkrete Einflussnahme kann aber auch durch Lobbying geschehen, was weiter oben schon ausführlich dargestellt wurde.

4.3.2 Wirtschaftsinteressen an Agrokraftstoffen

In Hinblick auf die Analyse der Argumentationsweise der Unternehmen, die ja hauptsächlich auf fossile Energie angewiesen sind, wie bereits erläutert wurde, soll einleitend auf eine Darstellung der Industrieinteressen im Rahmen der Klimaverhandlungsprozesse geachtet werden, die von Heike Walk und Achim Brunngräber erstellt wurde, weil die globale Klimaschutzpolitik unter anderem ein ausschlaggebender Faktor war für die Etablierung der Agrokraftstoffe in ihrer heutigen Form und daher dort die Wurzeln einiger Argumentationsmuster zu finden sind. In einem zweiten Schritt werden Stellungnahmen von Industrieakteuren zu Agrokraftstoffen dargestellt und analysiert.

Bezüglich der konkreten Fragestellung, was durch die Einführung von Agrokraftstoffen für die Wirtschaft gewonnen werden kann, stellen Walk und Brunngräber fest, dass viele Wirtschaftsunternehmen schon im Jahr 2000, als sie ihre Analyse durchführten, die ökonomischen Chancen längst erkannt hatten, die ihnen die internationale Klimapolitik bieten würde. Die Privatwirtschaft hat das zu bieten was den NGOs und vielen Entwicklungsländern gleichermaßen fehlt: Macht und Geld. Daher, so schlussfolgern Walk und Brunngräber, kommt der Privatwirtschaft auch eine gesteigerte Bedeutung zur Bewältigung von umwelt- und entwicklungspolitischen Problemen zuteil (Walk, Brunngräber, 2000: 62).

Heike Walk und Armin Brunngräber haben im Rahmen ihrer Forschungen zur internationalen Klimaschutzpolitik die Wirtschaftsinteressen am Klimaschutz analysiert und sind zu dem Schluss gekommen, dass es drei große Gruppen von WirtschaftsvertreterInnen gibt, die sie als Hardliner-, gemäßigte- und fortschrittliche-Gruppe klassifizierten (Walk, Brunngräber, 2000: 63). Zu den klimapolitischen Hardlinern zählen Walk und Brunngräber alle Unternehmen die aus den Sektoren der fossilen Brennstoffindustrie, der Schwerindustrie, Kraftwerkbetreibern, Chemiekonzerne, Öl-, Kohle-, Papier-, Automobil- und Straßenbauindustrie kommen. Diese Industriezweige argumentierten im Zuge der Klimaschutzverhandlungen vor allem mit den hohen wirtschaftlichen Kosten, die durch eine Verringerung der Treibhausgasemissionen entstehen würden, dem Verlust an Arbeitsplätzen und der Verringerung der Wettbewerbsfähigkeit durch klimapolitische Maßnahmen gegen den Klimaschutz. (Walk, Brunngräber, 2000: 64).

In Hinblick auf den Klimawandel werden von der gemäßigten Gruppe maßvolle aber rechtzeitige und globale Maßnahmen sowie die Notwendigkeit von größeren Investitionen in klimafreundliche Technologien befürwortet. In dieser Gruppe gibt es auch Ideen von freiwilligen Selbstverpflichtungserklärungen zur Senkung des Energieverbrauchs – jedoch blieben die meisten Selbstverpflichtungsabsichten hinter den möglichen Einsparungspotentialen der Industrie zurück, womit laut Walk und Brunngräber die Funktionstauglichkeit dieses Instruments in Frage gestellt werden muss (Walk, Brunngräber: 2000: 64). Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Unternehmen der gemäßigten Gruppe davon ausgehen, dass im Klimaschutz

nicht nur Kosten und Risiken liegen, sondern auch Chancen und Gewinnmöglichkeiten. Das Ziel dieser ambivalent argumentierenden Gruppe ist daher die Suche nach den jeweils wirtschaftlich vorteilhaftesten Handlungsweisen (Walk, Brunngräber: 2000: 65).

Die fortschrittliche Gruppe eint die Auffassung, dass vorbeugende Maßnahmen im Kampf gegen die Klimaänderungen zu befürworten sind und in diesem Sinne die Politik Ziele und Zeitplan setzen soll und das Bündnis der fortschrittlichen Unternehmen die wirtschaftlichen Lösungen bereitstellt (Walk, Brunngräber: 2000: 65). Außerdem wird von diesem Bündnis die wachsende Bedeutung von erneuerbaren Energien, Arbeitplatzeffekten, einer besseren Energieeffizienz sowie einer verbesserten Wettbewerbsfähigkeit hervorgehoben (Walk, Brunngräber: 2000: 65). Zusammenfassend kann für diese Gruppe resümiert werden, dass die Umorientierung zum ökologisch verträglichen Wirtschaften als eine sehr große Investitionschance erkannt wird. Ein frühzeitiges Umschwenken der Industrie ist daher langfristig gesehen mit erheblichen Vorteilen verbunden, weil so ein „schmerzloser“ Strukturwandel ohne große Einbrüche und Kapitalvernichtung erfolgen kann (Walk, Brunngräber, 2000: 67).

Zusammenfassend ist festzustellen, dass alle drei Gruppen die Gemeinsamkeit haben, dass sie sich am Ziel der Profitmaximierung ausrichten und somit den Gesetzen der Marktwirtschaft folgen und daher nach Investitionsmöglichkeiten suchen, die sich aus der Klimapolitik ergeben könnten. Es werden jedoch, sofern dies den spezifischen Unternehmensstrategien entspricht, durchaus auch ordnungspolitische Maßnahmen eingefordert oder Maßnahmen ergriffen, die Unternehmen in ein positives ökologisches Licht rücken können (Walk, Brunngräber, 2000: 63). Es lässt sich daraus für die Agrokraftstoffdebatte vermuten, dass diese Unternehmen froh sind, über Investitionsmöglichkeiten im Rahmen des Klimaschutzes, der sich positiv auf ihr Geschäftsfeld auswirkt und wenig Umstrukturierungsmaßnahmen bedingt (Hardliner und Gemäßigte). Die fortschrittliche Gruppe von Unternehmen wird der Vermutung nach aktiv an neuen Lösungen arbeiten und versuchen, Regierungen zu verlässlichen Zusagen und Prognosen zu bewegen, um langfristige Investitionen absichern zu können.

Ein weiterer Aspekt, der die bedeutsame Stellung von Konzernen bei Agrokraftstoffen in globaler Perspektive aufzeigt, ist die Tatsache, dass es beim Agrokraftstoffmarkt zu völlig neuen Allianzen bei den Unternehmen gekommen ist:

„Vorher gab es Energieunternehmen, Agrarunternehmen und die Autoindustrie. Und da ist plötzlich ein Klima, wo die alle drei gemeinsame Interessen haben“ (Strickner, Interview).

Solche Allianzen gibt es derzeit zwischen Agrar- und Nahrungsmittelunternehmen auch mit Erdöl-, Auto-, und Biotechnologieindustrien und auch zwischen diversen Industriezweigen und Staaten. All diese Allianzen suchen neue Investmentmöglichkeiten im globalen Süden. Es entstehen auch privat-öffentliche Zusammenschlüsse wie etwa der Palmöl-Komplex der aus Cargill, ADM-Kuck-Wilmar Alliance und Synergie Drive besteht oder der Ethanol-Komplex, der aus Zusammenschlüssen der Staaten USA, Brasilien und Zentralamerikanischen Staaten und verschiedenen transnationalen Konzernen besteht (O. A., 2009: 16).

4.3.3 Exemplarische Darstellung von Wirtschaftsinteressen an Agrokraftstoffen

Hierfür wurden die Stellungnahmen zu Agrokraftstoffen von vier wichtigen Wirtschaftszweigen, der Autoindustrie, Agrarindustrie, Energieindustrie und Nahrungsmittelindustrie exemplarisch analysiert. Vertiefend dazu wurde auch eine Person der Landwirtschaftskammer Österreich interviewt.

Als repräsentative Interessensvertretung der Autoindustrie wurde die European Automobile Manufacturers Association (ACEA) ausgewählt. ACEA wurde 1991 mit Sitz in Brüssel gegründet und repräsentiert die Interessen von 15 europäischen Auto-, Lastwagen-, und Buserzeugenden in der EU. (ACEA-a).

Als beispielhafte Darstellung der Agrarindustrie wurde die „European Association for Bioindustries“ kurz EuropaBio gewählt. Das Ziel von EuropaBio ist es laut Selbstbeschreibung eine innovative und dynamische biotechnologiebasierte Industrie in Europa einzuführen. Bei EuropaBio sind sowohl Firmen als auch weltweit agierende Verbände Mitglieder. Die Ausrichtung der Mitgliedsfirmen ist sehr breit gefächert und umfasst Human- und Tiergesundheit, Diagnostik, Bioinformatik, Chemie, Pflanzenschutz, Landwirtschaft, Nahrungsmittel sowie Umweltprodukte- und Services (EuropaBio-a).

Beispielhaft für die Energieindustrie wird die Position zu Agrokraftstoffen vom weltweit agierenden Konzern Royal Dutch Shell plc, kurz Shell dargestellt. Laut Eigendarstellung ist Shell derzeit der weltweit größte Händler von Agrokraftstoffen – 5 Milliarden Liter 2007 – und bestrebt, den Anteil an Agrokraftstoffen noch weiter auszubauen (Shell-a).

4.4 Analyse der Industriepositionen zu Agrokraftstoffen

4.4.1 Warum Industriezweige für eine Etablierung von Agrokraftstoffen plädieren

Die Vorteile von Agrokraftstoffen werden von den analysierten, befürwortenden Industriezweigen sehr ähnlich gesehen.

Alle drei Industriezweige erkennen in Agrokraftstoffen einen Vorteil, da sie aus Pflanzen hergestellt werden, die beim Wachsen CO₂ absorbieren. Dadurch kann die Verwendung von Agrokraftstoffen zu einer Verringerung von Treibhausgasen beitragen. Ein weiteres wichtiges Argument, das den drei Industriezweigen gemeinsam ist, ist dass durch die vermehrte Nutzung von Agrokraftstoffen Europas Abhängigkeit von fossilen Energieimporten verringert werden kann. Und weiters ist für alle drei Industriezweige von Vorteil, dass Agrokraftstoffe im Vergleich zu anderen alternativen Energiequellen mit einem sehr geringen Aufwand hergestellt und mit nur sehr geringen Anpassungsmaßnahmen verwendet werden können (ACEA-b, EuropaBio-b, Shell-b). Speziell für die Autoindustrie ist ein Vorteil von Agrokraftstoffen, dass sie schon heute in den gesamteuropäischen Fuhrpark integriert werden können, und nicht erst auf eine neue Technologie gewartet werden muss, auf die dann zuerst die ganze Autoflotte umgestellt werden muss (ACEA-b). Für EuropaBio ist ein wichtiger Vorteil von gentechnisch manipulierten Agrokraftstoffen, dass sie flächenmäßig nicht so viel Land benötigen wie herkömmliche Pflanzen (EuropaBio-b).

4.4.2 Wie sollen Agrokraftstoffe im Sinne der Industrie verwendet werden?

ACEA und EuropaBio beziehen sich beide auf die EU-Richtlinie zur Nutzung von Agrokraftstoffen und sind mit dieser Richtlinie einer Meinung. Laut ACEA sollen Agrokraftstoffe in Form eines integrierten Ansatzes eingeführt werden, um CO₂

Emissionen zu reduzieren. Dieser beinhaltet Verbesserungen in der Autotechnologie und die Verwendung von anderen Kraftstoffquellen, die auch Agrokraftstoffe beinhalten, Verbesserungen in der Infrastruktur und im Fahrverhalten und der KundInnennachfrage (ACEA-b). Im Gegenzug fordert ACEA von den politischen EntscheidungsträgerInnen, dass die Kraftstoffstandards EU-weit harmonisiert werden sollen und am besten auch globale Standards für die Beimengungsquoten von Agrokraftstoffen gesetzt werden, um die Motoren der Fahrzeuge an den neuen Kraftstoff anzupassen (ACEA-b). EuropaBio schreibt explizit, dass es die EU-Initiative zur Förderung und Nutzung von Agrokraftstoffen unterstützt (EuropaBio-b). Laut Shell gibt es zudem auch ein globales Interesse an Agrokraftstoffen (Shell-b).

4.4.3 Was versteht die Industrie unter nachhaltigen Agrokraftstoffen?

Für alle drei analysierten Agrokraftstoff befürwortenden Unternehmen(sverbünde) ist die EU-Regelung zur Nachhaltigkeit von Agrokraftstoffen ein Anhaltspunkt der im Grunde angenommen wird. Laut ACEA entsprechen die derzeit am Markt erhältlichen Agrokraftstoffe bereits den Vorgaben, dass Agrokraftstoffe um 35% weniger Treibhausgase als herkömmliche Kraftstoffe ausstoßen dürfen. Internationale Standards und Zertifizierungssysteme sollen helfen die Nachhaltigkeit von Agrokraftstoffen zu gewährleisten (ACEA-b). EuropaBio fordert, dass die anvisierten Zertifizierungssysteme und Nachhaltigkeitsstandards so rasch als möglich umgesetzt werden. Derzeit bestehende Zertifizierungssysteme sollen beibehalten werden dürfen, so lange sie den gesetzten Standards entsprechen (EuropaBio-b). Shell gibt auf der analysierten Seite an, dass es an dem „Round Table für Sustainable Biofuel“ und dem „Round Table for Sustainable Palmoil“ beteiligt ist. Für Shell ist es laut Eigendarstellung sehr wichtig, dass bei der Produktion von Agrokraftstoffen Sozial- und Umweltstandards eingehalten werden. Shell stellt aber auch fest, dass solche Standards nur durch globale Regelungen gewährleistet werden können. Shell fordert auf seiner Homepage auch, dass Staaten den Produzenten von Agrokraftstoffen genügend Zeit lassen sollen, um die verlangten Nachhaltigkeitskriterien zu erbringen. Shell definiert seine Rolle in der Einführung von Nachhaltigkeitsstandards so, dass auch mit AgrokraftstoffproduzentInnen zusammengearbeitet wird, die die geforderten Nachhaltigkeitsstandards nicht erfüllen, sich aber bereit erklären diese Nachhaltigkeitskriterien umzusetzen (Shell-b). In dem Interview mit einem Vertreter

der Landwirtschaftskammer Österreich wird eine einfache und unbürokratische Lösung für Österreich und Europa bei der Zertifizierung von Agrokraftstoffen gefordert (LK Österreich, Interview). Diesen Wunsch der Unternehmen hat auch die interviewte Person der EU-Kommission hervorgehoben:

„people who are directly involved in these businesses, they obviously want to have simple and clear rules and they do not want to spend all their time running around to five different institutions with ten different papers“ (EU-Kommission, Interview)

und stellt fest, dass es von Seiten der Industrie Bedenken gibt, dass die anvisierten Nachhaltigkeitskriterien mit einem zu hohen administrativen Aufwand verbunden sind (EU-Kommission, Interview). Alexandra Strickner stellt in dem mit ihr geführten Interview die Vermutung auf, dass Nachhaltigkeitszertifikate teilweise auch Bestandteil von Konzernstrategien sind, um Agrokraftstoffe einzuführen, in dem die Idee der Nachhaltigkeit in Form eines Labels verkauft wird (Strickner, Interview).

4.4.4 Zur Rolle von Drittstaaten und dem Import von Rohstoffen für Agrokraftstoffe

Generell wird die Einbeziehung von Drittstaaten in den Agrokraftstoffmarkt als eine positive, wirtschaftliche Weiterentwicklung von den analysierten Konzernen dargestellt. Laut ACEA kann die verstärkte Nachfrage nach Agrokraftstoffen die Preise von Primärgütern beeinflussen. Jedoch sollten diese höheren Preise zu ökonomischen Wachstum in den produzierenden Staaten beitragen, da sie einen neue Einnahmequelle für Staaten darstellen. Weiters wird die verstärkte Nachfrage nach Agrokraftstoffen neue Investitionsmöglichkeiten für die Landwirtschaft schaffen. Trotz dieser positiven Effekte, die durch Agrokraftstoffe erzeugt werden können, müssen Nachhaltigkeitskriterien etabliert werden, um sicherzustellen, dass Agrokraftstoffe die Nahrungsmittelsicherheit nicht gefährden(ACEA-b). Auch laut EuropaBio ist die Entwicklung des Agrokraftstoffsektors für Länder, in denen die Mehrzahl der Bevölkerung in ländlichen Regionen angesiedelt ist und hauptsächlich von der Landwirtschaft lebt, sehr vielversprechend und kann zu neuen Einnahmequellen führen. Laut EuropaBio stellt in diesen Ländern die drohende Klimaerwärmung insbesondere für die Biodiversität ein größeres Risiko dar, als die vermehrte Produktion von Agrokraftstoffen. Damit Agrokraftstoffe positive Effekte für potentielle Agrokraftstoffexportstaaten haben, müssen laut EuropaBio

Industrienationen bereit sein, zusammen mit ihren Partnern vor Ort in den Entwicklungsländern strenge rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine nachhaltige Entwicklung dieser Länder unterstützen (EuropaBio-b). Shell spricht sich dezidiert für Maßnahmen gegen die indirekte Landnutzung und die Verletzung von Menschenrechten bei der Produktion von Agrokraftstoffen in Entwicklungsländern aus (Shell-b).

4.4.5 Gegenpositionen zu Agrokraftstoffen in der Industrie

Laut einer Person, die ich im Zuge meiner Diplomarbeit interviewt habe, gibt es aber auch Industriezweige, die gegen die verstärkte Einführung von Agrokraftstoffen sind. Dazu gehört in erster Linie die Nahrungsmittelindustrie, die durch die höheren Preise der Rohstoffe Wettbewerbsnachteile zu erwarten hat. (Interview, WWF). Nestlé, ein mit Firmensitz in der Schweiz, weltweit agierender Nahrungsmittelkonzern, schreibt auf seiner Homepage bezüglich Agrokraftstoffen, dass die derzeitige Propagierung von Agrokraftstoffen vor allem negative Folgen für die Umwelt und für arme Menschen sein wird, da ein höherer Preis von Grundnahrungsmitteln für diese problematisch ist. Auch die Tatsache, dass es jetzt schon Wasserknappheit gibt und Agrokraftstoffe diese Wasserknappheit noch verschärfen können, wird angeführt. Zusammenfassend wird in diesem Statement festgestellt, dass die verstärkte Einführung von Agrokraftstoffen zu anhaltenden Zielkonflikten und faulen Kompromissen führen wird. Nestlé geht davon aus, dass dadurch vor allem die Ärmsten der Gesellschaften am stärksten betroffen sein werden. Laut Nestlé sind Wasser und eine sichere Lebensmittelversorgung wichtiger als Energie (Nestlé).

Festzustellen ist, dass Nestlé nicht auf eigene Wettbewerbsnachteile eingeht, wie ja in dem Interview geschildert wurde, sondern generell die Sinnhaftigkeit und Nachhaltigkeit von Agrokraftstoffen anzweifelt. Dies veranlasst zur Vermutung, dass die gewünschte Nachhaltigkeit bei Agrokraftstoffen bei Unternehmen teilweise auch nur als Vorwand für eigentliche Ziele, nämlich der Konkurrenz um Markterweiterung geht. Diese Vermutung deckt sich auch mit dem weiter oben festgestelltem Argument von Heike Walk und Achim Brunngräber, die feststellten, dass Unternehmen gerne ökologisch wirtschaften, sofern sie daraus ökonomische Vorteile ziehen können.

4.4.6 Zusammenfassung zu Industrieinteressen an Agrokraftstoffen

Bezüglich des Einflusses auf den Politikformulierungsprozess der EU zu Agrokraftstoffen von Seiten der Wirtschaft sind zusammenfassend mehrere Punkte festzustellen.

Erstens wurden im theoretischen Teil der Diplomarbeit die Staatsförmigkeit sozialer Beziehungen und die daraus resultierende Stellung der Wirtschaft bereits exemplarisch dargestellt. Zweitens wurden die Vorteile fossiler Energieträger für das derzeitige ökonomische System besprochen. Konkrete Einflussnahme kann drittens aber auch durch Lobbying geschehen.

Bei der Darstellung von grundsätzlichen Interessen der Unternehmen an Agrokraftstoffen ließ sich darstellen, dass alle drei angeführten Gruppen (Hardliner, Gemäßigte und Fortschrittliche) sich am Ziel der Profitmaximierung ausrichten und somit den Gesetzen der Marktwirtschaft folgen und daher nach Investitionsmöglichkeiten suchen, die sich aus der Klimapolitik ergeben. Es werden jedoch, sofern dies den spezifischen Unternehmensstrategien entspricht, durchaus auch ordnungspolitische Maßnahmen eingefordert oder Maßnahmen ergriffen, die Unternehmen in ein positives ökologisches Licht rücken können (Walk, Brunngräber, 2000: 63). Daraus lässt sich für die Agrokraftstoffdebatte vermuten, dass diese Unternehmen froh sind, über Investitionsmöglichkeiten im Rahmen des Klimaschutzes, der sich positiv auf ihr Geschäftsfeld auswirkt und wenig Umstrukturierungsmaßnahmen bedingt (Hardliner und Gemäßigte). Die fortschrittliche Gruppe von Unternehmen wird der Vermutung nach aktiv an neuen Lösungen arbeiten und versuchen, Staaten zu verlässlichen Zusagen und Prognosen zu gewinnen, um langfristige Investitionen absichern zu können.

Ein weiterer Aspekt, der im Interview mit Alexandra Strickner gefallen ist, ist die Tatsache, dass es beim Agrokraftstoffmarkt zu völlig neuen Allianzen bei Unternehmen gekommen ist. All diese Allianzen suchen neue Investmentmöglichkeiten im globalen Süden. Es entstehen auch privat-öffentliche Zusammenschlüsse (O.A., 2007: 16).

In den von mir analysierten Stellungnahmen von drei Industriezweigen auf deren Homepages und einem Interview mit einem Vertreter der Landwirtschaftskammer Österreich war erkennbar, dass diese im Großen und Ganzen mit der derzeitigen EU-Agrokraftstoffpolitik übereinstimmen.

Alle drei Industriezweige erkennen in Agrokraftstoffen einen Vorteil, da sie aus Pflanzen hergestellt werden, die beim Wachsen CO₂ absorbieren. Dadurch kann die Verwendung von Agrokraftstoffen zu einer Verringerung von Treibhausgasen beitragen. Ein weiteres wichtiges Argument, das den drei Industriezweigen gemeinsam ist, ist dass durch die vermehrte Nutzung von Agrokraftstoffen Europas Abhängigkeit von fossilen Energieimporten verringert werden kann. Und weiters ist für alle drei Industriezweige von Vorteil, dass Agrokraftstoffe im Vergleich zu anderen alternativen Energiequellen mit einem sehr geringen Aufwand hergestellt und mit nur sehr geringen Anpassungsmaßnahmen verwendet werden können (vgl. ACEA-b.).

Keiner der exemplarisch dargestellten Industriezweige tritt gegen Nachhaltigkeitskriterien ein. Die analysierten Stellungnahmen von IndustrieakteurInnen befürworteten die EU-Agrokraftstoffpolitik größtenteils und plädierten hauptsächlich für klare und leicht umsetzbare Nachhaltigkeitskriterien. Dieser von mir gewonnene Eindruck wurde auch in den zwei angeführten Interviews (EU-Kommission und LK-Österreich) bestätigt.

Generell wird die Einbeziehung von Drittstaaten in den Agrokraftstoffmarkt als eine positive, wirtschaftliche Weiterentwicklung von den analysierten Konzernen dargestellt.

Festzustellen ist weiters, dass bei dem Konzern der sich kritisch zu Agrokraftstoffen geäußert hat (Nestlé), nicht auf eigene Wettbewerbsnachteile eingegangen wird, wie ja in dem Interview mit einer Person von WWF geschildert wurde, sondern generell die Sinnhaftigkeit und Nachhaltigkeit von Agrokraftstoffen angezweifelt wird. Dies veranlasst zur Vermutung, dass die gewünschte Nachhaltigkeit bei Agrokraftstoffen bei Unternehmen teilweise auch nur als Vorwand für eigentliche Ziele, wie zum Beispiel der Absicherung der Stellung im internationalen Markt dient. Diese Vermutung deckt sich auch mit dem weiter oben festgestelltem Argument von Heike Walk und Armin Brunngräber, die feststellten, dass Unternehmen gerne ökologisch wirtschaften, sofern sie daraus ökonomische Vorteile ziehen können.

Die relativ große Zustimmung der Unternehmen zur EU-Agrokraftstoffgesetzgebung im Vergleich zu den NGOs lässt darauf schließen, dass die EU den Forderungen von Unternehmen mehr zugestanden hat.

4.5 Ökologie- und Sozialinteressen zu Agrokraftstoffen

In einem ersten Punkt dieses Kapitels wird auf Einflussnahmemöglichkeiten dieser ökologisch/ sozial orientierten Gruppe eingegangen.

Da diese Gruppe so vielseitig ist, werden für diese Arbeit Umwelt-NGOs untersucht und wie sie ihre Positionen zu Agrokraftstoffen in den Politikformulierungsprozess einbringen können und mit welchen Mitteln. Abschließend soll dann an Hand von exemplarisch ausgewählten Beispielen von Stellungnahmen zu Agrokraftstoffen auf drei analysierten Homepages und drei ExpertInneninterviews die Vielfältigkeit der Forderungen in Bezug auf Agrokraftstoffe dargestellt werden. Zuvor wird noch kurz definiert, was im Rahmen dieser Arbeit als NGO verstanden wird.

Da eine Definition, die alle existierenden NGOs beinhaltet, den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde, wird für diese Arbeit eine etwas enger gefasste Definition von Ingo Take herangezogen, der den in der Arbeit vorkommenden NGOS am ehesten entspricht.

Laut Take agieren NGOs unabhängig von der Regierung beziehungsweise einem Staat und besitzen weder regierungsamtliche Ressourcen noch staatliche Ämter und streben diese auch nicht an. Des weiteren handeln sie nicht gewinnorientiert und nehmen ausschließlich öffentliche Interessen im Sinne einer Stellvertreterfunktion wahr. Zudem orientiert sich ihr Handeln an universellen Prinzipien und der Idee der Gemeinnützigkeit, wodurch sie politische Zielsetzungen ableiten und verfolgen. Ihre monetären Ressourcen erhalten NGOs auf der Basis von Freiwilligkeit (Take, 2002: 42).

4.5.1 Indirekte Einflussmethoden auf politische Entscheidungen

Der Ansatzpunkt der indirekten Einflussnahme von NGOs ist die Tatsache, dass in Demokratien Politiker und ihre Parteien ihre Legitimation immer wieder durch Wahlen bestätigen lassen müssen und somit abhängig sind von einer öffentlichen Meinung. Dies ist ein Ansatzpunkt, den sich viele NGOs zu Nutze machen. Die Strategie von NGOs ist es, bestimmte Thematiken und deren Interpretationen in die Öffentlichkeit zu tragen, um diese zu sensibilisieren, aufzuklären und zu mobilisieren (Reuter, 2008: 37). Konkret zählen zur indirekten Einflussarbeit die Öffentlichkeitsarbeit und die Durchführung von medialen Kampagnen.

4.5.1.1 Öffentlichkeitsarbeit

Walk und Brunngräber analysierten für Ihre Untersuchung die COP¹⁴ Klimaverhandlungen und die Einflussnahmen von daran teilnehmenden NGOs. Sie fassten zusammen, dass NGOs bei der Öffentlichkeitsarbeit drei Ziele verfolgten. Zum einen versorgten sie JournalistInnen und damit die allgemeine Öffentlichkeit mit Informationen, was hinter verschlossenen Türen verhandelt wurde, zweitens wollten NGOs ihre Netzwerke bei Protestaktionen immer auch bekannt machen und drittens gingen sie mit Positionen und Forderungen an die Öffentlichkeit, um somit Druck auf die Regierungen auszuüben (Walk, Brunngräber, 2000: 159). Ähnlich schätzt auch Reuter die Öffentlichkeitsarbeit von NGOs ein (vgl. Reuter, 2008: 37f).

4.5.1.2 Politische Kampagnen

Als zweite indirekte Methode kann die politische Kampagne genannt werden.

Walk und Brunngräber typologisieren Kampagnen und stellen fest, dass es drei Formen von Kampagnen gibt: erstens die politische Kampagne, die auf die Durchsetzung politischer Forderungen abzielt, zweitens die Produkt-Kampagne, die die Herstellungs- und Vermarktungsbedingungen von einzelnen Produkten nach sozialen oder ökologischen Kriterien verbessern soll und drittens die unternehmensbezogene Kampagne, die einzelne Unternehmen in Misskredit bringt oder zur Verhaltensänderung bewegen soll (Walk, Brunngräber, 2000: 162).

Eine derzeit aktuelle politische Kampagne gegen die Einführung von Agrokraftstoffen wurde zum Beispiel von der Organisation „Rettet den Regenwald“ durchgeführt. Dabei ging es darum, ein vorgefertigtes E-Mail an die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel zu senden um gegen einen Beschluss des deutschen Bundestages zu protestieren, in dem neue verbindliche Ziele zur Beimengung von Agrokraftstoffen in den Treibstoffbestand in Deutschland festgelegt werden sollten (O.A, o.J.).

¹⁴ COP (Conference of the Parties) steht für die jährlich stattfindende Vertragsstaatenkonferenz der UN-Klimarahmenkonvention, der Klimagipfel in Kopenhagen war COP 15 (<http://www.denmark.dk/en/menu/Climate-Energy/COP15-Copenhagen-2009/cop15.htm> [15.1.2010]); die UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC = United Nations Convention on Climate Change) „sets an overall framework for intergovernmental efforts to tackle the challenge posed by climate change. It recognizes that the climate system is a shared resource whose stability can be affected by industrial and other emissions of carbon dioxide and other greenhouse gases. The Convention enjoys near universal membership, with 192 countries having ratified“ (http://unfccc.int/essential_background/convention/items/2627.php [15.1.2010])

Meistens sind Kampagnen jedoch sehr oberflächlich und polarisierend, was laut Walk und Brunngräber auf die Strategie der Komplexitätsreduktion zurückzuführen ist, ohne die eine Kampagne kaum erfolgversprechend verlaufen würde. Das bedeutet, dass Themen symbolisiert und fokussiert, Aktionen gebündelt und möglichst breite Bündnisse angestrebt werden. Das Kampagnenziel muss also aufgrund seiner Ergebnis- und Erfolgsorientierung konkret, überschaubar und verallgemeinbar sein in dem Sinne, dass sich die Vielfalt ganz unterschiedlicher AkteurInnen trotz divergierender Interessen zu einer spezifischen Aktion lose verknüpfen lässt (Walk, Brunngräber, 2000: 162).

Diese Aktionen können langfristig geplant oder spontan erfolgen und sie können pragmatisch oder konfliktorientiert sein. Gemeinsam ist ihnen, dass sie alle darauf abzielen, eine möglichst breite, wenn möglich sogar globale Gegenöffentlichkeit herzustellen. Mit Medien- und Pressearbeit können Kampagnen ergänzt werden, beziehungsweise ist dies meist auch eine Voraussetzung für das Funktionieren von Kampagnen (Walk, Brunngräber, 2000: 163).

4.5.2 Direkte Methoden der politischen Einflussnahme

Als zweite Methode um gestaltend bei der Politikentwicklung beitragen zu können wenden NGOs laut Reuter direkte Methoden der Einflussnahme an. Darunter fallen Lobbying und strategische Allianzen (Reuter, 2008: 62).

4.5.2.1 Lobbying

Für NGOs bedeutet Lobbying, stets auf dem Laufenden zu sein, was sich in den verschiedenen Verhandlungen zu einem Thema abspielt und auf Grundlage dieses Wissens Einfluss auf die Entscheidungen zu nehmen. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist laut Heike Walk und Achim Brunngräber, dass sich NGOs dialogbereit zeigen. Denn in informellen Gesprächen können Informationen gestreut werden, Positionen von Verhandlungen in Erfahrung gebracht und Kritik formuliert werden um letztlich auf den Verlauf des Entscheidungsprozesses Einfluss zu nehmen. Inhalte solcher Gespräche oder die Häufigkeit von informellen Kontakten und deren Ergebnisse werden aber sehr selten öffentlich gemacht. Aus diesem Grund ist eine systemische Aufarbeitung der Ergebnisse von Lobbying kaum möglich (Walk, Brunngräber, 2000: 164). Zusammenfassend stellt Reuter in ihrer Einschätzung fest, dass politische EntscheidungsträgerInnen von der Zusammenarbeit mit NGOs

profitieren können und deshalb ein durchaus willkommener Gesprächspartner sind, wenn sie professionell auftreten, sich weitgehend an die Regeln und Anforderungen des politischen Systems anpassen und über Ressourcen verfügen, die den Entscheidungsträgern von Nutzen sein können (Reuter, 2008: 67).

4.5.2.2 Strategische Allianzen

Auch über die Zusammenarbeit in strategischen Allianzen mit Unternehmen können NGOs Einfluss nehmen auf die weitere Entwicklung einer bestimmten Politik. Laut Reuter können strategische Allianzen mit Unternehmen sehr effektiv sein. Allerdings gilt für NGOs, dass sie sehr genau prüfen müssen, mit wem sie eine Kooperation eingehen. Denn das Vertrauen das den NGOs entgegengebracht wird ist ein äußerst fragiles Gut, das durch fragwürdige Projekte oder ungläubwürdige Partner aus dem Bereich der Wirtschaft beschädigt werden kann (Reuter, 2008: 82). Kritiker sprechen bei den strategischen Allianzen von NGOs mit Unternehmen auch von der Gefahr des „Green Washings“, womit gemeint ist, dass ein Unternehmen durch die Kooperation mit einer NGO sich in ein positiveres Licht rückt, ohne vielleicht wirklich viel zu verbessern (Bals, Heydenreich 2005: 7).

Walk und Brunngräber schreiben dazu, dass Klimaschutzpolitik teilweise ihre „Umweltnische“ verlassen hat und zu einem zentralen politischen Handlungsfeld erwachsen ist, dem auch Unternehmen etwas abgewinnen können. Laut einem Interviewpartner von Walk und Brunngräber, der nicht namentlich genannt wurde, werden vor allem Kooperationen von NGOs und Unternehmen im Bereich von erneuerbaren Energien fruchtbar sein (Walk, Brunngräber, 2000: 176), wie fast 10 Jahre später das Beispiel der Agrokraftstoffe vor Augen führt. Bezüglich Agrokraftstoffen finden sich solche Allianzen zum Beispiel bei dem Round Table for Sustainable Biofuel (RTSB), Palmoil (RTSP) oder Soya (RTSS).

4.5.3 NGOs und Expertisen

Als letzten Punkt, der sowohl zu den indirekten als auch zu den direkten Strategien gezählt werden kann, geht es um das Spezialwissen von NGO ExpertInnen.

In ihrer Analyse von NGOs im Rahmen der globalen Klimaverhandlungen stellten Walk und Brunngräber fest, dass viele NGOs VertreterInnen auch als ExpertInnen gefragt waren und mit ihrem Spezialwissen eine Sonderrolle innehatten (Walk,

Brunngräber, 2000: 169). Das Ziel der ExpertInnen war es, den Prozess der Entscheidungsfindung über die direkten Kontakte zu den EntscheidungsträgerInnen zu beeinflussen, die eigene Organisation ins Gespräch zu bringen und die persönliche Rolle in diesem Prozess zu stärken. ExpertInnen wie auch die NGOs selbst standen in Konkurrenz untereinander, um Anerkennung und öffentliche Aufmerksamkeit (Walk, Brunngräber, 2000: 170).

Auch im Rahmen des Politikformulierungsprozesses zu Agrokraftstoffen in der EU Kommission wurden NGOs VertreterInnen als ExpertInnen wahrgenommen, wie auch eine NGOs Vertreterin im von mir durchgeführten Interview ausführte. Dabei beschreibt sie, dass im Rahmen der von der EU-Kommission durchgeführten „Public Consultation“ zu Agrokraftstoffen der WWF einen sehr prominenten Platz zugewiesen bekam, daher sich die EU Kommission stark auf die Stellungnahme des WWF bezog und viele Ideen übernommen wurden. Ausschlaggebend dafür war laut Meinung der befragten Person die Stellung des WWF im gesamten Spektrum der Meinungen zu Agrokraftstoffen. Radikalere Organisationen verwendeten ihrer Meinung nach oft andere Tools, da für sie die Stellungnahme weniger entscheidend ist, da sie in der Öffentlichkeitsarbeit mehr Chancen sehen, um den Politikformulierungsprozess zu beeinflussen. Der WWF, den sie als eher industriefreundliche NGO einstufte, hat ihrer Meinung nach einen andern Zugang zu den Personen in der Kommission und von daher wurde die Stellungnahme des WWF auch als ein fachliches Urteil von der EU-Kommission aufgenommen. (WWF, Interview)

4.5.4 Gründe, warum NGO-Forderungen beim Politikformulierungsprozess überhört werden

Es gibt jedoch auch eine Menge Gründe, die in der Literatur angeführt wurden, weshalb argumentative, von ZivilgesellschaftsakteurInnen vorgebrachte Positionen überhört werden.

Eine der Hauptursachen, dass NGOs auf Europäischem Level nicht so viel Einfluss haben wie Unternehmensvertreter, dürfte – neben dem Charakter der EU als vorwiegend wirtschaftliche Integrationsform – das Fehlen einer europäischen Öffentlichkeit im eigentlichen Sinne sein. NGOs arbeiten zu einem überwiegenden

Teil mit der Mobilisierung der Öffentlichkeit. Auf europäischer Ebene existieren jedoch keine relevanten Formen massenmedialer Berichterstattung und keine europaweiten Wahlen der Exekutivorgane der EU (sowohl auf die personelle Zusammensetzung der Kommission, als auch auf die Fachräte des Ministerrates haben die Bürger keinen direkten Einfluss) (Chabera, 2003: 90). Heinelt, Meinke-Brandmaier und Terizakis kommen in ihrer Analyse zu dem Schluss, dass dies erstens daran liegt, wie konflikthaft ein Politikprozess ist. Je umstrittener er ist, desto schwieriger ist es für zivilgesellschaftliche AkteurInnen argumentativ darauf einwirken zu können. Zweitens besteht die Gefahr, dass umstrittene Probleme hierarchisch gelöst werden können (durch administrative Interventionen oder Gerichtsurteile). Dadurch sind zivilgesellschaftliche AkteurInnen oft gezwungen, das Feld der öffentlichen Argumentation zu verlassen und sich auf expertokratische und legalistische Diskurse einzulassen (Heinelt, Meinke-Brandmaier, Terizakis, 2005: 293).

In einem Interview mit einer VertreterIn der EU-Kommission zur Einflussnahme der NGOs auf den Politikformulierungsprozess antwortete diese, dass der WWF als eher industriefreundliche NGO bekannt ist. Er macht konstruktive Vorschläge und versucht die EU – Kommission dabei zu unterstützen, angemessene Standards für Nachhaltigkeitskriterien bei Agrokraftstoffen zu entwickeln. Der WWF ist auch bei verschiedenen Initiativen mit der Wirtschaft vertreten wie etwa dem Round Table for Sustainable Palmoil. Auf die Interviewfrage, ob es leichter sei, nicht so radikale Positionen in den Politikformulierungsprozess zu integrieren wurde bei dem Interview mit einer Person von der EU Kommission mit ja geantwortet. Es sei ihrer Meinung nach leichter auf konkrete Verbesserungsvorschläge einzugehen, als auf eine allgemeine Kritik“ (Kommission, Interview).

Bezüglich der Frage, ob die andere Strategie von NGOs, nämlich gesellschaftliche Bewusstseinsbildung und mediale Öffentlichkeit und Kampagnen, einen Einfluss auf den Politikformulierungsprozess genommen hätten, verneinte die vertretende Person der EU-Kommission jedoch. Ihrer Meinung nach war der Gesetzesvorschlag der EU Kommission schon beschlossen, als die Debatte um Agrokraftstoffe in den Medien so groß wurde. Ihrer Meinung nach beeinflusste die öffentliche Debatte um

Agrokraftstoffe die Entscheidungen der Mitgliedsstaaten und der Abgeordneten im europäischen Parlament, nicht aber in der Kommission (Kommission, Interview).

4.6 NGO Positionen zu Agrokraftstoffen in der EU

Für die Analyse von NGO Forderungen wurden Stellungnahmen auf der Homepage vom World Wide Fund for Nature (WWF), Greenpeace und Friends of the Earth Europe (FoEE) analysiert. Alle drei Organisationen sind in Brüssel vertreten und auch international vernetzt, was zu der Annahme führt, dass man von einer breiten, gesellschaftlichen Legitimierung der Organisationen ausgehen kann und daher repräsentativ für diese Arbeit sind. Desweiteren wurden mit drei Personen ExpertInneninterviews geführt die in Umwelt-NGOs tätig sind.

Der WWF ist in über 100 Ländern aktiv. 2.000 Projekte wurden im Jahr 2004 unterstützt. Derzeit hat der WWF fast fünf Millionen Mitglieder, die ihn fördern (WWF-a).

Greenpeace ist in 40 europäischen Staaten und auf dem amerikanischen Kontinent, Asien, Afrika und der pazifischen Hemisphäre vertreten. Um seine Unabhängigkeit zu wahren, nimmt Greenpeace keine Förderungen von Staaten oder Unternehmen an und finanziert sich allein durch individuelle Sponsoren und Stiftungen. Derzeit hat Greenpeace 2.8 Millionen Mitglieder weltweit (Greenpeace-a).

Friends of the Earth Europa besteht aus 30 nationalen Organisationen, die wiederum Dachorganisationen für tausende lokale Gruppierungen sind. FoEE ist die größte umweltpolitische Grassroots-Organisation in Europa (FOEE-a).

Eine interviewte ExpertIn arbeitete zum Zeitpunkt für den WWF, wollte aber nicht namentlich genannt werden. Nusa Urbancic arbeitet für die in Brüssel ansässige NGOs-Plattform Transport & Environment und ist auf Agrokraftstoffe spezialisiert. Alexandra Strickner ist derzeit für ATTAC Europa aktiv, hat sich aber in ihrer früheren Arbeitsstelle (Institute for Agriculture and Trade Policy) stark mit Fragen zu Agrokraftstoffen und deren Implikationen auf Ernährungssouveränität auseinandergesetzt.

4.6.1 Warum kam es laut NGOs zu einer Agrokraftstoffgesetzgebung auf EU-Ebene?

Laut Alexandra Strickner ist der inoffizielle Hauptgrund für eine europäische Agrokraftstoffgesetzgebung für den Transportsektor die Energieabsicherungsfrage.

Europa ist massiv von Energieimporten abhängig. In den USA ist die Debatte zu Agrokraftstoffen ihrer Meinung nach viel ehrlicher, da dort die Energieabsicherungsfrage an erster Stelle bei den Überlegungen zu Agrokraftstoffen genannt wird. Auch die anderen beiden interviewten NGOs VertreterInnen sehen die Energiesicherheit und Diversifizierung von Energiequellen als den zentralsten Grund für die Agrokraftstoffgesetzgebung der EU (vgl. WWF, Urbancic, Interview). Agrokraftstoffe im Transportsektor sind vor allem als schnelle Lösung attraktiv, da man in diesem Sektor darauf angewiesen ist (WWF, Interview). Eine weitere Überlegung im Hintergrund war laut Strickner die Suche nach Wegen, um die strukturelle Überproduktion von agrarischen Rohstoffen in Europa besser nutzen zu können, anstatt sie permanent auf die Weltmärkte zu schleifen. Auch Urbancic sieht in der Zuckermarktreform, der geplanten CAP Reform und der Tatsache, dass europäische Farmer auf Grund von WTO Bestimmungen mehr globale Konkurrenz zu erwarten haben inoffizielle Gründe für die Forcierung von Agrokraftstoffen für den Verkehrsbereich in der EU (Urbancic, Interview).

Die offiziell genannten Hauptgründe für die Agrokraftstoffpolitik der EU waren laut NUSA Urbancic Energiesicherheit, Treibhausgaseinsparungen und Regionalentwicklungsziele (Urbancic, Interview). Laut Strickner wurde in der öffentlichen Diskussion um Agrokraftstoffe von der EU versucht, Agrokraftstoffe in erster Linie als eine klimaschützende Maßnahme darzustellen (Strickner, Interview).

4.6.2 Wie NGOs die derzeitige Agrokraftstoffgesetzgebung der EU einschätzen

Laut einer interviewten VertreterIn des WWF gibt es in der derzeitigen Richtlinie zu Agrokraftstoffen einige positive Aspekte, einige negative Aspekte und viele offene Fragen. Eine abschließende Bewertung ist noch nicht möglich – nur eine Zwischenbewertung (WWF, Interview).

In der Stellungnahme zu Agrokraftstoffen auf der Homepage schreibt der WWF, dass zirka 21 Prozent aller Treibhausgasemissionen in der EU im Transportsektor entstehen und es daher sehr wichtig ist, in diesem Bereich rasch etwas zu verändern. Um eine wirkliche Veränderung zu erreichen genügt es laut WWF jedoch nicht, nur Agrokraftstoffe einzuführen. Daher fordert der WWF in erster Linie höhere

Effizienzstandards für alle Fahrzeuge und die Entwicklung von Alternativen für umweltfreundlichere Transportstrategien. Solange jedoch andere Alternativen nicht entwickelt sind, werden Agrokraftstoffe als die einzige Lösung für Emissionseinsparungen im Transportsektor verwendet, was zu negativen Auswirkungen führen kann (WWF-b, 2007: 1; Biofuels – Handle with Care, 2009: 13). Daher sollte laut dem WWF die Einführung von Agrokraftstoffen in den EU Markt Teil einer breiter angelegten Strategie sein, die sich mit dem Transportsektor und erneuerbarer Energie auseinandersetzt. Die EU Mitgliedsstaaten sollten nationale und regionale Strategien entwickeln, wie der Treibstoffverbrauch im Transportsektor eingespart werden kann und welche Rolle Agrokraftstoffe dabei spielen können (WWF-b,2007: 2).

Greenpeace ist der Meinung, dass die von der EU eingesetzten Methoden um die Einhaltung der Nachhaltigkeitsstandards für Biokraftstoffe nicht genügen, um sicher zu stellen, dass Biokraftstoffe wirklich nachhaltig hergestellt werden. Freiwillige, internationale Zertifizierungsstandards für die Verwendung von Forst- und Agrarprodukten sind bis jetzt unbewiesen und beinhalten fundamentale Mängel. Greenpeace gibt als Beispiel dafür den „Round Table on Sustainable Palm Oil“ an, der erst beweisen muss, dass er ein hilfreiches Mittel gegen die Waldrodung darstellt. Weiters fordert Greenpeace, dass die Rohstoffe nicht nur für die Agrokraftstoffherzeugung nachhaltig sein sollten, sondern generell nur noch nachhaltig erzeugt werden sollten, um eine unnachhaltige Nutzung in allen Bereichen zu unterbinden (Greenpeace-b, 2007: 1).

Greenpeace fordert neben den drei von der EU-Kommission vorgeschlagenen Nachhaltigkeitskriterien die Sicherstellung, dass durch die vermehrte Produktion von Biokraftstoffpflanzen keine gentechnisch veränderten Pflanzen (GMOs) in die Umwelt kommen (Greenpeace-b, 2007: 1).

Friends of the Earth Europe vertreten die Auffassung, dass der derzeitige Agrokraftstoffhype schlecht durchdacht ist und zu einem nicht nachhaltigen Handel mit Rohstoffen führen wird. Die eigentlichen Probleme des Klimawandels und der Energiesicherheit können damit nicht gelöst werden. Flüssige Agrokraftstoffe werden von der EU als Möglichkeit dargestellt, Treibhausgasemissionen einzusparen und die

Abhängigkeit von Erdöltransporten zu verringern. In Wirklichkeit, so FoEE haben viele Agrokraftstoffe jedoch nur sehr wenig bessere Treibhausgaswerte aufzuweisen als fossile Energiequellen. Effektiver wäre es daher den Energieverbrauch zu senken und effizienter zu machen und nachhaltige Transport- und Energiesysteme zu entwickeln. Agrokraftstoffe können diese Entwicklungsanforderungen nicht ersetzen (FoEE-b, 2007:1) Die derzeitigen Vorschläge der EU Kommission für Nachhaltigkeitskriterien für Agrokraftstoffe sind laut FoEE zu schwach und können negative Auswirkungen in Hinsicht auf soziale Folgen und Umweltschäden nicht verhindern (FoEE-b, 2007:1) FoEE vertreten in ihrem Positionspapier zu Agrokraftstoffen die Ansicht, dass Agrokraftstoffe unter den derzeit gültigen EU Bestimmungen mehr Schaden als Nutzen anrichten werden. Laut FoEE hat die EU zwar anerkannt, dass Agrokraftstoffe potentielle Gefahren in sich bergen, jedoch nicht genügend unternommen, um diese Gefahren für die Umwelt und soziale Auswirkungen sinnvoll zu bekämpfen. In ihrer derzeitigen Verwendung, so schlussfolgern sie, sind Agrokraftstoffe im Endeffekt eine falsche Lösung, um gegen den Klimawandel zu handeln. (FoEE-b, 2007 : 6)

Nicht einmal berücksichtigt werden von FoEE folgende Aspekte in der derzeitigen EU Gesetzgebung: In den meisten derzeit existierenden Zertifizierungsprogrammen für Nachhaltigkeitskriterien wurden keine Stakeholder aus Entwicklungsländern integriert, vor allem keine zivilgesellschaftlichen Gruppen. Weiters sind Zertifizierungssysteme aufwändig und teuer in der Implementierung und dem Monitoring. FoEE gehen davon aus, dass eher große Firmen diese, derzeit vorhandenen, Zertifizierungsstandards durchführen können und daher kleine landwirtschaftliche ProduzentInnen einen Wettbewerbsnachteil haben werden. Ein weiterer Schwachpunkt ist, dass die meisten Nachhaltigkeitskriterien nur auf direkt messbare Umweltauswirkungen ausgelegt sind, aber zumeist soziale Kriterien nicht beinhaltet sind. Weiters äußern FoEE die Befürchtung, dass auch die derzeit existierenden Nachhaltigkeitskriterien zu schwach sein werden und von großen Firmen übergangen werden können, obwohl sie sich am Papier zu Nachhaltigkeitsstandards verpflichtet haben. Laut FoEE sind die drohenden Konsequenzen für Firmen, die sich nicht an diese Standards halten, viel zu niedrig (FoEE-b, 2007: 7)

Strickner erkennt, dass in dem durch die EU politisch geschaffenen Markt für Beimischungsziele bei Agrokraftstoffen, sofort Profitkonzerne ins Spiel gekommen sind, die versucht haben die Gesetzgebung zu ihren Gunsten zu beeinflussen (Strickner, Interview).

4.6.3 NGO Einschätzung zu den derzeit bestehenden EU-Nachhaltigkeitsstandards bei Agrokraftstoffen und deren eigenes Verständnis einer nachhaltigen Agrokraftstoffverwendung

Bezüglich der Frage, ob die Nachhaltigkeit von Agrokraftstoffen ein EU-Politikziel wurde, meint die interviewte Person vom WWF, dass die Nachhaltigkeit von Agrokraftstoffen ein EU-relevantes Thema geworden ist, da klar wurde, dass durch die politisch induzierte Nachfrage eine erhöhte Nachfrage nach Agrokraftstoffen entstanden ist und der erhöhte Anbau von Agrokraftstoffen reguliert werden musste. Eine nachhaltige Agrokraftstoffstrategie war aber nicht handlungsanleitend für die Ausarbeitung eines Gesetzestextes durch die EU-Kommission. Handlungsanleitend war ihrer Meinung nach die Energiesicherheit für Europa. (WWF, Interview).

Auch Nusa Urbancic erwähnt im Interview, dass beim ersten Agrokraftstoffziel der EU keine Nachhaltigkeitskriterien beschlossen wurden. Erst durch die breite, öffentliche Diskussion um die Verwendung von Agrokraftstoffen und die Produktionsbedingungen und Auswirkungen von Agrokraftstoffen wurde die Nachhaltigkeit von Agrokraftstoffen ein EU-relevantes Thema (Urbancic, Interview).

Die derzeitigen Nachhaltigkeitsbestimmungen für Agrokraftstoffe schätzt Urbancic als sehr schwach ein die das Problem der indirekten Landnutzung nicht in den Griff bekommen werden (Urbancic, Interview). Auch Alexandra Strickner geht davon aus, dass eine Debatte um Nachhaltigkeit erst durch eine breite öffentliche Diskussion gestartet wurde (Strickner, Interview).

Das Problem bei der derzeitigen Verwendung des Konzepts der Nachhaltigkeit für Agrokraftstoffe ist laut Strickner, dass die EU nachhaltig sehr stark im engeren Sinne in Form von Umweltkriterien definiert. Man geht davon aus, dass wir den derzeitigen Energiebedarf decken müssen, um weiterleben zu können wie bisher und einfach nur andere Energiequellen dafür finden müssen. Die Frage, wie ein anderes,

energiesparenderes Mobilitätskonzept aussähe, das Energiesouveränität voraussetzt, wird in der EU-Gesetzgebung nicht gestellt (Strickner, Interview). Die EU rührt nicht am Fundament, nämlich an der Form, wie konsumiert und produziert wird. Was vor allem auch fehlt ist das Eingestehen, dass unser europäisches Entwicklungsmodell nicht nachhaltig ist in Bezug auf den Ressourcenverbrauch und den darauf basierenden Lebensstil, den wir uns nur deshalb leisten können, weil die Ressourcen irgendwo anders auf der Welt Menschen fehlen (Strickner, Interview).

Das konkrete Verständnis der NGOs von nachhaltigen Agrokraftstoffen weicht bei allen analysierten NGOs von dem beschlossenen der EU ab.

Agrokraftstoffe müssen laut WWF im Vergleich zu herkömmlichen fossilen Treibstoffen Vorteile bei der Treibhausgaseinsparung und dem Karbonausstoß aufweisen. Auch energieintensive Düngemittel müssen in die Einsparungsrechnung genommen werden.

Weiters muss für den WWF gewährleistet sein, dass die natürlichen Ressourcen sinnvoll verwendet werden und dass die Landnutzung in den Produktionsländern von Agrokraftstoffen vorsichtig gemacht wird. Vor allem sollen durch die Agrokraftstoffproduktion keine derzeit noch unberührten landschaftlichen Gebiete oder Naturschutzreservate zu Farmland umgewidmet werden. (WWF, 2007: 3)

Bei der Verwendung von Agrokraftstoffen muss sichergestellt sein, dass sie keinen Schaden in der Umwelt und Gesellschaft auslösen. Daher plädiert der WWF für ein EU weit verbindliches Agrokraftstoffzertifizierungssystem, in dem in der EU produzierte Agrokraftstoffe und von Drittstaaten importierte Agrokraftstoffe denselben Kriterien unterliegen müssen. Das vom WWF geforderte Zertifizierungssystem muss drei Fragen beinhalten. 1. Es muss festgestellt werden, wo Agrokraftstoffe produziert werden. 2. Es muss transparent sein, wie die Agrokraftstoffpflanzen produziert werden. 3. Es sollen die Auswirkungen auf die Produktion von Nahrungsmitteln, Verfügbarkeit von Wasser und Landnutzungskonflikte festgestellt werden. Wichtig ist laut WWF dabei, dass die EU sich für so ein Zertifizierungssystem auf globaler Ebene einsetzen muss und etwaige Nachhaltigkeitsstandards nicht als Importerschwernisse von Drittstaaten und dabei insbesondere von Entwicklungsländern auslegen darf. (WWF-b, 2007: 4)

Laut Greenpeace kann die Verwendung von Agrokraftstoffen nur nachhaltig sein, wenn sie auf eine nachhaltige Art und Weise produziert werden und so effektiv wie möglich eingesetzt werden. Die Verwendung von Agrokraftstoffen sollte daher eine weitreichendere Energiepolitik unterstützen durch die der derzeitige Energieverbrauch gewaltig gesenkt wird. Das bedeutet für den Transportsektor starke Verbesserungen in der Effizienz des Treibstoffverbrauchs, ein verstärkter Transport von Gütern per Zug und eine Veränderung in den derzeit existierenden Mobilitätsmustern. Außerdem sollte durch die Verwendung von Biokraftstoffen im Verkehrssektor nicht darauf vergessen werden, dass die Biokraftstoffe womöglich in anderen Bereichen wie dem „heating and cooling“ und der Elektrizitätserzeugung womöglich effizienter genutzt werden könnten (Greenpeace-b, 2007:1).

FoEE argumentieren, dass die Nachhaltigkeitskriterien wie sie von der EU verwendet werden, teilweise auch zu Rückschritten im Umweltschutzbereich führen könnten, obwohl sie nicht ausschließen, dass es auch zu individuellen Verbesserungen kommen kann. Laut FoEE können die von der EU vorgeschlagenen Nachhaltigkeitskriterien nämlich als Deckmantel verwendet werden, der verhindert, dass andere, nachhaltigere und umweltfreundlichere Entwicklungen in Gang gesetzt werden. Im folgenden zeigen FoEE auf, welche Themen durch den Deckmantel der derzeit bestehenden EU-Nachhaltigkeitsstandards nicht gelöst werden können oder nicht einmal berücksichtigt werden. Nicht gelöst wird die Tatsache der indirekten Landnutzung, da das Problem der Landnutzung durch Agrokraftstoffe einfach verschoben wird. So könnte es sein, dass zwar Agrokraftstoffe nachhaltig produziert werden, dafür aber andere Agrarerzeugnisse in umweltsensiblen Gebieten erzeugt werden. Auch das Problem der Übernutzung von Umweltressourcen in Entwicklungsländern wird durch die Agrokraftstoffziele der EU nicht berücksichtigt. Laut FoEE ist das Ausmaß der derzeit für den Export produzierten Güter schon unnachhaltig in der Produktion. Laut FoEE sollte eigentlich die unnachhaltige Lebensweise in Europa verändert werden, bevor Agrokraftstoffe verwendet werden (FoEE-b, 2007: 7).

Eine nachhaltige Agrokraftstoffstrategie von Anfang an zu denken würde laut der interviewten Person vom WWF bedeuten, dass ich Biomasse als begrenzt annehme

und mich frage, in welchem Sektor sie am besten eingesetzt werden kann und wie ich eine regionale Entwicklung dadurch fördern kann. Das versucht die Kommission jetzt auch, aber eben im Nachhinein und das hat dann immer ein ganz anderes Ergebnis, als wenn ich die Nachhaltigkeit im Vorhinein denke (WWF, Interview).

Für Strickner wäre eine nachhaltige Agrokraftstoffpolitik, wenn man davon ausgehen würde, dass das erste und wichtigste ist, dass Menschen in ihrer Region das Land für ihre eigene Lebensmittelproduktion verwenden können und dann in einem zweiten Schritt schaut, ob noch Fläche für Energiepflanzen übrig bleibt, um die eigene Energieversorgung zu verbessern. Ihrer Meinung nach würde viel Energie übrig bleiben, wenn wieder mehr Produkte regional produziert und konsumiert würden (Strickner Interview).

Für Greenpeace sind wirklich nachhaltige Energietechnologien Technologien die auf Wind, Solar- und geothermalen Energiequellen beruhen. Gleichzeitig muss es aber auch zu einer viel besseren Energieeffizienz kommen um eine umweltfreundliche Energienutzung sicherzustellen. Im Transportsektor sollten zu erst einmal andere Effektivitätsmaßnahmen durchgeführt werden, die im „Energy [R]evolution“ Bericht von Greenpeace vorgestellt werden, bevor Agrokraftstoffe überhaupt in Erwähnung gezogen werden sollten. (Greenpeace-c)

4.6.4 Was die Agrokraftstoffpolitik der EU aus Sicht der NGOs für Drittstaaten bedeutet

Warum die EU aus Sicht der NGOs Länder des globalen Südens in den EU-Agrokraftstoffhandel einbinden möchte, ist einerseits die Tatsache, dass die Entscheidungstragenden in der EU davon ausgehen, dass der Bedarf an Agrokraftstoffen für den Transportsektor in der EU nur durch einen teilweisen Import aus Drittstaaten gedeckt werden kann (Urbancic, Interview).

Andererseits hat sich in den letzten Jahren in den Ländern des globalen Südens eine starke Befürwortung für den Handel mit Agrokraftstoffen herauskristallisiert.

Entwicklungsländer haben laut Urbancic in dieser Feststellung sehr schnell eine Möglichkeit erkannt, um Produkte für den EU-Markt herzustellen. Da auf die meisten landwirtschaftlichen Produkte hohe Importzölle verhängt sind, gehen sie davon aus,

mit Agrokraftstoffen eine Nische gefunden zu haben, in der eine höhere Gewinnspanne möglich ist (Urbancic, Interview).

Für Entwicklungsländer könnten Agrokraftstoffe eine nachhaltige Chance für Entwicklung darstellen, da Agrokraftstoffe neue Optionen für ökonomische Entwicklung und Investments bieten. Allerdings nur, wenn ein gutes Landmanagement gewährleistet wird und darauf geachtet wird, dass das Land und die Menschen, die darauf leben, nicht geschädigt werden (Urbancic, Interview).

Auch laut WWF soll die EU Entwicklungsländer dabei unterstützen Strategien für die Verwendung von erneuerbaren Energien zu entwickeln und umzusetzen. Diese Unterstützung muss technische Standards, nachhaltige Infrastruktur und andere ökonomische, soziale und umweltrelevante Aspekte berücksichtigen. Der WWF tritt stark dafür ein, dass vor allem in den Entwicklungsländern selbst erneuerbare Energien genutzt werden und nicht nur in die EU exportiert werden. Die EU soll sicherstellen, dass Bioenergien in Entwicklungsländern soziale und Umweltvorteile für diese Länder mit sich bringen (WWF-b, 2007: 3).

4.6.5 Welche Gefahren NGOs durch diesen neuen Wirtschaftszweig für Länder des globalen Südens erkennen

Die verstärkte Nachfrage nach Agrokraftstoffen wird eine verstärkte Nachfrage nach agrarischen Produkten und agrarischen Flächen bedingen. Das Problem ist, dass derzeit ein Modell angestrebt wird, das den Massenexport begünstigt (Urbancic, Interview). Dies kann erstens durch eine verstärkte Landnutzung geschehen. Dadurch kann es zur Rohdung von Wäldern und anderen ursprünglichen Flächen kommen. Zweitens können mehr Agrokraftstoffe durch höhere Ernteerträge erzielt werden. Dadurch kann es zu einer verstärkten industrialisierten Landwirtschaft kommen, die Überdüngung, mehr Pestizide, der Verwendung von gentechnisch manipulierten Pflanzen und einen vermehrten Treibhausgasausstoß in der Landwirtschaft bedingt. Auch Land Grabbing kann dadurch, vor allem in Ländern des globalen Südens, ausgelöst werden. Eine dritte Möglichkeit mehr Agrokraftstoffe zu bekommen, ist die Umwidmung von Lebensmitteln zu Agrokraftstoffen. Dadurch kann es zu einer ansteigenden Hungerproblematik kommen, die vor allem die ärmsten Menschen im globalen Süden betrifft. Die meisten dieser Effekte werden durch den

höheren Weltmarktpreis für Lebensmittel und agrarische Rohstoffe ausgelöst, der wie ein eigener Mechanismus funktioniert. (Urbancic, Interview).

Laut FoEE erzeugt die EU durch die von ihr gesetzten Agrokraftstoffziele eine verstärkte Nachfrage nach Agrokraftstoffen. Der internationale Handel mit landwirtschaftlichen Produkten ist aber heute schon unnachhaltig und bewirkt große soziale- und Umweltprobleme. (Mehr dazu unter Frage 3, was für Auswirkungen laut FoEE die vermehrte Agrokraftstoffproduktion auf Entwicklungsländer hat) Weiters befürchten FoEE dass, durch die verstärkte Nachfrage nach Agrokraftstoffen multinationale Agrarkonzerne noch mehr Einflussmacht im globalen Agrarsektor gewinnen können und dadurch noch mehr Druck auf knappe Güter wie etwa Wasser entstehen könnten. Weiters hat die Produktion von Agrokraftstoffen schon jetzt dazu geführt, dass die Preise für Grundnahrungsmittel gestiegen sind, was vor allem Auswirkungen auf alle armen Menschen in globaler Perspektive hat (FoEE-b, 2007:1).

Laut FoEE wird eine vermehrte Nutzung von Agrokraftstoffen in Europa dazu führen, dass Entwicklungsländer weiterhin ausgebeutet werden. Ihrer Ansicht nach ist die EU derzeit schon abhängig von Agrarimporten aus Entwicklungsländern. Der Handel mit den importierten Rohstoffen ist derzeit nicht nachhaltig und bewirkt Waldrodungen, den Verlust von Biodiversität, Verdrängung von BäuerInnen zu Gunsten von großen Monokulturfarmen, soziale Konflikte und schlechte Arbeitsbedingungen. Die verstärkte Nachfrage nach Agrokraftstoffen würde diese derzeit schon bestehenden Konflikte nicht aufheben, sondern sogar noch verstärken. FoEE sind deshalb der Ansicht, dass die EU Möglichkeiten finden sollte, genügend Energie auf ihrem eigenen Territorium herzustellen, um eine globale nachhaltige Gesellschaft zu ermöglichen (FoEE-b, 2007 :6).

4.6.6 Zusammenfassende Darstellung der NGO Meinung zu Agrokraftstoffen

Zusammenfassend ist für die NGO Stellungnahmen zu Agrokraftstoffen zu sagen, dass das Meinungsspektrum dazu nicht einheitlich war, jedoch insgesamt als kritisch gegenüber der derzeitigen Agrokraftstoffgesetzgebung der EU ist. Keine einzige

NGO ist mit der derzeitigen Gesetzgebung zufrieden. Wie weitreichend die Kritik ist, ist unterschiedlich. Am nächsten zur EU Position ist bei den analysierten NGOs der WWF, die anderen NGOs rücken alle weiter von der EU Position ab und üben neben technischer Kritik auch grundsätzliche Kritik an der derzeitigen Verwendung von Agrokraftstoffen. In der folgenden Zusammenfassung werden die unterschiedlichen Argumentationsmuster und Aussagen kurz wiedergegeben.

Laut NGO VertreterInnen ist der inoffizielle Hauptgrund für die EU-Gesetzgebung für Agrokraftstoffe Bestrebungen zur Energieabsicherung und –diversifizierung in Europa. Weiters müssen Wege gefunden werden, um die strukturelle Überproduktion von landwirtschaftlichen Gütern zu nutzen. Mit der derzeitigen Agrokraftstoffgesetzgebung der EU war keine einzige, der analysierten NGOs zufrieden. Agrokraftstoffe können eine Entwicklung hin zu einem niedrigeren Energieverbrauch in Europa nicht ersetzen sondern höchstens dazu beitragen, Treibhausgase einzusparen. Die Nachhaltigkeitsbestimmungen zu Agrokraftstoffen werden von den NGO VertreterInnen großteils als unzureichend eingeschätzt. Das Problem bei der derzeitigen Verwendung vom Konzept der Nachhaltigkeit durch die EU ist laut Strickner, dass Nachhaltigkeit sehr stark im engeren Sinne in Form von Umweltkriterien und einigen Sozialstandards definiert wird. Man geht davon aus, dass der derzeitige Energiebedarf gedeckt werden muss und sucht nach neuen Energiequellen. Die Frage wie ein anderes, energiesparenderes Mobilitätskonzept aussähe, wird laut Strickner in der derzeitigen EU-Gesetzgebung zu Agrokraftstoffen nicht berücksichtigt (Strickner, Interview). Laut FoEE können die von der EU gesetzten Nachhaltigkeitskriterien für Agrokraftstoffe auch als ein Deckmantel verwendet werden, der verhindert, dass andere, nachhaltigere Entwicklungen in Gang gesetzt werden. In der derzeit bestehenden Agrokraftstoffgesetzgebung der EU wird die Frage der indirekten Landnutzung und das derzeit schon bestehende Problem der Übernutzung von Umweltressourcen in Entwicklungsländern zum Beispiel nicht gelöst (FoEE-b, 2007: 7). Das Nachhaltigkeitsverständnis der analysierten NGOs war unterschiedlich, in der Tendenz jedoch mit einem breiteren Verständnis von Nachhaltigkeit als in der EU-Richtlinie festgelegt. Einig waren sich alle NGOs, dass der zu hohe Energiebedarf der EU durch Agrokraftstoffe nicht verändert wird.

Die Einbeziehung von Entwicklungsländern in die derzeitige EU-Strategie und der Importoption von Agrokraftstoffen aus Entwicklungsländern wird von den NGOs

gemischt beurteilt. Einerseits können die derzeitigen Nachhaltigkeitsbestimmungen der EU für Agrokraftstoffe eine Benachteiligung für Entwicklungsländer darstellen, wenn sie die Bestimmungen nicht erfüllen können. Die größere Gefahr sahen die NGOs jedoch darin, dass Entwicklungsländer zu viel Agrokraftstoffe für den Export produzieren und es somit vermehrt zu sozialen und Landnutzungskonflikten im globalen Süden auf Grund der Agrokraftstoffnutzung für den Export kommen wird. Lauf FoEE ist schon der derzeit bestehende Import von Agrarprodukten aus Ländern des globalen Südens in die EU nicht nachhaltig und Agrokraftstoffe werden daher die Konflikte noch verstärken (FoEE-b, 2007: 6).

4.7 Brasiliens Interesse an Agrokraftstoffen

Ein großes Augenmerk wird in der Analyse des Umgangs mit der ökologischen Restriktion in Entwicklungsländern liegen. Diese ist zentral um die Problematik der nachhaltigen Agrokraftstoffproduktion für Europa zu verstehen. Für diese Arbeit wurde als Entwicklungsland Brasilien ausgewählt, weil hier sehr viele Ebenen analysiert werden können. Brasilien ist jedoch nicht wirklich ein „typisches“ Entwicklungsland, sondern viel mehr ein NIC, ein Newly Industrialising Country. An dem Beispiel Brasilien können jedoch viele Elemente aufgezeigt werden, die auch für andere Entwicklungsländer gelten und gleichzeitig kann auch die Akteursrolle von Entwicklungsländern untereinander und deren Situation in dem derzeit bestehenden, stark auf Konkurrenz basierenden Weltsystem dargestellt werden.

In diesem Sinne argumentieren auch Novo et al.: „Any competing claims on land use as a result of biofuel expansion should be visible in Brazil“ (Novo et al., 2010: 771).

Auf Grund mangelnder Portugiesischsprachkenntnisse der Autorin wird bei der Darstellung der Strategie Brasiliens auf Sekundärtexte gegriffen, die sich mit dieser Thematik befassen. Das Beispiel Brasilien soll vor Augen führen, dass die Interessen von Brasilien an Agrokraftstoffen viel komplexer sind, als in den EU Dokumenten von Drittstaaten die Rede ist.

Brasilien wird laut Jens Giersdorf gerne als erfolgreiches Beispiel einer auf Biomasse basierenden Kraftstoffversorgung genannt. Denn Brasilien verfügt über reiche Erfahrungen in der Erzeugung und Nutzung von Bioethanol aus Zuckerrohr (Giersdorf, 2009: 213). Auch die EU-Kommission bezieht sich teilweise, wie oben dargestellt wurde, auf Brasilien als Beispielland für eine erfolgreiche Agrokraftstoffstrategie. Um einleitend einen Überblick über die Agrokraftstoffsituation in Brasilien zu erhalten, wird kurz die historische Entwicklung der Biokraftstofferzeugung in Brasilien dargestellt. Dann wird die Agrokraftstoffstrategie der brasilianischen Regierung unter Präsident Lula da Silva dargestellt und die Frage gestellt, zu welchen politischen Bedingungen Agrokraftstoffe in Brasilien hergestellt werden.

4.7.1 Chronologie der Biokraftstoffherzeugung in Brasilien

Die Ethanolproduktion in Brasilien hat eine lange Geschichte und reicht zurück bis in die 1920er Jahre. Ein wichtiger Faktor wurde Ethanol vor allem in den 1970er Jahren für die brasilianische Energiestrategie, als die Weltmarktpreise für Erdöl sehr hoch waren (Wilkinson, Herrera., 2010: 750). 1975 verabschiedete die brasilianische Militärregierung das nationale Alkoholprogramm (Pro-Álcool). Dadurch sollte die Produktion von Ethanol aus Zuckerrohr in den sogenannten „*destilarias anexas*“ gefördert werden, um die Produktionsmenge bis 1980 von rund 0.5 Mrd. l auf 3 Mrd. l zu erhöhen (Giersdorf, 2009: 213). Dass das Alkoholprogramm 1975 eingeführt und trotz diverser Krisen an ihm festgehalten wurde, ist laut Jens Giersdorf hauptsächlich auf die einflussreiche Position der Zucker- und Ethanolindustrie sowie das Wechselspiel zwischen hohen Rohöl- und niedrigen Zuckerpreisen zurück zu führen (Giersdorf, 2009: 213, vgl. Novo et al. 2010).

Das Pro-Álcool Programm war für Brasilien ein Mittel um die Abhängigkeit von Energieeinfuhren zu verringern und gleichzeitig den „Zuckerbaronen“ von reichen Landbesitzerfamilien Investitionsmöglichkeiten zu bieten, da zu der Zeit die Zuckerpreise am Weltmarkt sehr niedrig waren (Moreno, Mittal, 2008: 12). Das Pro-Álcool Programm basierte auf einer Zusammenarbeit der staatlichen Ölfirma Petroras, großen ZuckerproduzentInnen und der aufkommenden Autoindustrie, die in großem Stil Autos für Brasilien produzierte, die mit Ethanol fahren konnten (Novo et al., 2010: 772).

Ende der 1980er Jahre sanken die Rohölpreise, während die Zuckerpreise leicht stiegen. Die Alkohol- und Zuckerproduzenten steigerten daher ihre Zuckerproduktion – allerdings zu Lasten der Ethanolproduktion, so dass die Alkoholautos, von denen seit 1983 jährlich mehr als 500 000 Neuwagen verkauft worden waren, nicht mehr ausreichend mit Ethanol versorgt werden konnten. Zeitweilig musste daher die brasilianische Regierung sogar Ethanol importieren. Das Vertrauen in die Benzinalternative Ethanol wurde dadurch schwächer, was sich in den Verkaufszahlen von Alkoholautos spiegelte, die in den 1990er Jahren stark zurück gingen (Giersdorf, 2009: 216). Im Zuge der allgemeinen wirtschaftlichen Liberalisierung Brasiliens seit Beginn der 1990er Jahre wurden neben den Kraftstoffpreisen auch die Preise für Zuckerrohr und Zucker liberalisiert. Dadurch verlor Ethanol als Reinkraftstoff angesichts niedriger Rohölpreise weiter an

Attraktivität. Die Beimischung von Ethanol zum Benzin, so Jens Giersdorf, wurde jedoch die ganze Zeit beibehalten und gewann als Absatzmarkt für die Zucker- und Alkoholproduzenten aufgrund des steigenden Motorisierungsgrads der brasilianischen Gesellschaft immer mehr an Bedeutung (Giersdorf, 2009: 217).

Der Rückgang der Ethanolproduktion in den 1990er Jahren konnte zunächst durch steigende Zuckerexporte, vor allem in Märkte von Nachfolgestaaten der Sowjetunion und den nahen Osten, ausgeglichen werden. Aber erst 2003, als aufgrund der steigenden Rohölpreise Autos mit Flex-Fuel-Technologie auf den Markt gebracht wurden, erlebte die Produktion von Ethanol wieder eine stärkere Bedeutung (Giersdorf, 2009: 217). Der Vorteil von Flex-Fuel-Autos ist, dass die Wagenbesitzer Benzin und Ethanol in jedem beliebigen Mischungsverhältnis tanken können und dadurch die Kraftstoffentscheidung nicht mehr wie früher bereits beim Kauf des Autos getroffen werden muss (Giersdorf, 2009: 217).

Seit 2006 ist Brasilien in der Erdölversorgung autark. Die neu aufgeflamnte Euphorie zur Ausweitung der Agrokraftstoffproduktion ist daher auf die neue internationale Diskussion um den Klimawandel und den weltweiten Versuch der Produktionssteigerung erneuerbarer Energien entstanden (Kohlhepp, 2008:136).

Als daher die globale Nachfrage nach Agrokraftstoffen zunahm, konnte sich Brasilien auf Grund seiner langjährigen Erfahrung damit schnell zu einem großen globalen Player etablieren (Dauvergne, Nevill, 2010: 636). Und so hat, laut Christina Stolte der derzeitige brasilianische Regierungschef Luiz Inácio Lula da Silva die strategische Bedeutung von Bioethanol erkannt. Zum einen als Exportschlager am Weltmarkt und zum anderen auch als wichtiges Mittel seiner politischen Außenpolitik und Machtabsticherung in Lateinamerika (Stolte, 2009: 154).

4.7.2 Problematik der internationalen Ethanolrente und Auswege

Produktionskosten für Ethanol liegen in Brasilien deutlich unter den Produktionskosten der USA und Europa. Dies ist unter anderem auf die hervorragenden Wachstumsbedingungen und hohe Biomasseproduktion von Zuckerrohr zurückzuführen. (Giersdorf, 2009: 220). Es sind aber auch niedrige Lohnkosten und geringe Bodenpreise, die den brasilianischen Zuckerrohrproduzenten Vorteile verschaffen (Giersdorf, 2009: 222). Mehr dazu unter dem Kapitel, zu welchen Bedingungen Agrokraftstoffe verwendet werden.

Heute bietet der Export von Ethanol in die ganze Welt Gewinnchancen für brasilianische EthanolproduzentInnen. Sie versuchen, auf dem Weltmarkt den bestmöglichen Preis für ihr Ethanol zu erzielen. Da Ethanol als Benzinersatz genutzt werden kann, orientiert sich der Preis am internationalen Rohöl- beziehungsweise Benzinpreis. Die Differenz zwischen den eigenen niedrigen Produktionskosten und dem internationalen Benzinpreis können sich die brasilianischen Ethanolproduzenten somit als Ethanolrente aneignen (Giersdorf, 2009: 225). Jedoch ist die Ethanolrente für brasilianische Exporteure bisher mehr ein angestrebtes Ziel als Realität. Die wichtigste verhindernde Ursache dafür liegt nicht in Brasilien sondern in den hohen Einfuhrzöllen für Ethanol in die meisten Länder, ganz im Gegensatz zu den Bestimmungen zu Rohöl und Benzin (Moreno, Mittal, 2008: 5; Giersdorf, 2009: 228). Trotz der hohen Einfuhrzölle sind die Exporte von brasilianischem Ethanol in die Industrieländer in den letzten Jahren jedoch stark gestiegen. Bis 2003 exportierte Brasilien nicht mehr als 1 Mrd. Liter jährlich, seit 2004 liegen die Exporte nicht unter 2,5 Mrd. Liter pro Jahr. Hauptabnehmer sind dabei die USA, die EU (vor allem Niederlande und Schweden) sowie Japan. In diesen Staaten gelten Beimischungsquoten von Ethanol zu Benzin, die teilweise nicht ohne ausländische Importe erreicht werden können. Solche Regelungen, schlussfolgert Jens Giersdorf, steuern die Nachfrage nach Ethanol zur Zeit viel stärker als die Rohölpreise. Somit herrscht im Zucker- und Ethanolsektor Brasiliens trotz der Importzölle für Ethanol in Industriestaaten eine große Dynamik (Giersdorf, 2009: 229; Moreno, Mittal, 2008: 12; Hezter, 2009: 105).

Die hohen Importzölle für Ethanol in Europa und den USA bedingen auch Maßnahmen Brasiliens, um die Agrokraftstoffherzeugung in Drittländern wie etwa in Zentralamerikanischen, Afrikanischen oder Asiatischen zu etablieren da in diesen Ländern die Importe in die USA und EU anders, zumeist zolltariflich vorteilhafter, geregelt sind (Franco et al. 2010: 680). Einige Industrieländer konnte Brasilien durch Kooperationsabkommen schon für seine Strategie gewinnen, in der vorrangig Industrieländer den Technologietransfer in Südländern finanzieren sollten und dafür neue Energiequellen initiieren, die den globalen Energiemix erweitern und dadurch die derzeitige Abhängigkeit von fossilen Energielieferanten verringert werden kann (Stolte, 2009: 173).

Das Importtarifproblem mit der EU konnte Brasilien jedoch teilweise auch bilateral regeln. So hat Brasilien zum Beispiel 2008 ein Partnerschaftsabkommen mit Deutschland abgeschlossen, in dem Nachhaltigkeitskriterien für Agrokraftstoffe geregelt werden und über 140 Millionen Dollar Finanzmittel für den Research und Development (R&D) Bereich so wie für den Schutz des Amazonas-Regenwaldes von Deutschland nach Brasilien fließen. Auch mit Schweden, Holland, Dänemark, Frankreich und Italien hat Brasilien derzeit bilaterale Abkommen zu Agrokraftstoffen geschlossen (Franco et al., 2010: 680).

Zudem hofft Brasilien laut Christine Stolte, dass das Thema Biokraftstoffe auch als Vehikel für einen positiven Ausgang der WTO Verhandlungen dienen kann, in dem Brasilien von Industriestaaten schon seit Jahren den Abbau von Agrarsubventionen fordert. Brasilien argumentiert, dass es viel sinnvoller und günstiger sei, Biokraftstoffe aus denjenigen Ländern zu importieren, die aufgrund ihrer klimatischen Verhältnisse bessere Voraussetzungen für den Anbau der Energiepflanzen haben, statt mit Hilfe teurer Subventionen eigene Biokraftstoffprogramme zu betreiben und dies mit hohen Einfuhrzöllen zu schützen (Stolte, 2009: 175). Camila Moreno und Anuradha Mittal schreiben dazu: *„Free trade seems to be resuscitating under the WTO, as biofuels and climate change arguments could finally overcome the Achilles heel of agricultural subsidies.“* (Moreno, Mittal, 2008: 19)

4.7.3 Biokraftstoffe als Instrument der globalen Außenpolitik Brasiliens

Laut Christine Stolte dient Brasiliens Werben für Biokraftstoffe auf internationaler Ebene nicht nur wirtschaftlichen Interessen, sondern auch als Instrument der Außenpolitik. So hilft die Diskussion um den Klimawandel sowie die wachsende Sorge der Industrieländer um ihre Energiesicherheit dem brasilianischen Präsidenten, dessen Land ja international als Vorreiter in der Biokraftstoffproduktion gilt, um sich als Global Player zu profilieren und in wichtigen weltpolitischen Entscheidungen beteiligt zu werden (Stolte, 2009: 170). Geschickt verknüpft Lula da Silva auf seinen weltweiten „Missionsreisen“ für Agrokraftstoffe laut Christine Stolte das brasilianische Energiemodell mit der Bekämpfung des Klimawandels, dem Streben nach Energiesicherheit und der Reduzierung der weltweiten Armut – denn Biokraftstoffe könnten seiner Meinung nach dabei helfen, für diese globalen Probleme eine Lösung zu finden (Stolte, 2009: 171). Vor allem Entwicklungsländer, die besonders unter den Folgen des Klimawandels leiden werden und andererseits

einen steigenden Energiebedarf haben, sollen von der Energierevolution profitieren. Mit Hilfe der brasilianischen Technologie könnten sie nämlich nicht nur ihren eigenen Energiebedarf decken und sich damit teure Erdölimporte sparen, sondern sogar zu Energieexporteuren aufsteigen und sich so einen neue Deviseneinnahmequelle erschließen (Franco et al., 2010: 680, Stolte, 2009: 171).

Neben dieser Süd-Süd-Kooperation, in der es bis jetzt hauptsächlich Kooperationsabkommen gibt und noch nicht so viel in die Tat umgesetzt wurde (Stolte, 2009: 172), sieht Lula da Silva in der Ethanol-Diplomatie auch ein Instrument, um sich als Mittler zwischen den Entwicklungs- und den Industrieländern zu profilieren (Dauvergne, Nevill, 2010: 634, Stolte, 2009: 173).

Regina Câmara und Nicole Walter beschreiben in einem Artikel in der *Monde Diplomatique* die internationale Ausrichtung bei Agrokraftstoffen von Brasilien wie folgt:

„Die Regierung da Silva hat inzwischen eine starke Allianz aus den Ministerien, staatlichen Unternehmen und Verbänden geschmiedet, mit dem Ziel, Brasilien international als grünen Energielieferanten zu etablieren. So arbeitet die staatliche Exportagentur Apex seit Februar 2008 eng mit dem Verband der Zuckerrohrindustrie Unica international zusammen. Gemeinsame Niederlassungen entstanden in Washington und Brüssel, eine weitere ist in Ostasien geplant. Das staatliche Agrarinstitut Empraba hat im April 2008 ein Büro in Ghana eröffnet. Und die Entwicklungsbank Banco Nacional de Desenvolvimento Econômico e Social (BNDES) finanziert die Internationalisierung von Unternehmen und Technologien, beispielsweise den Aufbau einer Ethanolproduktion in Ghana.“ (Câmara, Walter, 2009: 17).

4.7.4 Biokraftstoffe in der regionalen Außenpolitik

Brasilien gilt aufgrund seiner Größe, Bevölkerungszahl und Wirtschaftsleistung als Regionalmacht in Lateinamerika (Stolte, 2009: 158). Durch eine schrittweise Ausdehnung dieser Regionalmacht versucht die brasilianische Regierung ihr Entwicklungsmodell einer kapitalistischen, aber sozialen Wirtschaftsordnung in der Region zu verbreiten und damit zur Schaffung eines wohlhabenden und demokratischen Lateinamerikas beizutragen (Stolte, 2009: 159). Das langfristige Ziel der brasilianischen Außenpolitik ist laut Günter Maihold die politische Zusammenführung der Staaten der Region rund um Brasilien, um mit vereinter Stimme eine aktivere Rolle in der internationalen Politik spielen zu können (Maihold Günter, 2007, SWP-Aktuell, Nr. 40: 3). Durch den globalen Wettstreit um den Zugang zu den immer knapper werdenden fossilen Energieressourcen bekommt die Verfügbarkeit von Energiequellen zunehmend strategische Relevanz. Diese Entwicklung bewirkt laut Klaus Bodemer Verschiebungen innerhalb des

internationalen Machtgefüges zugunsten der energiereichen Staaten – und im Zuge dessen konnten in jüngster Zeit auch einige Entwicklungs- und Schwellenländer einen spürbaren Zugewinn an Macht erfahren und ihre regionale und internationale Stellung stärken (Bodemer, 2007: 171). Für Entwicklungsländer ohne eigene Öl- und Gasvorkommen ergibt sich aus dieser verschärften Energiesituation oft ein Teufelskreis aus Abhängigkeit von Öleinfuhren und den zu hohen Preisen wodurch sie dann noch stärker unter Devisenmangel leiden (Stolte, 2009: 155). Laut einem Diskussionspapier der Forschungsgruppe „Globale Fragen“ vom 19. Oktober 2005 wird vor allem die einsetzende Motorisierung in den Entwicklungs- und Schwellenländern den Bedarf an Erdöl noch weiter steigern (Stolte, 2009: 156). Und auch in dem Buch Postfossile Mobilität, das 2009 erschienen ist sprechen die Autoren davon, dass aufgrund der großen Nachfrage im Personen- wie im Güterverkehr, auf der Straße wie in der Luft, auf der See und der Schiene die klimarelevanten Emissionen im Verkehrssektor trotz aller Bemühungen und Effizienzsteigerungen bis jetzt in globaler Perspektive immer weiter zugenommen haben (Schindler, Held, Würdemann, 2009:39). Vor allem für China, Indien, Lateinamerika und andere asiatische Staaten gehen Analysten von einer rasch ansteigenden Nachfrage von zweirädrigen Kraftfahrzeugen aus. Zwischen 2000 und 2050 sollen die zweirädrigen Kraftfahrzeuge um mehr als acht Mal ansteigen (GTZ, 2007: 4). Diese Abhängigkeit vom Erdöl und den Preisanstiegen bei wichtigen Rohstoffen macht Entwicklungs- und Schwellenländer laut Bodemer wiederum besonders anfällig für Abhängigkeitsbeziehungen zu rohstoffreichen Nachbarstaaten, die wiederum ihren Ressourcenreichtum machtpolitisch einzusetzen wissen (Bodemer, 2007: 171).

Venezuela spielt in der brasilianischen Strategie eine wichtige Rolle. Durch die Zusammenarbeit könnte nicht nur der wirtschaftliche noch weitgehend unerschlossene Nordosten Brasiliens profitieren, sondern auch die Verhandlungsmacht des MERCOSUR¹⁵ gestärkt werden (Stolte, 2009: 160).

Venezuela ist jedoch selber ein energiepolitischer Player in Lateinamerika und setzt seine Energiereserven strategisch ein, um eigene politische Vorstellung in der Region zu verwirklichen (Stolte: 2009: 161). Im Gegensatz zu Brasilien strebt Hugo

¹⁵Abk. für Mercado Común del Cono Sur; gemeinsamer Markt im südlichen Lateinamerika.(aus: Gabler online Wirtschaftslexikon, <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/mercosur.html> [5.2.2010])

Chávez eine Wirtschaftsordnung in Lateinamerika an, in der die regionale Integration und wirtschaftliche Stärkung Lateinamerikas nicht durch eine Integration in einen durch Freihandel geprägten Weltmarkt geschehen soll, sondern durch einen solidarischen Tauschhandel zwischen den Ländern der Region (Stolte, 2009: 161). Zusammenfassend kann gesagt werden, dass das brasilianische Integrationsmodell für Südamerika einen Mittelweg zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie vorsieht, während das venezuelanische Integrationsmodell auf einer solidarisch-sozialistischen Idee basiert und somit zu einem Rivalen Brasiliens wird (Stolte, 2009: 161). Um die Staaten von seinem alternativen Integrationsmodell zu überzeugen, der sogenannte ALBA¹⁶ im Gegensatz zur „brasilianischen“ Idee des MERCOSUR, setzt Chávez die Energiereserven seines Landes ein, indem er Partnerländern Öllieferungen zu Vorzugspreisen anbietet, die bei Devisenmangel auch in Naturalien und Dienstleistungen bezahlt werden können (Stolte, 2009: 162). Da Brasilien bisher nicht über vergleichbar große fossile Energievorkommen verfügte, hatte Lula da Silva der „ressourcenbasierten Freundschaftswerbung“ Venezuelas bisher wenig entgegenzusetzen – seit kurzem jedoch hat das brasilianische Außenministerium Zuckerrohr – Ethanol als Instrument der Außenpolitik entdeckt und versucht damit dem venezolanischen Einfluss zu kontern (Stolte, 2009: 164). Brasiliens Energiemodell bietet nämlich eine Möglichkeit, die Abhängigkeit von Erdöl zu verringern und somit die Haushalte langfristig zu entlasten (Stolte, 2009: 164). Im März 2007 hat Brasilien ein „Memorandum of Understanding“ mit den USA unterschrieben, um eine stärkere Kooperation in der Etablierung von Agrokraftstoffen in der westlichen Hemisphäre und Entwicklungsländern voranzutreiben. Dabei soll es zu einer Kooperation zwischen Amerika und Brasilien kommen um „technical assistance“ bei der Ausweitung oder Einführung von Zuckerrohrplantagen und Mühlen zu gewährleisten. Zielländer dafür sind die Dominikanische Republik, El Salvador, Haiti, St. Kitts und Nevis. Laut offizieller Darstellung soll durch die Hilfe der USA und Brasiliens eine lokale Produktion und Verwendung für Agrokraftstoffe geschaffen werden, wodurch auch Arbeitsplätze entstehen könnten und die Abhängigkeit von Ölimporten minimiert werden könnte. Allerdings stellen Moreno und Mittal fest, dass es durch die Einführung von Zuckerrohrplantagen nicht nur bei

16 The Bolivarian Alternative for the Americas (ALBA in Spanish) is a project to counteract the US-backed Free Trade Area of the Americas (aus: bilateral.org, http://www.bilaterals.org/rubrique.php3?id_rubrique=153&lang=en [5.2.2010])

einem regionalen Markt bleiben wird, sondern auch Exportabsichten dahinter stehen (Moreno, Mittal, 2008: 14). Zusammenfassend stellen sie fest:

„While catering to the energy security strategy of the United States, it is an opportunity for the Brazilian agroindustrial conglomerates to export sugarcane ethanol and sell technology through this new fuel corridor“ (Moreno, Mittal, 2008: 16).

Somit kann Brasilien seine Position als Regionalmacht stärken in dem es auch kooperativ agiert und sein technologisches Know - How kostenlos an Partnerländer weitergibt. Lula da Silva bewirbt das Biokraftstoffprogramm aber nicht nur als alternatives Energiemodell, sondern auch als Möglichkeit, neue Arbeitsplätze in der Landwirtschaft zu schaffen und Investitionen in die lange vernachlässigten ländlichen Räume zu bringen (Stolte, 2009: 165). Ende 2004 hat die brasilianische Regierung auch ein Biodieselprogramm beschlossen. Durch die Biodieselproduktion sollen die Importausgaben für Dieselkraftstoff reduziert werden (Giersdorf, 2009: 232) und eine stärkere Integration der bäuerlichen Bevölkerung in die Wertschöpfungskette bei der Produktion von Agrokraftstoffen gewährleistet werden (Giersdorf, 2009: 232).

4.7.5 Gesellschaftliche Bedingungen für den derzeitigen Zuckerrohranbau in Brasilien

In einem größeren Kontext, der über die ökonomischen Vorteile der Agrokraftstoffproduktion hinaus reicht, kann Brasilien als illustratorisches Beispiel dienen, welche Probleme in sozialer und ökologischer Hinsicht durch den exzessiven Agrokraftstoffanbau entstehen. Vorteile des billig erzeugten Ethanol aus Brasilien liegen einerseits in den optimalen Wachstumsbedingungen der Zuckerrohrpflanzen in Teilen Brasiliens, andererseits aber auch an den niedrigen Lohnkosten und geringen Bodenpreisen (Giersdorf, 2009: 222). Die Löhne liegen laut Jens Giersdorf in der brasilianischen Zucker- und Alkoholproduktion deutlich unter jenen in der US-amerikanischen Zuckerproduktion, können jedoch im brasilianischen Vergleich als überdurchschnittlich hoch bezeichnet werden. Im Jahr 2003 verdiente ein Beschäftigter in der brasilianischen Zuckerrohrernte um etwa das doppelte als des damals gesetzlich geltenden Mindestlohns. Jedoch hat sich in den letzten 20 Jahren die durchschnittliche Erntemenge eines Arbeiters von 4-6 auf 8-12 t Zuckerrohr pro Tag verdoppelt, wodurch die Entwicklung der Reallöhne möglicherweise sogar

negativ ausfallen im Vergleich (Giersdorf, 2009: 222). Zudem gibt Giersdorf zu bedenken, dass die Steigerung der Arbeitsproduktivität zu Lasten der Gesundheit der ErntearbeiterInnen geht, die oft unter Krämpfen, Gelenk- und Rückenschmerzen leiden und diese anstrengende Tätigkeit selten über mehrere Jahre ausüben können (Giersdorf, 2009: 223). Ein typischer ArbeiterIn auf einer Zuckerrohrplantage in Brasilien ist einE MigrantIn aus einer ärmeren Gegend aus den nordöstlichen Bundesstaaten. Zumeist kommen sie um für 6-8 Monate als ZuckerrohrabschneiderInnen zu arbeiten. Diese MigrantInnen werden zumeist unter falschen Versprechungen, wie einer guten Entlohnung und guten Lebensbedingungen, angeworben (Martinelli, Filoso, 2008: 894). Die Ausbeutung der ArbeiterInnen auf den Zuckerrohrplantagen geht oft so weit, dass das brasilianische Arbeitsministerium von häufig vorkommender Sklavenarbeit auf den Zuckerrohrplantagen spricht (Fraco et al., 2010: 682). Diese Tendenz wird auch im Amnesty International Bericht „The State of the World’s Human Rights“ aufgezeigt. 2008 wurde für Brasilien festgestellt, dass das brasilianische Arbeitsministerium im Jahr 2007 im Bundesstaat Sao Paulo 288 Personen von Zuckerrohrplantagen gerettet hat, die dort Zwangsarbeit verrichten mussten. Weiters wurden 2007 im Bundesstaat Mato Grosso do Sul 409 ArbeiterInnen von der Zwangsarbeit in einer Ethanolfabrik gerettet. Weitere 1000 Personen wurden 2007 im Bundesstaat Para State von der brasilianischen Regierung von Zuckerrohrplantagen gerettet, die dort unter sklavenähnlichen Bedingungen arbeiten mussten (Amnesty International, 2008).

Die ArbeiterInnen auf Agrokraftstoffpflanzenplantagen konkurrieren auch immer häufiger mit Erntemaschinen, deren Einsatz auch auf ein allmähliches Verbot der Praxis des Abbrennens der Felder vor der Zuckerrohernte zurückzuführen ist, bei der jährlich große Mengen an CO₂ und Rußpartikel freigesetzt werden. Durch die Mechanisierung der Zuckerrohernte wird sich die Zahl der ErntearbeiterInnen pro Fläche um 70-80% reduzieren, daher bekämpfen viele Gewerkschaften die steigenden Umweltauflagen und die zunehmende Mechanisierung der Ernte (Giersdorf, 2009: 223).

Dort, wo das Abbrennen der abgeernteten Zuckerrohrplantagen noch betrieben wird, ist eine weitere Bedrohung für die ArbeiterInnen und Menschen die in der

unmittelbaren Nähe davon leben, auszumachen. Vor allem Atemkrankheiten sind bei betroffenen Personen stärker auszumachen (Martinelli, Filoso, 2008: 892).

Aufgrund ihres unebenen Geländes sind nicht alle traditionell mit Zuckerrohr bepflanzten Flächen für den Einsatz von Maschinen geeignet und daher ist mit einer teilweisen Verlagerung und/ oder Expansion des Zuckerrohranbaus in die ebenen Regionen des brasilianischen Mittelwestens und einer Aufwertung der Bodenpreise in den entsprechenden Regionen zu rechnen (Giersdorf, 2009: 223).

Um den Ausbau von Zuckerrohrflächen zu beschleunigen, kommt es in Brasilien auch vor, dass die exportorientierten Großbetriebe KleinbäuerInnen und indigene Gruppen vertreiben. Nicht selten dienen ihnen als Mittel dazu Terror und Mord. Diese traurige Tatsache wird unter anderem auch von der brasilianischen Landpastorale (CPT) bestätigt. So sollen dadurch in den letzten 15 Jahren mehrere 1000 Familien von ihrem Land vertrieben worden sein und haben dadurch ihre Existenzgrundlage verloren. Die Folgen davon sind bekannt: Landflucht und Migration in die Armenviertel der Städte (Ansel, 2009: 257).

Die derzeit niedrigen Bodenpreise in den westlichen, möglichen Expansionsregionen für den Zuckerrohranbau bergen laut Giersdorf zudem die Gefahr, dass durch eine Verlagerung und Expansion des Zuckerrohranbaus Umwandlungen von Natur- in Landwirtschaftsflächen in wertvollen Ökosystemen wie dem Cerrado im mittleren Westen oder dem Pantanal an den Grenzen zu Bolivien und Paraguay zunehmen könnten (Giersdorf, 2009: 224). Außerdem wird der Anbau von Zuckerrohr im mittleren Westen Brasiliens mit der extensiven Viehzucht und dem Sojaanbau um Flächen konkurrieren. Diese beiden landwirtschaftlichen Aktivitäten spielen derzeit schon eine große Rolle bei der Abholzung im Amazonasgebiet. Durch den Druck und die Brachknappheit durch die extensivierte Zuckerrohrproduktion wird sich damit zumindest indirekt der Druck auf die Primärvegetation im Amazonasregenwald erhöhen (Giersdorf, 2009: 224).

Katrin Ansel führt in ihrem Artikel aus, dass so genanntes Ödland, oft von staatlicher Seite, schnell für den Biokraftstoffpflanzenanbau vergeben wird. Dies ist neben der Zerstörung der Primärgütervegetation auch deshalb problematisch, da gerade diese Ländereien insbesondere für arme Bevölkerungsgruppen und Hirten überlebensnotwendig sein können. Ödlandflächen werden traditioneller Weise als

Weideflächen genutzt und sind oft im Gemeinschaftseigentum, wobei oftmals kein Eigentumstitel existiert. Die Privatisierung solcher Flächen kommt einer Enteignung der traditionellen Nutzergruppen gleich (Ansel, 2009: 256). Auch Franco spricht in ihrem Artikel im Zusammenhang mit Agrokraftstoffen von Land Grabbing großer Konzerne, die durch den Ankauf großer Flächen die ursprünglichen NutzerInnen vertreiben (Franco et al., 2010: 682).

Zuckerrohranbau für die Ethanolproduktion ist nur auf riesigen Monokulturen rentabel. Kleinbäuerliche Strukturen, welche eine Partizipation wenigstens potentiell ermöglichen würden, sind mit der Branche daher nicht vereinbar. Zuckerrohr wird nämlich schon traditionell immer in 5000 bis 6000 ha großen Betrieben produziert, denen direkt eine Fabrik angegliedert ist. Dies ergibt sich aus der Tatsache, dass Zuckerrohr innerhalb von 12 Tagen nach der Ernte verarbeitet werden muss, da sonst sein Zuckergehalt schnell sinkt (Ansel, 2009: 255).

Und zuletzt ist festzustellen, dass die Exportpolitik weiterhin Potentiale zur Entwicklung des Binnenmarkts blockiert. Gerade im landwirtschaftlichen Bereich hat diese dazu beigetragen, eine Agrarreform zu verhindern, die weiterhin durch die starken sozialen Bewegungen Brasiliens, insbesondere der Landlosenbewegung MST (Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra) gefordert wird (Ansel, 2009: 255). Die Landlosenbewegung hat ihren Ursprung in der ungleichen Landverteilung, die ein Erbe der Kolonialzeit und zugleich ein zentrales Element der heutigen sozialen Ungleichheit Brasiliens ist. 1,7 Prozent der Landeigentümer besitzen heute ungefähr die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Brasilien. Hingegen besitzen 85,2 Prozent der Landeigentümer nur über rund 20 Prozent der nutzbaren Fläche. Die seit Jahrhunderten höchst ungleichen Verteilungsverhältnisse (Fontura, Hofmeister, 2009: 247) finden auch in der derzeitigen Agrokraftstoffproduktion ihren Ausdruck.

4.7.6 Das Biodieselprogramm als Lösung für die gesellschaftlichen Probleme beim Zuckerrohranbau?

Wie oben schon erwähnt, gibt es seit 2004 auch ein Biodieselprogramm in Brasilien. Dieser potentielle Biodieselmärkte von geschätzten 800 Mio. l/Jahr soll eben dieser Zentralisierungsproblematik bei Zuckerrohr entgegenwirken und nicht nur großen Produzenten überlassen werden, sondern soll auch KleinbäuerInnen in strukturschwachen Regionen Brasiliens durch den Anbau von Ölpflanzen in die Wertschöpfungskette miteinbeziehen (Giersdorf, 2009: 232). Dafür vergibt das brasilianische Landwirtschaftsministerium für ländliche Entwicklung an Biodieselunternehmen, die bestimmte Anteile ihrer Rohstoffe von KleinbäuerInnen beziehen, ein Sozialsiegel. Die Unternehmen müssen sich dafür verpflichten, mit den KleinbäuerInnen Verträge über Mindestabnahmemengen und –preise ihrer Rohstoffe zu schließen und ihnen agrartechnische Beratung zukommen zu lassen. Im Gegenzug erhalten die Biodieselunternehmen dafür nach Region und Rohstoff variierend Steuererleichterungen (Giersdorf, 2009: 233). Diese differenzierte Besteuerung soll verhindern, dass die Biodieselproduktion und der Anbau der Rohstoffe sich auf einige wenige Großbetriebe begrenzt, so Jens Giersdorf. In dieser Regelung spiegelt sich somit die historische Erfahrung des Alkoholprogramms, das einer Konzentration der Zucker- und Ethanolproduktion in großen Fabriken den Vorschub leistet (Giersdorf, 2009: 233). Der traditionell geringe Organisationsgrad der KleinbäuerInnen in Kooperativen und technische Herausforderungen bei der Verarbeitung des Pflanzenöls zu qualitativ hochwertigem Biodiesel erschweren laut Jens Giersdorf eine stärkere Beteiligung der KleinbäuerInnen an der Wertschöpfungskette. Die schnelle Einführung des Biodiesels in die Brasilianische Energiematrix führte dazu, dass die meisten Unternehmen auf bewährte Rohstoffe, vor allem Sojabohnen setzten und dadurch wenig Varietät in der Pflanzung von Energiepflanzen entstehen konnten (Giersdorf, 2009: 235). Da die BiodieselproduzentInnen vor Inkrafttreten der verpflichtenden Beimischung vom 1. Jänner 2008 mangelnde Absatzchancen befürchteten, waren 2006 und 2007 mehrere Biodieselauktionen durchgeführt worden, in denen das staatliche Mineralölunternehmen Petrobras zu einem von der Regierungsbehörde festgesetzten Höchstpreis Biodiesel von den Herstellern mit Sozialsiegel aufgekauft hatte (Giersdorf, 2009: 235).

Im Laufe des Jahres 2007 verdoppelte sich der Weltmarktpreis für verschiedene Pflanzenöle und viele Unternehmen mussten bei der Lieferung des Biodiesels an Petrobras zu den festgesetzten Preisen erhebliche Verluste in Kauf nehmen (Giersdorf, 2009: 236). Wegen Befürchtungen von Seiten der Regierung, dass die Biodieselunternehmen nach Auslaufen der Lieferverträge ab Jänner 2008 die Biodieselproduktion zugunsten verstärkter Exporte der Pflanzenöle zurückfahren und so die Versorgung mit Biodiesel zu gefährden, wurde Ende 2007 eine Biodieselauktion mit Liefertermin innerhalb des ersten Halbjahres 2008 realisiert. Durch diese Ertragsteigerung drängten die BiodieselproduzentInnen auf weitere Auktionen – die ursprünglich nur für die Zeit vor dem Beimischungszwang vorgesehen waren – und eine schnelle Erhöhung der Beimischungsquote von 5%. Und da die brasilianische Regierung das Biodieselprogramm nicht nur als Energieprogramm sondern auch als Sozialprogramm bewirbt, stellt eine solche Forderung auch einen Appell an die Glaubwürdigkeit der Regierung dar und könnte laut der Einschätzung von Jens Giersdorf durchaus Erfolg haben (Giersdorf, 2009: 237).

Laut Katrin Ansel betrachten viele lokale, brasilianische NGOs das Biodieselprogramm skeptisch, da KleinproduzentInnen über zu wenig Kapital verfügen, um ihre Rohstoffe selbst weiter zu verarbeiten. Daher besteht ihrer Meinung nach die Gefahr, dass sie in Abhängigkeit von den verarbeitenden Großunternehmen kommen, die ihnen sehr niedrige Preise bieten. Auch Ansel ist der Meinung, dass die weitere Entwicklung des Biodieselprogramms abzuwarten bleibt und eine abschließende Bewertung dieses Prozesses bis jetzt noch nicht möglich ist (Ansel, 2009: 254).

Und Andreas Hetzer gibt zu bedenken, dass es fragwürdig ist, inwieweit der extensive Bedarf an Rohstoffen für Biodiesel allein durch kleinbäuerliche Produktionsketten gedeckt werden könnte. Denn, so schlussfolgert er, die angeheizte Nachfrage durch die Industrieländer nach Biodiesel bedinge eben auch die industrialisierte und chemisierte Agrarwirtschaft von GroßproduzentInnen (Hetzer, 2008: 120, vgl. auch Franco et al. 2010: 682f.).

4.8 Zusammenfassung Agrokraftstoffe und Brasilien

In Brasilien wird schon seit 1975 Ethanol aus Zuckerrohr hergestellt. Ziel der damaligen Militärregierung war die Abhängigkeit von Energieeinfuhren zu verringern und den „Zuckerbaronen“ von reichen LandbesitzerInnenfamilien Investitionsmöglichkeiten zu bieten, da zu der Zeit der Zuckerpreis am Weltmarkt sehr niedrig war (Moreno, Mittal, 2008:12). Im Zuge der allgemeinen wirtschaftlichen Liberalisierung Brasiliens seit Beginn der 1990er Jahre wurden neben den Kraftstoffpreisen auch die Zuckerpreise liberalisiert. Aufgrund der niedrigen Rohölpreise sank die Nachfrage nach Ethanol. Erst durch die Produktion von Autos mit Flex-Fuel-Technologie erlebt die Produktion und Nachfrage nach Ethanol bis heute wieder mehr Bedeutung (Giersdorf, 2009: 217).

In globaler Perspektive liegen die Produktionskosten für Ethanol in Brasilien deutlich unter den Produktionskosten der USA und EU. Einerseits wegen den idealen Wachstumsbedingungen für Zuckerrohr, andererseits aber auch wegen niedriger Lohnkosten, teilweise sehr schlechten Arbeitsbedingungen bis hin zu Zwangsarbeit und geringen Bodenpreisen (Giersdorf, 2009: 222).

Durch gesetzlich festgelegte Beimischungsquoten in den USA und auch Staaten der Europäischen Union ist das Exportgeschäft mit Ethanol ein boomender Markt, wenn auch die eigentliche angestrebte „Ethanolrente“ bislang nur ein Ziel ist, da die Einfuhrzölle für Ethanol in den meisten Staaten sehr hoch sind (Moreno, Mittal, 2008: 5). Agrokraftstoffe sind für Brasilien aber auch ein Mittel, um bei der globalen Außenpolitik zu einem „global player“ aufzusteigen und sich als ein Mittler zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern zu profilieren. Das Ziel Brasiliens ist es, seine Agrokraftstofftechnologie mit finanzieller Unterstützung von Industrieländern an Entwicklungsländer weiterzugeben, damit diese durch den Export von Agrokraftstoffen zu neuen Deviseneinnahmen gelangen (Stolte, 2009: 179 f.). Auch in der regionalen lateinamerikanischen Außenpolitik erkennt Brasilien in der Einbeziehung von anderen, lateinamerikanischen Staaten in Produktion und Handel von Ethanol eine Möglichkeit, seine Einflussmacht am Kontinent auszubauen. Venezuela wird dabei zu einem Gegenspieler Brasiliens, denn als ein großer Erdölproduzent möchte es durch seine wichtige Stellung eigene, politische Vorstellungen in der Region verwirklichen (Stolte, 2009: 161).

Seit 2004 gibt es in Brasilien auch ein Biodieselprogramm. In diesem Programm werden erstmals kleinbäuerliche Familien miteinbezogen, die durch die Produktion von Ölpflanzen und den fixen Abnahmepreisen von verarbeitenden Firmen eine neue, ökonomische Perspektive erhalten sollen (Giersdorf, 2009: 232). Laut Katrin Ansel gilt es abzuwarten, ob es durch dieses Programm zu einer tatsächlichen Verbesserung der Lebensbedingungen für kleinbäuerliche Landwirtschaften gekommen ist oder wieder neue Abhängigkeiten geschaffen wurden (Ansel, 2009: 254).

Zusammenfassend ist für die Frage, was Agrokraftstoffe für Brasilien bedeuten, festzustellen, dass es durch die global steigende Agrokraftstoffnachfrage für exportorientierte Industriezweige zu Wachstumsmärkten gekommen ist. Die brasilianische Regierung unterstützt diesen Trend und versucht, weiteren Staaten die exportorientierte Agrokraftstoffproduktion, durch Unterstützung von brasilianischem, technischem Know-How zu ermöglichen. Am Beispiel Brasiliens konnte jedoch auch gezeigt werden, dass die Bedingungen für die Agrokraftstoffproduktion sehr stark auf einige Industriezweige beschränkt ist und nur ein relativ neues Programm versucht, auch kleinbäuerlichen Familien im Agrokraftstoffsektor Raum zu bieten, um eine Lebensgrundlage erwirtschaften zu können. Hauptsächlich basiert die Agrokraftstoffindustrie jedoch auf industriell geführten Plantagen und es kommt auch zur Verdrängung von anderen, nicht so rentablen Landnutzungsmöglichkeiten. Die derzeitige Agrokraftstoffproduktion in Brasilien ist stark an dem derzeit vorherrschenden Dispositiv des Wohlstands durch Handel orientiert.

5 Darlegung der gesellschaftlichen Normen die zum derzeitigen Umgang mit Agrokraftstoffen in der Europäischen Union geführt haben aus Perspektive der ökologischen Beschränkung

5.1 Charakteristika der fordistischen Entwicklungsweise werden im Postfordismus weitergeführt

Im Rahmen dieser Arbeit konnte festgestellt werden, dass viele Charakteristika der fordistischen Entwicklungsweise im Postfordismus fortgesetzt werden. Dadurch wird der Prozess der Internationalisierung ökonomischer Räume in Form der Globalisierung immer noch ausgeweitet (Raza, 2003: 170). Für den Umgang mit Agrokraftstoffen im Postfordismus ist festzustellen, dass er, so wie in vorherigen Regulationsweisen, in Zusammenhang steht mit dominanten Politikausrichtungen und Interessen (Brand, 2009: 106). Dazu gehören mehrere Punkte, die im folgenden dargestellt werden.

5.1.1 Naturverwertung im Kapitalismus

In kapitalistisch geprägten Gesellschaften findet Natur in Form von natürlichen Ressourcen, als Input in den Produktionsprozess, Eingang in das kapitalistische Wirtschaftssystem (Raza, 1998: 55). Laut Werner Raza ist in kapitalistischen Gesellschaften das wichtigste Ziel, die produktive Nutzung aller natürlichen Ressourcen durch deren Kommodifizierung und Verwertung (Raza, 2003: 164). Für die derzeitige Verwendung von Agrokraftstoffen im EU-Raum lässt sich schlussfolgern, dass die produktive Nutzung, von zuvor ungenutzter, oder nicht so produktiv genutzter Natur ein wichtiges Ziel für die Politikgestaltung darstellt. So wird in der Begründung für die derzeitig bestehende Richtlinie für erneuerbare Energie, die den Umgang mit Agrokraftstoffen regelt, festgestellt, dass die Förderung von erneuerbarer Energie positive Auswirkungen auf regionale und lokale Entwicklungsmöglichkeiten, Exportchancen, sozialen Zusammenhalt und Beschäftigungsmöglichkeiten, besonders für KMU und unabhängige Energieproduzenten hat (EU, 2008, Grund 4).

5.1.2 Agrokraftstoffe sind ein neuer Verwertungszweig für das Kapital

Wie im Zusammenhang mit Rosa Luxemburg im Theorieteil erörtert wurde, hängt die Reproduktionsfähigkeit des Kapitals immer auch mit der Inwertsetzung beziehungsweise Verwertung von nichtkapitalistischen Sektoren zusammen. Ihrer Meinung nach ist der Akkumulationsprozess des Kapitals durch alle seine Wertbeziehungen und Sachbeziehungen zu konstantem Kapital, variablem Kapital und Mehrwert an nichtkapitalistische Produktionsformen gebunden (Luxemburg, 2006). Die Widersprüchlichkeit dieses expansiven Prozesses, liegt laut Luxemburg darin, dass die Konkurrenz um ungenutzte Natur immer mehr zunehmen wird (Luxemburg, 2006). Raza schreibt dazu, dass ökologische Schranken immer auch kontextuell zu verstehen sind und einer spezifischen, sozialen Formation, mit einem bestimmten kulturell geprägten Naturbild und technologischen Entwicklungsstand eigen sind. Diese relativen Schranken sind aber nicht nur begrenzend zu verstehen, sondern ermöglichen zugleich in einem widersprüchlichen Prozess ihre Überwindung in Form der Herausbildung neuer Umgangsformen mit der Natur, welche die alten Schranken aufhebt, gleichzeitig aber wieder neue Schranken schafft (Benton, 1989: 79, in Raza, 2003: 164).

Agrokraftstoffe stellen eine neue Form der Naturverwertung dar. Dadurch werden neue Verwertungsmöglichkeiten für das Kapital in Form eines neuen Industriezweigs geschaffen. Diese Vermutung deckt sich auch mit der Wahrnehmung der Unternehmensinteressen. Bei der Darstellung von grundsätzlichen Interessen der Unternehmen an Agrokraftstoffen ließ sich darstellen, dass alle drei angeführten Gruppen (Hardliner, Gemäßigte und Fortschrittliche) sich am Ziel der Profitmaximierung ausrichten und somit den Gesetzen der Marktwirtschaft folgen und daher nach Investitionsmöglichkeiten suchen, die sich aus der Klimapolitik ergeben. Es werden jedoch, sofern dies den spezifischen Unternehmensstrategien entspricht, durchaus auch ordnungspolitische Maßnahmen eingefordert oder Maßnahmen ergriffen, die Unternehmen in ein positives ökologisches Licht rücken können (Walk, Brunngräber, 2000: 63). Daraus lässt sich vermuten, dass Unternehmen Investitionsmöglichkeiten im Rahmen des Klimaschutzes bevorzugen, die sich positiv auf ihr Geschäftsfeld auswirken und wenig grundlegende Umstrukturierungsmaßnahmen bedingen, wie dies bei Agrokraftstoffen der Fall ist.

5.1.3 Einbeziehung der Entwicklungsländer in EU Handel

Eng mit der beständigen Suche nach neuen Verwertungsmöglichkeiten für das Kapital ist auch die Einbeziehung von Entwicklungsländern in den EU-Handel zu sehen.

In der EU Richtlinie für Agrokraftstoffe wird die Einbeziehung von Entwicklungsländern als Tatsache angenommen. Das Beispiel Brasilien in dieser Arbeit hat vor Augen geführt, dass auch in aufstrebenden Ökonomien und Entwicklungsländern dieses Denken (Wohlstand durch globalen Handel) bei den Regierenden und Einflusstragenden vorrangig ist.

Agrokraftstoffe sind für Brasilien ein Mittel, um in der globalen Außenpolitik zu einem „global player“ aufsteigen zu können und sich als ein Mittler zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern zu profilieren. Ein wichtiges Ziel Brasiliens ist es, seine Agrokraftstofftechnologie mit der finanziellen Unterstützung von Industrieländern an Entwicklungsländer weiterzugeben, damit diese durch den Export von Agrokraftstoffen zu neuen Deviseneinnahmen gelangen (Stolte, 2009: 179 f.). Auch in der regionalen lateinamerikanischen Außenpolitik erkennt Brasilien in der Einbeziehung von anderen, lateinamerikanischen Staaten in die Produktion und den Handel von Ethanol eine Möglichkeit, seine Einflussmacht am Kontinent auszubauen. Venezuela wird dabei als großer Erdölproduzent und Energielieferant zu einem Gegenspieler Brasiliens, und möchte durch seine wichtige Stellung eigene, politische Vorstellungen in der Region verwirklichen (Stolte, 2009: 161).

Zusammenfassend ist für die Frage, was Agrokraftstoffe für Brasilien bedeuten festzustellen, dass es für exportorientierte Industriezweige, durch die global steigende Agrokraftstoffnachfrage, zu Wachstumsmärkten gekommen ist. Die brasilianische Regierung unterstützt diesen Trend und versucht, weitere Staaten in die exportorientierte Agrokraftstoffproduktion durch Unterstützung von brasilianischem, technischem Know-How, einzubinden. Am Beispiel Brasiliens konnte jedoch auch gezeigt werden, dass die Agrokraftstoffproduktion sehr stark auf einige Industriezweige beschränkt ist. Nur ein relativ neues Programm versucht auch kleinbäuerlichen Familien im Agrokraftstoffsektor Raum zu bieten, um eine Lebensgrundlage erwirtschaften zu können. Hauptsächlich basiert die

Agrokraftstoffindustrie jedoch auf industriell geführten Plantagen und es kommt auch zur Verdrängung von anderen, nicht so ökonomisch rentablen Landnutzungsmöglichkeiten. Die derzeitige Agrokraftstoffproduktion in Brasilien ist stark an dem derzeit vorherrschenden Dispositiv „Wohlstand durch Handel“ orientiert. Abschließend gilt es festzustellen, dass in globaler Perspektive die Produktionskosten für Ethanol in Brasilien deutlich unter den Produktionskosten der USA und EU liegen. Einerseits wegen den idealen Wachstumsbedingungen für Zuckerrohr, andererseits aber auch wegen niedriger Lohnkosten, teilweise sehr schlechten Arbeitsbedingungen bis hin zu Zwangsarbeit und geringen Bodenpreisen (Giersdorf, 2009: 222).

5.1.4 Agrokraftstoffe als Substitut für fossile Energie

Die Fortführung der fordistischen Produktionsweisen bedingt auch die weiterhin bestehende Abhängigkeit von fossiler Energie in den Produktions- und Konsumationsprozess, die damit zusammenhängende Verkehrsproblematik sowie die daraus resultierende Luftverschmutzung und den Klimawandel. Auch an der industriellen, landwirtschaftlichen Produktion hat sich nichts Wesentliches geändert. Vielmehr ist durch die Ausdehnung der fordistischen Entwicklungsweise und die damit einhergehende Durchkapitalisierung der Landwirtschaft in der Peripherie und den Transformationsländern dieses Modell während der letzten 40 Jahre eingeführt worden (Raza, 2003: 170).

Agrokraftstoffe können sehr leicht in das fossile Energienetz integriert werden, da sie von der Art her sehr ähnlich sind. Dies bringt viele Vorteile für das kapitalistische System mit sich. Denn die meisten erneuerbaren Energieträger sind nicht so leicht in das fossilistische Energienetz einsetzbar wie Agrokraftstoffe. Laut Altvater müssen, die meisten erneuerbaren Energiequellen anders verwendet werden, nämlich regionalisiert und dezentralisiert, um keinen zu hohen Energieverlust zu haben (Altvater, 2005: 87). Es lässt sich daher schlussfolgern, dass Agrokraftstoffe für die fordistische Produktionsweise ein sehr geeignetes Substitut für fossile Energie darstellen.

5.1.5 Staatsförmigkeit sozialer Beziehungen

Die RegulationstheoretikerInnen gehen davon aus, dass der Staatsapparat im materiellen Sinn „vom guten Gang der Geschäfte“ abhängig ist. Daher besteht laut dieser Theorie eine strukturelle Abhängigkeit des Staates vom Akkumulationsprozess in ihm. Und mit dieser strukturellen Abhängigkeit wird laut Joachim Becker gleichzeitig eine soziale Machtungleichheit zugunsten des Kapitals geschaffen (Becker, 2002: 274).

Die Politikgestaltung wurde und wird auch im Postfordismus im Interesse der Besitzenden von Kapital und zu Gunsten der globalen Mittelklasse, die neben der Mittelklasse der Industriestaaten, auch aus der Mittelklasse aus Ländern des globalen Südens besteht, gemacht (Brand et al., 2009: 106).

Diese strukturelle Abhängigkeit des Staates vom guten Gang der Wirtschaft konnte in der vorliegenden Analyse in Bezug auf Agrokraftstoffe auf mehreren Ebenen dargestellt werden.

In dem Kapitel ließ sich darstellen, dass Lobbying zu einer der wichtigsten Aktionsformen in der internationalen Politik gehört (Walk, Brunngräber, 2000: 167) und laut den Einschätzungen von Quittkat und Strickner auch zu einer sehr wichtigen Aktionsform in der Politikgestaltung der EU. Die beiden kritisieren vor allem auch die Tatsache, dass Lobbying in der EU sehr stark von ökonomischen Möglichkeiten und finanzieller Ausstattung abhängt (Quittkatt, 2005: 383, Interview, Strickner).

Die Stellungnahmen der analysierten Unternehmen in dieser Arbeit zeigten eine große Zustimmung für die anvisierte und später auch umgesetzte Gesetzgebung für Agrokraftstoffe.

Im Gegensatz dazu ist festzustellen, dass keine einzige in dieser Arbeit analysierte NGO mit der derzeitigen Gesetzgebung zu Agrokraftstoffen zufrieden ist. Wie weitreichend die Kritik ist, ist jedoch unterschiedlich. Am nächsten zur EU Position ist bei den analysierten NGOs der WWF, die anderen NGOs rücken alle weiter von der EU Position ab und üben neben technischer Kritik auch grundsätzliche System-Kritik an der derzeitigen Verwendung von Agrokraftstoffen.

Diese relativ große Zustimmung der Unternehmen zur EU-Agrokraftstoffgesetzgebung im Vergleich zu den NGOs lässt darauf schließen, dass die EU den Forderungen von Unternehmen zum Umgang mit der ökologischen

Beschränkung mehr entgegengekommen ist als den NGOs. Weiters gilt es anzunehmen, dass der gute Gang der Wirtschaft und dadurch die Interessen von Unternehmen und Konzernen in der EU vor den Umweltschutz gestellt werden wie auch im Interview mit einer VertreterIn der EU-Kommission dargelegt wurde (Interview EU-Kommission).

Weiters wurde die besondere Stellung der Unternehmen auch in der Richtlinie, nämlich in der Tatsache der Wahrung vertraulicher Informationen, bei der Überprüfung von Treibhausgaseinsparungen durch Agrokraftstoffe festgestellt. Auf Grund der „Wahrung der Vertraulichkeit wirtschaftlich sensibler Informationen,“ (EU, 2009, Artikel 18.3) kann die Öffentlichkeit nur in eine zusammengefasste Stellungnahme von der Kommission einsehen. Die Berechnung von Treibhausgaseinsparungen durch Agrokraftstoffe wird in dieser Richtlinie mit Standardwerten festgesetzt (EU, 2009, Artikel 19.3). Im Bericht „Biofuels – Handle with Care“ steht dazu, dass fast alle derzeit am Markt erhältlichen Agrokraftstoffe diesen festgelegten Standardwerten entsprechen (O.A., 2009: 26).

Es ist zu erwarten, dass Unternehmen durch diese Bestimmung viel Spielraum gelassen wird und sie vor etwaigen zivilgesellschaftlichen Kontrollen und dem dadurch entstehenden Druck geschützt werden. Wettbewerb wird hier also vor Sozial- und Umweltstandards gestellt.

Auch die weiter oben schon genannten Punkte, die die Vorteile von Agrokraftstoffen für das derzeitige Wirtschaftssystem aufgezeigt haben, können in diesem Punkt mitgedacht werden.

5.1.6 Agrokraftstoffe als strategisches Element für die Handelspolitik

Laut Werner Raza ist Liberalisierung das größte Ziel der europäischen Integration seit Mitte der 1980er Jahre, sowohl im binnenstaatlichen Raum als auch in der Außenpolitik (Raza, 2007:9).

Raza schlussfolgert daraus, dass in der EU einerseits exportseitig kommerziellen Interessen nachgegeben wird, andererseits aber importseitig eine Öffnung unter Bezugnahme auf politisch-normative Argumente verhindert wird. Und er stellt fest, dass, so berechtigt diese Argumente auch sind, durch die selektive Form ihrer Anwendung die EU nicht nur an Glaubwürdigkeit gegenüber ihren Handelspartnern,

vor allem den Entwicklungsländern verliert, sondern auch einer faireren Ausgestaltung der internationalen Handelsbeziehungen unter Einbeziehung von sozialen und ökologischen Mindeststandards insgesamt entgegenwirkt. Diese von der EU geforderten Standards kommen damit nämlich stets in den Verdacht, versteckten protektionistischen Motiven zu dienen. Und Raza stellt fest, dass genau dies mit den bisherigen, ohnedies meist halbherzig unternommenen Vorstößen der EU in Richtung Verankerung von Umwelt- und Sozialstandards im WTO-Regelwerk geschehen ist und daher von den Entwicklungsländern mit dem genannten Argument des versteckten Protektionismus strikt abgelehnt wurde (Raza,2007:14).

Diese Feststellung konnte auch im Beispiel Brasilien dargestellt werden. Laut Christine Stolte hofft Brasilien, dass das Thema Agrokraftstoffe als Vehikel für einen positiven Ausgang der WTO Verhandlungen dient, in dem Brasilien von Industriestaaten schon seit Jahren den Abbau von Agrarsubventionen fordert. Brasilien argumentiert, dass es viel sinnvoller und günstiger sei, Biokraftstoffe aus denjenigen Ländern zu importieren, die aufgrund ihrer klimatischen Verhältnisse bessere Voraussetzungen für den Anbau der Energiepflanzen haben, statt mit Hilfe teurer Subventionen eigene Biokraftstoffprogramme zu betreiben und dies mit hohen Einfuhrzöllen zu schützen (Stolte, 2009: 175, Moreno, Mittal, 2008: 19).

Derzeit ist durch gesetzlich festgelegte Beimischungsquoten in den USA und auch Staaten der Europäischen Union das Exportgeschäft mit Ethanol ein boomender Markt, wenn auch die eigentliche angestrebte „Ethanolrente“ bislang nur ein angestrebtes Ziel ist, da die Einfuhrzölle für Ethanol in den meisten Staaten sehr hoch sind (Moreno, Mittal, 2008: 5).

5.2 Postfordistische Elemente der Agrokraftstoffnutzung

5.2.1 Agrokraftstoffe für Biotechnologieindustrie

Eine neuartige Facette des postfordistischen Naturverhältnisses ist das Aufkommen und die zunehmende kommerzielle Verwertung der Biotechnologie. Ein wissenschaftlich-industrieller Komplex, die sogenannte Life Science-Industrie, will nun mit diesen potentiellen Anwendungen neuen Profit und hohes Wachstum schöpfen. Problematisch ist in diesen Bestrebungen vor allem die Tatsache, dass es

zur Definition neuer Eigentumsrechte im Zusammenhang mit genetischen Ressourcen kommt (Raza, 2003: 170) und natürlich auch mit der Tatsache, dass genetisch manipulierte Pflanzen vermehrt in der Landwirtschaft verwendet werden. Festzustellen ist, dass in der derzeit bestehenden Richtlinie, die die Nutzung von Agrokraftstoffen auf EU-Ebene festlegt, gentechnisch manipulierte Pflanzen nicht erwähnt werden, diese also in den nationalstaatlichen Auslegungsbereich fallen. Die Forderungen von NGOs, gentechnisch manipulierte Pflanzen explizit auszuschließen, fanden keine Aufnahme in die Richtlinie.

5.2.2 Ökologische Modernisierung und Management statt Systemveränderung im Postfordismus

Die Leitidee dieser ökologischen Modernisierung zielt weniger auf eine solidarische Bearbeitung der Weltprobleme, sondern auf die Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit nationaler Gesellschaften hin. Diese versuchen die Konkurrenzfähigkeit im globalen Wettbewerb auf Kosten anderer – nämlich der anderen Industrieländern und Entwicklungsländern zu etablieren (Görg, 2003:10). Christoph Görg schlussfolgert in seiner Analyse, dass die Krise der derzeit bestehenden gesellschaftlichen Naturverhältnisse nicht mehr als stärkstes Argument gegen die Irrationalität und Destruktivität des globalen Kapitalismus interpretiert wird (Görg, 2003:11) und daher auch bei umweltproblematischen Fragen keine Lösungen beschlossen werden, die eine Systemveränderung bedingen würden, sondern im System im besten Falle Verbesserungen mit sich bringen. Er schlussfolgert daraus, dass die Bewältigung und Lösung von Umweltproblemen im Postfordismus unter der Perspektive des Managements ökologischer Probleme gesehen wird. Dadurch wird das Dogma des wirtschaftlichen Wachstums und gesteigerten materiellen Wohlstands nicht in Frage gestellt und damit die nationale Gestaltung der Naturverhältnisse diesem Leitparadigma untergeordnet (Görg, 2004: 215 f).

Für Agrokraftstoffe gilt es festzustellen, dass sie in ihrer derzeitigen Verwendung einer ökologischen Modernisierung dienen.

In der analysierten Richtlinie (EU, 2008) wird Energie aus erneuerbaren Quellen und Agrokraftstoffen im speziellen als ein wirksames Mittel gesehen, um die hohen Treibhausgasemissionen (vor allem im Verkehrssektor) zu dezimieren. Auch die

europäische Energieversorgungssicherheit und Entwicklungsmöglichkeiten in Wissenschaft, Industrie und Handel werden als Grund für eine Gesetzgebung für erneuerbare Energien genannt (EU, 2009, Grund 1-4). Es wird auch auf die Vorteile der erneuerbaren Energiequellen eingegangen, da diese laut Richtlinie eine dezentrale Energieerzeugung unterstützen können (EU, 2009, Grund 6). Zusammenfassend ist festzustellen, dass Agrokraftstoffe von der EU als eine Möglichkeit gesehen werden, um den derzeitigen Energiebedarf abzusichern, neue Kapitalverwertungsmöglichkeiten und Arbeitsplätze zu schaffen, die letztlich auch noch einen Schutz für das Klima bieten. Das grundsätzliche Hinterfragen des derzeit vorherrschenden Naturverhältnisses und dessen Widersprüchlichkeit kann in der analysierten Richtlinie nicht festgestellt werden. Ein weiterer Grund, der diese Schlussfolgerung untermauert, ist die Tatsache, dass in der Richtlinie die Verwendung von Agrokraftstoffen sehr klar dargestellt wird, die Nutzung von dezentralen Energiequellen aber sehr vage und nur als Absichtserklärung existiert. Einzig die analysierten NGOs machten auf andere, von ihnen präferierte Naturverhältnisse aufmerksam.

5.2.3 Internationalisierung der ökologischen Regulation durch Agrokraftstoffe

Klimaschutz wird derzeit auf internationaler und europäischer Ebene als ein Sachzwang angesehen, wie dies im Kapitel zu Klimaschutz und wissenschaftliche Einflussnahme dargestellt wurde.

Dadurch kommt es auch zu einer Internationalisierung der ökologischen Regulation. Neue internationale Foren sind entstanden, auf denen die politischen Auseinandersetzungen stattfinden, wie etwa der gesamte Rio-Prozess, der das Klimarahmenabkommen, den Kyotoprozess und die Konvention über biologische Vielfalt beinhaltet. Daneben sind bereits bestehende internationale Organisationen zunehmend in der Umweltpolitik tätig wie die Food and Agriculture Organization der Vereinten Nationen, das United Nations Development Program, das United Nations Environmental Program, die Weltgesundheitsorganisation der Vereinten Nationen, die OECD und vor allem auch die WTO. Aus diesen sich überlappenden Foren und Regelwerken schlussfolgert Raza, resultieren Spannungsfelder und Machtasymmetrien. Nachdem der Zugang verschiedener Gruppierungen zu den

einzelnen Institutionen recht unterschiedlich ist, besteht ein zentraler Aspekt der politischen Auseinandersetzung darin, festzulegen, welcher Sachverhalt durch welche Institution reguliert wird (Görg, Brand, 2001, in Raza, 2003: 171).

Für Agrokraftstoffe lässt sich daraus schlussfolgern, dass sie auf globaler, einflussreicher Ebene derzeit, oder zumindest in den letzten Jahren, als ein wirksames Mittel gegen den Klimawandel angesehen und propagiert wurden.

Sie wurden als eine globale Möglichkeit gesehen, die allen Staaten helfen kann, durch den Klimaschutz etwas zu verdienen und das wird in der EU-Richtlinie, Brasilien und den analysierten Industrien auch so dargestellt.

Ein weiterer Aspekt der dazu beitragen kann, dass Agrokraftstoffe zu einer globalen Angelegenheit wurden, ist die Tatsache, dass es beim Agrokraftstoffmarkt zu völlig neuen Allianzen bei Unternehmen gekommen ist. All diese Allianzen suchen neue Investmentmöglichkeiten im globalen Süden. Es entstehen auch privat-öffentliche Zusammenschlüsse (O.A.,2009: 16, Strickner, Interview).

5.2.4 Internationale NGOs und ihre Einflussmöglichkeiten

Im Postfordismus haben sich neue, zivilgesellschaftliche AkteurInnen der Umweltpolitik formiert, die vielfach auf Basis einer lokalen Verwurzelung auf der internationalen Ebene auftreten. Dazu gehören Landlose, KleinbäuerInnen, indigene Gemeinschaften, NaturschützerInnen und andere und ihre politischen Organisationen. Diese AkteurInnen zeichnen sich durch eine relativ große soziale Heterogenität aus. Ihre Vernetzung besteht primär in einem durch neue Technologien begünstigten intensiven Informations- und Kommunikationsaustausch. Kooperationen und Bündnisse erfolgen dagegen oft flexibel und anlassbezogen (Raza, 2003: 171).

Bei der Recherche zu Agrokraftstoffen gab es viele Stellungnahmen von NGOs die sich dezidiert gegen die derzeitige Verwendung von Agrokraftstoffen aussprachen.

In der Richtlinie für erneuerbare Energien steht in der Begründung für Nachhaltigkeitskriterien, dass es die Öffentlichkeit in der Europäischen Union für unakzeptabel hält, wenn die vermehrte Verwendung von Agrokraftstoffen zur Folge hat, dass Flächen und Lebensräume zerstört werden. Um dies zu verhindern, sollen Nachhaltigkeitskriterien festgelegt werden (EU, 2009, Grund 69).

5.2.5 Agrokraftstoffe als Mittel für Klimaschutz – aber auch wissenschaftlich umstritten auf diskursiver Ebene

Politische Auseinandersetzungen verlaufen auch stark über eine diskursive Ebene, die in den letzten dreißig Jahren durch immer neue Umweltkonzepte gefüttert wurden. In der diskursiven Auseinandersetzung um „Nachhaltige Entwicklung“ hat sie bislang ihren Höhepunkt erreicht. Dabei ist die Tendenz festzustellen, dass das kapitalismuskritische Potential dieses Begriffs durch die zunehmende Vereinnahmung neoliberaler AkteurInnen stark gelitten hat und heute schon sehr verwaschen ist (Raza, 2003: 171).

Die Nachhaltigkeitsbestimmungen für Agrokraftstoffe in der Richtlinie legen Maßnahmen für Treibhausgaseinsparungen (Artikel 17.2), Schutz von Flächen mit hoher Biodiversität (Artikel 17.3), Schutz von Flächen mit hohem Kohlenstoffbestand (Artikel 17.4), soziale Standards (Artikel 17.7) vor. Laut Einschätzung des Berichts „Biofuels – Handle with Care,“ sind diese Nachhaltigkeitsstandards aber sehr restriktiv gesetzt und schließen viele Flächen in globaler Perspektive aus. Auch die sozialen Kriterien sind basierend auf dieser Gesetzgebung eher ein Wunsch als eine reale Sicherstellung (O.A., 2009: 21-24). Bislang gibt es in der Richtlinie noch keine entsprechende Festlegung, wie mit Indirect Land Use Change und Land Grabbing umgegangen werden soll.

Ob die derzeit bestehenden Nachhaltigkeitskriterien für Agrokraftstoffe nur einen Deckmantel für den fordistischen Umgang mit Natur bedeuten, gilt es in den nächsten Jahren zu beobachten. Nach Einschätzung der Interessenslage zu Agrokraftstoffen wird es als sehr wahrscheinlich angenommen.

5.3 Widersprüche und Konflikte

5.3.1 Agrokraftstoffe werden als erneuerbare Energiequelle dargestellt – ihre Nutzung ist jedoch begrenzt

In der EU-Richtlinie werden Agrokraftstoffe als erneuerbare Energiequelle angesehen. Dies setzt die Annahme voraus, dass das Nachwachsen von Biomasse als unversiegbare Quelle erachtet wird. Mohssen Massarat argumentiert, dass der Technikeinsatz und die dauernde Produktivitätssteigerung in der Landwirtschaft vorübergehend die Illusion von unbeschränkten Nutzflächen hervorgerufen und die Erschöpfungsgrenzen für einige Jahrzehnte zeitlich nach hinten verlagert hat. Er schlussfolgert jedoch, anders als die EU, dass agrarische Produkte zwar erneuerbar sind, jedoch nicht beliebig vermehrbar, so dass auch hier bei gegebener Bevölkerung von einer absoluten quantitativen Grenze ausgegangen werden muss (Massarrat, 1993: 87).

In der derzeit bestehenden EU-Regelung für Agrokraftstoffe werden sie als erneuerbare Energiequelle dargestellt (EU, 2009: Artikel 2, a) und auf eine Stufe wie Wind und Sonnenenergie gesetzt.

5.3.2 Fortführung der fordistischen Produktionsweisen

Die Hauptgründe für das Scheitern der Klimapolitik sehen in dieser Arbeit zitierte RegulationstheoretikerInnen in der Tatsache, dass Klimaschutzmaßnahmen, darunter auch Agrokraftstoffe, in Abstimmung mit dominanten politischen und ökonomischen Strukturen und Interessen entstehen. Derzeit ist die Politik von neo-liberalen und neo-imperialen Ideen geprägt die sich vor allem an Konkurrenz und der Absicherung des Reichtums der Industrieländer und der globalen Eliten orientiert. Der westliche Lebensstil als beste Lebensform wird noch immer weltweit beworben und nachgeahmt. Menschliches Wohlbefinden und soziale Absicherung werden von den politischen EntscheidungsträgerInnen immer noch stark mit ökonomischem Wachstum und globalem Handel in Verbindung gebracht, die jedoch auf ressourcenintensivem Wachstum basieren (Brand u.a., 2009: 11).

5.3.3 Zur Verwendung von ungenutztem Land

In der derzeit bestehenden EU Richtlinie zu erneuerbaren Energiequellen steht, dass die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Rohstoffen weltweit wächst. Ein Teil dieser wachsenden Nachfrage wird dadurch gedeckt werden, dass die landwirtschaftlichen Flächen erweitert werden. Eine Möglichkeit zur Erweiterung der für den Anbau verfügbaren Flächen besteht in der Sanierung von Flächen, die stark degradiert oder kontaminiert sind, und daher in ihrem derzeitigen Zustand nicht für landwirtschaftliche Zwecke genutzt werden können. Die Nachhaltigkeitsregeln sollen die Nutzung sanierter degradierter Flächen fördern (EU, 2008, Grund 85).

Katrin Ansel führt aus, dass so genanntes Ödland, oft von staatlicher Seite in Brasilien schnell für den Agrokraftstoffpflanzenanbau vergeben wird. Dies ist neben der Zerstörung der Primärgütervegetation jedoch auch deshalb problematisch, da gerade diese Ländereien insbesondere für arme Bevölkerungsgruppen und Hirten überlebensnotwendig sein können. Ödlandflächen werden traditioneller Weise als Weideflächen genutzt und sind oft im Gemeinschaftseigentum, wobei oftmals kein Eigentumstitel existiert. Die Privatisierung solcher Flächen kommt einer Enteignung der traditionellen Nutzergruppen gleich (Ansel, 2009: 256).

Zusammenfassend ist festzustellen, dass in der EU Gesetzgebung zu Agrokraftstoffen davon ausgegangen wird, dass brach liegende Flächen der kapitalistischen Verwertungslogik zugeführt werden sollen. Es wird jedoch nicht bedacht, dass auf solchen Flächen teilweise andere, nicht kapitalistische Gesellschaftsformen angesiedelt sind.

5.3.4 Warum es in der derzeit bestehenden Richtlinie nicht zu einem verbindlichen Agrokraftstoffziel für den Verkehrssektor kam

Agrokraftstoffe sind seit 1997 ein EU-relevantes Politikthema. Nach einem anfänglichen Hype, der bis ca. 2007 dauerte, in dem die Verwendung von Agrokraftstoffen als sehr positiv und zukunftsweisend gesehen wurde und verbindliche Einführungsziele für Agrokraftstoffe im EU-Raum diskutiert wurden, kam es 2008 zu einer Wende und die Einführung eines alleinigen Agrokraftstoffziels für Verkehrstreibstoffe wurde nicht beschlossen. Derzeit soll bis 2020, 10 Prozent der verwendeten Energie im Verkehrssektor aus erneuerbaren Energiequellen stammen.

Einerseits wird vermutet, dass dieses vormals angestrebte Ziel durch die breite zivilgesellschaftliche Einflussnahme und auf Proteste in den letzten Jahren zurückzuführen ist.

Es gilt jedoch auch festzustellen, dass in der vorliegenden Richtlinie Nachhaltigkeitsstandards für Agrokraftstoffe beschlossen wurden, es sonst jedoch unklare Vorgaben gibt, wie andere erneuerbare Energiequellen für das 10 Prozent Ziel an erneuerbaren Energien im Verkehrssektor verwendet werden sollen. Dadurch drängt sich die Vermutung auf, dass Agrokraftstoffe informell von Industrie und Staaten noch immer hauptsächlich zur Zielerreichung forciert werden.

6 Schlusswort

Obwohl die Einführung von Agrokraftstoffen im zivilgesellschaftlichen Diskurs in der Europäischen Union umstritten ist, wie die beispielhaft angeführten Stellungnahmen von NGOs und Industrie verdeutlicht haben, schreitet die Einführung von Agrokraftstoffen im EU-Raum (in juristischer Form messbar) voran und wird als ein wichtiges Element gegen den Klimawandel und als Energiesicherungsmaßnahme verstanden.

Meine persönliche Schlussfolgerung ist, dass kapitalstarke Interessengruppen auf globaler und nationaler Ebene den politischen Prozess stärker beeinflussen können als ökologisch/ soziale Gruppen und demnach ihre Form der Naturnutzung stärker durchsetzen können. Der Einfluss ist jedoch nicht unbedingt bei der Einflussnahme auf den Politikformulierungsprozess der EU Institutionen selbst messbar, sondern hat eher mit der strukturellen Abhängigkeit aller Staaten vom guten Gang der Wirtschaft zu tun, ohne den die Staaten im derzeitigen System nämlich selbst nicht bestehen könnten und wird in dieser Arbeit im Rahmen der Regulationstheorie (Staatsförmigkeit sozialer Beziehungen) dargestellt.

Verbesserungen in Bereichen wie Umweltschutz, Sozialstandards, etc. sind demnach vordergründige Zugeständnisse an ökologisch/ soziale Gruppen und dienen aber eher der Legitimierung und ökologischen Modernisierung als der tatsächlichen Veränderung des dominierenden Wirtschaftssystems. Die Bemühungen der Ökologie und Umweltschutzgruppen sowie Gruppen, die sich für soziale Standards in Europa und der Welt einsetzen, können jedoch, meiner Meinung nach, durch die demokratischen Verhältnisse in Europa einen gewissen Einfluss erlangen und im vorherrschenden System Verbesserungen bewirken. Diese werden zwar nicht das vorherrschende System verändern, aber Abmilderungen und Veränderungen der Ausrichtungen des derzeitig dominierenden Kapitalismus bewirken. Dazu zähle ich auch die durchgesetzten Nachhaltigkeitsstandards bei Agrokraftstoffen, die zwar noch nicht ausreichen alle schädlichen Auswirkungen von Agrokraftstoffen zu vermeiden, die aber dennoch eine Schadensbegrenzung bewirken können, sofern sie einer demokratischen und glaubwürdigen Kontrolle unterstellt sind.

Zusammenfassend ist als Resümee für diese Arbeit festzustellen, dass die spezifische Form der Naturnutzung, die in diesem Beispiel umkämpft ist, durch die Einführung von Agrokraftstoffen in die EU-Gesetzgebung nicht hinterfragt und verändert, sondern verschleiert und verlängert wird.

Wirklich innovativ wäre es meiner Meinung nach gewesen, hätte die EU die Verringerung des CO₂ Ausstoßes nicht nur durch Agrokraftstoffe und andere erneuerbare Energiequellen beschlossen – sondern den Individualverkehr an sich als Problem (an)erkannt. So wäre es zum Beispiel meiner Meinung nach sinnvoller gewesen, Agrokraftstoffe nur für öffentliche Verkehrsmittel einzusetzen und dadurch Anreize für mehr öffentlichen Verkehr zu schaffen. Die derzeitige Agrokraftstoffpolitik der EU verstehe ich eher als den Versuch des Erhaltens eines Regulationssystems (im Sinne der Regulationstheorie), das an vielen Ecken und Enden Verbesserungen bräuchte.

Ungeklärt bleibt in Rahmen dieser Arbeit jedoch die Frage, ob man als kritisch denkender Mensch Agrokraftstoffe abgesehen von ihrer jetzigen Verwendung als Ganzes ablehnen sollte oder ob man sich für eine bessere Verwendung dieser Energiequelle einsetzen sollte. Diese Frage wird, auch von den von mir dargestellten NGOs, unterschiedlich beantwortet.

7 Literaturverzeichnis

7.1 Literatur

ACEA-a, European Automobile Manufacturers Association,
http://www.acea.be/index.php/collection/about_us [14.4.09]

ACEA-b, FAQ on biofuels,
http://www.acea.be/index.php/news/news_detail/acea_faq_on_biofuels/ [14.4.09]).

ALTVATER Elmar, MAHNKOPF Birgit, 2007, Konkurrenz für das Empire. Die Zukunft der Europäischen Union in der globalisierten Welt, Münster

ALTVATER Elmar, 2005, Das Ende des Kapitalismus wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik, Münster

ALTVATER Elmar, MAHNKOPF Birgit, 1996, Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft, Münster

ALTVATER Elmar, 1992, Der Preis des Wohlstands oder Umweltplünderung und neue Welt(un)ordnung, Münster

AMNESTY INTERNATIONAL, 2008, Report on Human Rights in Brazil,
<http://www.amnesty.org/en/region/brazil/report-2008> [5.2.2009]

ANSEL Kathrin, 2009, „Agroteribstoffe“ im Spannungsfeld zwischen Klimawandel und Armutsbekämpfung. Sozioökonomische Folgen des Agrotreibstoffbooms für die Armen in Brasilien, in: D. Franik u.a., 2009, Biokraftstoffe und Lateinamerika. Globale Zusammenhänge und regionale Auswirkungen, Berlin

BALS Christoph, HEYDENREICH Cornelia, 2005, Kritik und Zusammenarbeit. Eine NRO-Strategie zum Umgang mit Unternehmen in der Nord-Süd-Politik. Bonn,
[<http://www.germanwatch.org/pubdiv/nro05.htm>]

BECKER Joachim, RAZA Werner, 2009, The politico-economic relations between Europe and Latin America: neo-mercantilism or regional cooperation? Université de Poitiers et al: Economie politique internationale et nouvelles régulations de la mondialisation, Poitiers, Frankreich, 14.05.-15.05.

BECKER, Joachim. 2007. Konkurrierende Integrationsbestrebungen: Brasilien vs. USA.,in: Politix (24): 42-45

BECKER Joachim, RAZA Werner, 2007, Zur Einführung: Was ist Neo-Merkantilismus heute?, in: Kurswechsel, 4, 2007

BECKER Joachim, IMHOF Karen, JÄGER Johannes, STARITZ Cornelia (Hg.), 2007, Kapitalistische Entwicklung in Nord und Süd. Handel, Geld, Arbeit, Staat., Wien
BECKER, Joachim. 2006. Metamorphosen der Regionalen Integration. Journal für Entwicklungspolitik (JEP) XXII (2): 11-44.

BECKER Joachim, 2002, Akkumulation, Regulation, Territorium. Zur kritischen Rekonstruktion der französischen Regulationstheorie, Marburg

BODEMER Klaus, 2007, Petropolitics - politischer Diskurs, Geopolitik und ökonomisches Kalkül in den Beziehungen zwischen Venezuela und den Vereinigten Staaten, in: Lateinamerika Analysen 16, 1/2007, S. 169-201. Hamburg,

BRAND Ulrich, BULLARD Nicola, LANDER Edgardo, MUELLER Tadzio (Hrsg.) 2009, Contours of Climate Justice. Ideas for shaping new climate and energy politics, in: Critical Currents no.6, Uppsala

BRAND Ulrich, 2009, Environmental crises and the ambiguous postneoliberalising of nature.,in: Brand, Ulrich, SEKLER, Nicola (Hg.): Postneoliberalism. A beginning debate. Development Dialogue 51, 103-117

CÂMARA Regina, WALTER Nicole, 3.4.2009: Zucker in den Tank, 17, in: Le Monde Diplomatique, Berlin, in: <http://www.monde-diplomatique.de/pm/2009/04/03/a0044.text.name,askkqa60W.n,0> [29.4.2009]

CHABERA Bernhard, Die Einflussnahme nichtstaatlicher Akteure auf die Entscheidungsprozesse der EU, 2003, Wien

DAUVERGNE Peter, NEVILLE Kate, 2010, Forests, food and fuel in the tropics: the uneven social and ecological consequences of the emerging political economy of biofuel, in: Journal of Peasant Studies, 37: 4, 631-660

EUROACTIVE, 2009, EU-Brasilien begründen strategische Partnerschaft, www.euractiv.com/de/handel/eu-brasilien-begrunden-strategische-partnerschaft/article-165275 - 47k [3.3.2009]

EED/ Forum Umwelt und Entwicklung, Die Reform der EU-Zuckermarktordnung – Eine Einführung aus agrar- und entwicklungspolitischer Sicht, Berlin, Bonn, Rinderfeld, 2004, in: Ansel, 2009: 255

EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2005, Trade and Competitiveness Issues Paper, Directorate General for Trade, Brussels, 01109/ 2005

EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2006, Eine EU-Strategie für Biokraftstoffe, Brüssel

EUROPÄISCHE KOMMISSION, o.J., Climate Change, http://ec.europa.eu/environment/climat/home_en.htm [5.2.2010]

EUROPÄISCHE KOMMISSION, o.J. Die EU bekämpft den Klimawandel, http://ec.europa.eu/climateaction/eu_action/index_de.htm [14.4.2009]

EUROPÄISCHE UNION, 2009, Richtlinie zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen, Brüssel, 23.April 2009

(<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2009:140:0016:0062:DE:PDF> [5.2.2010])

EUROPÄISCHE UNION, 2003, Richtlinie zur Förderung der Verwendung von Biokraftstoffen oder anderen erneuerbaren Kraftstoffen im Verkehrssektor, Brüssel, 8. Mai 2003 (<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2003:123:0042:0046:DE:PDF> [5.2.2010])

EUROPABio-a, About EuropaBio, http://www.europabio.org/eu_index.htm [14.4.09]

EUROPABio-b, About Biofuels, http://www.europabio.org/Biofuels/Biofuels_about.htm, [14.4.09]

FOUCAULT Michel, 1999, Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit 1, Frankfurt am Main

FOEE-a <http://www.foeeurope.org/about/english.htm>

FoEE-b, 07. 2007, Position Paper on Agrofuels, Brussels, www.foeeurope.org/agrofuels/index.html, [15.04.2009]

FONTURA Joana, HOFMEISTER Wilhelm, 2009, Zwischen Konflikten und Reformen. Soziale Bewegungen in Brasilien, in: MITTAG Jürgen, ISMAR Georg (Hrsg.), 2009, Soziale Bewegungen und politischer Protest in der Geschichte Lateinamerikas, Münster

FRANCO Jennifer et al, 2010, Assumptions in the European Union biofuels policy: frictions with experiences in Germany, Brazil and Mozambique, in: Journal of Peasant Studies, 37:4, 661-698

GEORGESCU-ROEGEN, Nicholas, 1981, The entropy law and the economic process, Cambridge

GIERSDORF Jens, 2009, Biokraftstoffe in Brasilien zwischen Marktgeschehen und staatlicher Förderung, in: D. Franik u.a., 2009, Biokraftstoffe und Lateinamerika. Globale Zusammenhänge und regionale Auswirkungen, Berlin

GÖRG Christoph, 2004, Postfordistische Transformation der Naturverhältnisse, in: Beerhorst Joachim, Demirovic Alex, Guggmos Michael (Hrsg.), 2004, Kritische Theorie im gesellschaftlichen Wandel, Frankfurt am Main

GÖRG Christoph, 2003, Gesellschaftstheorie und Naturverhältnisse. Von den Grenzen der Regulationstheorie, in: Brand Ulrich, Raza Werner (Hrsg.), 2003, Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes, Münster, S.175-195

GÖRG Christoph, BRAND Ulrich (Hg.), 2002, Mythen globalen Umweltmanagements. "Rio + 10" und die Sackgassen nachhaltiger Entwicklung, Münster

GRAMSCI Antonio, 1996, Gefängnishefte, Band 7, Hefte 12 – 15, Hrsg. Klaus Bochmann, Hamburg

GREENPEACE-a, <http://www.greenpeace.org/international/about>

GREENPEACE-b, 2007, Response to the public consultation „Biofuel issues in the new legislation on the promotion of renewable energy, 18.07.2007, Brüssel, http://ec.europa.eu/energy/renewables/consultations/2007_06_18_biofuels_en.htm [15.04.2009]

GREENPEACE-c, 15.01.2008, Biofuels under (belated) scrutiny, <http://www.greenpeace.org/international/news/biofuels-not-so-green-150108> [16.4.2009]

GTZ, 2007, Transport and Climate Change. Module 5e Sustainable Transport: A Sourcebook for Policy-makers in Developing Cities, Eschborn, Netzausgabe

HARVEY David, 1996, in: Merrifield Andy, Swyngedouw Erik, 1996, The Urbanization of Injustice, London

HEINELT Hubert, MEINKE-BRANDMAIER Britta, TERIZAKIS Georgios, 2005, Zivilgesellschaftliche Partizipation im EU-Mehrebenensystem – am Vergleich der Umwelt- und Verbraucherpolitik, in: Knodt Michèle, Finke, Barbara (Hrsg.): Europäische Zivilgesellschaft: Konzepte, Akteure, Strategien, Wiesbaden

HETZER Andreas, 2009, Ökologische Auswirkung von Agrotreibstoffen als Ausdruck des gesellschaftlichen Naturverhältnisses, in: D. Franik u.a., 2009, Biokraftstoffe und Lateinamerika. Globale Zusammenhänge und regionale Auswirkungen, Berlin

KOHLHEPP Gerd, 2008, Biokraftstoffe im Fokus des Agrobusiness in Brasilien. Zur aktuellen Situation der Biodiesel- und Ethanolproduktion, in: Graf Patricia, Stehnen Thomas (Hrsg.), 2008, Lateinamerika. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, Baden-Baden

LUXEMBURG Rosa, 2006, Die Freiheit ist immer nur Freiheit des Andersdenkenden. Hauptwerke der großen Denker, Paderborn

MAIHOLD Günter, 2004, SWP-Aktuell, Nr. 60

MARTINELLI Luiz A., FILOSO Solange, 2008, Expansion of Sugarcane Ethanol Production in Brazil: Environmental, and Social Challenges, in: Ecological Application, Vol. 18, No. 4, 885-898

MOSEN Massarat, 1993, Endlichkeit der Natur. Überfluss in der Marktökonomie, Marburg

MORENO Camila, MITTAL Anuradha, 2008, Food and Energy Sovereignty Now. Brazilian Grassroots Position on Agroenergy, Oakland Institute and Terra de Diretos, oaklandinstitute.org/pdfs/biofuels_report.pdf [30.04.2009]

Nestle, Lopez José,
<http://www.nestle.com/MediaCenter/SpeechesAndStatements/AllSpeechesAndStatements/What+role+for+biofuels.htm> [01.05.2009]

NOHLEN Dieter, SCHULTZE Rainer-Olaf, 2010, Lexikon der Politikwissenschaft, Band 1 (A-M), 4. aktualisierte Auflage, München

NOVO Andre et al, 2010, Biofuel, dairy production and beef in Brazil: competing claims on land use in Sao Paulo state, in: Journal of Peasant Studies, 37:4, 769 - 792

NOVY Andreas, 2002, Entwicklung gestalten. Gesellschaftsveränderung in der Einen Welt, Frankfurt a. M.

NOVY Andreas, 2001, Brasilien: Die Unordnung der Peripherie. Von der Sklavenhaltergesellschaft zur Diktatur des Geldes, Wien (WU)

NOVY Andreas, 2005, Internationale politische Ökonomie/ Ökonomische Theorien:
<http://www.lateinamerika-studien.at/content/wirtschaft/ipo/ipo-titel.html>

O.A., 2009, Protestaktion, Rettet den Regenwald, <http://www.regenwald.org/> [1.5.2009]

O.A., 2007, Agrofuels: Opportunity or Danger? A Global Dialogue on U.S. and EU Agrofuels and Agricultural Policies and their Impact on Rural Development in the North and South, Conference Report, 12-14. Dezember 2007, Berlin

POLANYI Karl, 1978, The great transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, Frankfurt am Main => Begriff entbettung suchen

POLLAK Johannes, SLOMINSKI Peter, 2006, Das politische System der EU, Wien

QUITTKAT Christine, 2005, Die Europäisierung nationaler Wirtschaftsverbände: Lehren für die Einbindung der organisierten Zivilgesellschaft in den europäischen Politikprozess, in: Knodt Michèle, Finke Barbara, 2005, Europäische Zivilgesellschaft. Konzepte, Akteure, Strategien, Wiesbaden

RAPID, 23.07.2003, Protokoll von Kyoto,
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/03/154&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en> [14.4.2009]

RAZA Werner, 2007, Die Außenhandelspolitik der Europäischen Union, in: Kurswechsel, 4, 2007

RAZA Werner, 2003, Politische Ökonomie und Natur im Kapitalismus. Skizze einer regulationstheoretischen Konzeptualisierung, in: Brand Ulrich, Raza Werner (Hrsg.), 2003, Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes, Münster, S.158-174 (NB)

RAZA Werner, 1998, Die Umsetzung eines Konzepts nachhaltiger Entwicklung in der neoliberalen Peripherie. Das Beispiel Bolivien 1989 – 1995, Wien, unveröffentlichte Dissertation

REUTER Hanna, 2008, Politische Kommunikation von NGOs. Strategien gemeinnütziger Interessensvertretung, Saarbrücken

RTSB, Round Table for Sustainable Biofuel, (<http://cgse.epfl.ch/page65660.html>) [15.1.2010]

RTSP, Round Table for Sustainable Palmoil, www.rspo.org [15.1.2010]

RTSS, Round Table for Sustainable Soya, <http://www.responsiblesoy.org/>
[15.1.2010]

Schindler Jörg, Held Martin Würdemann Gerd, 2009, Postfossile Mobilität.
Wegweiser für die Zeit nach dem Peak Oil, Bad Homburg

SHELL-a, <http://www.shell.com/> [30.04.2009]

SHELL-b, Biofuels,
http://www.shell.com/home/content/aboutshell/our_business/oil_products/fuels/biofuels/biofuels.html [01.05.2009]

STOLTE Christina, 2009, Erneuerbare Energien als politischer Machtfaktor, in: D.
Franik u.a., 2009, Biokraftstoffe und Lateinamerika. Globale Zusammenhänge und
regionale Auswirkungen, Berlin

TAKE Ingo, 2002, NGOs im Wandel. Von der Graswurzel auf das politische Parkett,
Wiesbaden

TRÖMMEL Ingeborg, 2008, Das politische System der EU, München

UNFCCC, Kyoto Protocol, http://unfccc.int/kyoto_protocol/items/2830.php [15.4.2009]

WALK Heike, BRUNNGRÄBER Achim, 2000, Die Globalisierungswächter: NGOs
und ihre transnationalen Netze im Konfliktfeld Klima, Münster

Wilkinson John, Herrera Selena, 2010, Biofuels in Brazil. Debates and Impacts, in:
Journal of Peasant Studies, 37:4, 749-768

WWF-a, http://www.panda.org/wwf_quick_facts.cfm,

WWF-b, 2007, Position Paper on Agrofuels, 07. 2007, Brussels,
http://search.panda.org/search?site=panda&client=panda_frontend&proxystylesheet=panda_frontend&output=xml_no_dtd&q=biofuel+position, [15.04.2009]
ZIMMERMANN Erich W., 1951, World Resources and Industries, New York

7.2 Interviews

Europäische Kommission, Interview geführt am 3.4.2009, Brüssel (Person möchte anonym bleiben)

Landwirtschaftskammer Österreich, Interview mit Dipl.-Ing. Alexander Bachler, am 16.11.2009, Wien

Strickner, Alexandra, Interview geführt am 19.11.2009, Wien

Urbancic, Nusia, Transport and Environment, Interview geführt am 22.12.2009 per E-Mail

WWF, Interview geführt am 3.4. 2009, Brüssel (Person möchte anonym bleiben)

8 Anhang

8.1 Zusammenfassung

Die vorliegende Arbeit befasst sich mit der Fragestellung, warum Agrokraftstoffe in den letzten Jahren auf EU Ebene zu einem wichtigen Bestandteil der Klimaschutzmaßnahmen wurden.

Eingangs wird unter Verwendung der Regulationstheorie und insbesondere der Ökologischen Beschränkung ein Analyserahmen gesteckt mit dem die Fragestellung theoretisch erörtert wird.

Im Praxisteil wird der Frage nachgegangen, welche Interessen es im Rahmen der Klimaschutzbestrebungen der EU, an einer Gesetzgebung zu Agrokraftstoffen gibt. Dazu wird die derzeitige EU Richtlinie, die die Verwendung von Agrokraftstoffen regelt sowie Stellungnahmen von InteressensvertreterInnen aus der ökonomischen, wissenschaftlichen und ökologisch/ sozialen Sphäre auf einer lokalen, regionalen und globalen Ebene analysiert. Abgerundet wird dieser Teil mit einer Beschreibung der Interessen Brasiliens an Agrokraftstoffen. Im Schlussteil der Arbeit werden, durch die Zusammenführung der theoretischen und praktischen Analyse der Interessen an Agrokraftstoffen, vorherrschende Denkmuster dargestellt, die Agrokraftstoffe in der derzeitigen gesellschaftlichen Verwendung bedingen.

8.2 English Summary

This thesis deals with the question why agro-fuel has become an important part of the climate protection policy of the EU.

Introductory the frame of analysis for this question is set using regulation theory and in particular ecological restriction.

The praxis-part looks at the different interests surrounding the EU climate protection policy. This is done by looking at the current policy itself as well as the responses from the economic, scientific and ecological/social interest groups on the local, regional and global level. The praxis part is concluded by a description of Brazils interests concerning agro-fuel.

The closing part of the abstract consolidates the theoretical and the praxis analysis of interests, thereby depicting the dominating paradigms surrounding agro-fuel which bring it's societal usage into effect.

8.3 Lebenslauf

PERSÖNLICHE DATEN

Name: Judith Momo Schübl
Geburtsdatum: 30. Jänner 1982
Geburtsort: Wien
Staatsangehörigkeit: Österreich
Kontakt: judith.schuebl@gmail.com

UNIVERSITÄRE AUS- UND WEITERBILDUNGEN

2006, 2007 **Gruppendynamikseminar**, Fakultät für Interdisziplinäre
Forschung und Fortbildung (Universität Klagenfurt)

02/2007 – 06/2007 **Studienaufenthalt**; Universität Warschau – Polen

09/2003 – 01/2011 Studium der **Internationalen Entwicklung**;
Universität Wien

09/2002 – 06/2003 Studium der **Geschichte**; Universität Wien, nicht
abgeschlossen

06/2001 **Reifeprüfung** am Bundesoberstufenrealgymnasium,
3500 Krems an der Donau